

Inhaltsverzeichnis

1. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
DAS WELTBESTE BILDUNG FÜR ALLE BIETET
2. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
IN DEM MAN DURCH EIGENE LEISTUNG VORANKOMMEN KANN
3. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
DAS DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZT
4. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN MIT EINEM
DURCHSETZUNGSFÄHIGEN, UNKOMPLIZIERTEN UND BÜRGERNAHEN
RECHTSSTAAT
5. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
DAS CHANCEN BIETET – IN STADT UND LAND
6. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
DAS LEBENSWERT UND UMWELTFREUNDLICH IST
7. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
DAS SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN ERMÖGLICHT
8. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN, IN DEM DIE POLITIK RECHNEN KANN
9. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN, DAS IN EUROPA UND DER WELT ZU
HAUSE IST

1. Wir wollen ein Thüringen, das weltbeste Bildung für alle bietet

Frühkindliche Bildung voranbringen

Wie alle Thüringer **Bildungseinrichtungen** stehen auch die Kindertagesstätten als erste Stufe im Bildungssystem vor großen Herausforderungen. Wieder steigende Kinderzahlen vor allem in den Mittel- und Oberzentren stehen einem wachsenden Mangel an qualifizierten Fachkräften gegenüber. Dieser Mangel wird sich in den kommenden Jahren mit dem Ausscheiden der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben deutlich verschärfen, wenn die Ausbildung zum und der Beruf des Pädagogen in der frühkindlichen Bildung nicht attraktiver wird. Bereits heute ist die Altersstruktur der Beschäftigten in vielen Einrichtungen problematisch. Hinzu kommt der **gewachsene Anspruch der Eltern** an Kindertagesstätten. Diese sollen nicht nur „Betreuung“ der Kinder gewährleisten, in Zeiten, in denen die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen. Sie sollen vor allem Bildungseinrichtungen sein, in denen eine **Erziehungs- und Bildungspartnerschaft** gelebt wird. Darüber hinaus müssen in den Kindertagesstätten die Anforderungen an eine inklusive Bildung umgesetzt werden.

Jedem Kind eine Chance geben

Die erste Stufe des Bildungssystems legt die Grundlage für die weiteren Bildungsbiografien der Kinder. Die Thüringer Freien Demokraten treten daher für den weiteren zeitgemäßen und bedarfsorientierten Ausbau der Kindertages- zu Bildungseinrichtungen ein. Der besondere Bedarf besteht derzeit vor allem in den Mittel- und Oberzentren. Gleichzeitig wollen wir flächendeckend die Sanierung bestehender Einrichtungen im Fokus behalten. Die bestehende Konzeptvielfalt und Trägervielfalt wird von den Freien Demokraten befürwortet. Wir wollen jedem Kind - mit allen seinen Fähigkeiten und Talenten - eine Chance geben, sich zu entwickeln und die bestmögliche Bildung zu erhalten. Der Thüringer Bildungsplan kann derzeit nicht flächendeckend umgesetzt werden, da es bereits heute an Fach- und Führungskräften in der Frühpädagogik mangelt.

Jedes Kind individuell fördern

Bildung in der Kindertageseinrichtung zielt auf eine **ganzheitliche individuelle Förderung** der Kinder, so dass jedes Kind seine Potentiale in der Gesellschaft entfalten kann. Erste Entwicklung von Lebenskompetenzen wie Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit, Bindungs- und Beziehungsfähigkeit werden weiterentwickelt. Dazu kommen das Anregen von Lernfreude, Kreativität und Fantasie. Bestandteil der Frühpädagogik ist auch der erste systematische und nachhaltige Umgang mit sprachlich, musisch, sportlich, künstlerisch, naturwissenschaftlich, gesellschaftswissenschaftlich und medienpädagogischen Potentialen. Die natürliche Neugier der Kinder ist da. Sie soll unterstützt und weiter angeregt werden. Kreative Problemlösekompetenz steht dabei im Vordergrund. Einzelaktivitäten können nur in einem aufeinander abgestimmten Umfeld nachhaltige Bildungseffekte erreichen. Auch die Bewegungs- und Gesundheitsförderung bleibt wichtig. Individuelle und umfassende Förderung in einer guten Qualität erfordert zunächst eine entsprechende Anzahl von gut ausgebildeten Fachkräften. Die Thüringer Liberalen setzen sich für eine **deutliche Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels** in den Kindertageseinrichtungen ein, der sich zudem an den realen Bedingungen der Öffnungszeiten und Ausfallzeiten der Pädagogen orientiert.

Fachkräfte in den Kindergärten stärken

Eltern erwarten für eine gute Qualität der Bildung in den Kindertageseinrichtungen zurecht auch entsprechend kompetente Fachkräfte in diesen. Gerade in der frühkindlichen Bildung ist die Qualität sehr abhängig von der Beziehung zwischen den Pädagogen und den Kindern sowie der Beziehung zwischen den Pädagogen und den Eltern. Für uns Freie Demokraten ist eine **funktionierende Erziehungs- und Bildungspartnerschaft**, in der **Eltern und Pädagogen auf Augenhöhe miteinander zum Wohle der Kinder** arbeiten, entscheidend für eine optimale Entwicklung der Kinder. Die Ausbildung und die systematische Weiterqualifikation der Fachkräfte müssen sich an den veränderten Anforderungen der letzten Jahre, vor allem an den Bildungsanforderungen und den auf vielfältige Weise sehr heterogenen Gruppenzusammensetzungen, orientieren.

Wir Freien Demokraten wollen die bisherige 5-jährige **schulische Erzieherausbildung durch eine maximal 3½-jährige duale Ausbildung ersetzen**. Dadurch würden Auszubildende bereits während der Ausbildung eine Ausbildungsvergütung erhalten, anstatt ein Schulgeld zahlen zu müssen. Dadurch steigt für viele Menschen der Anreiz, in dieses Arbeitsfeld einzusteigen. Zudem fordern wir **bessere Chancen für Quereinsteiger**, die bei persönlicher Eignung bereit sind, sich zum Pädagogen zu qualifizieren.

Unabhängige Kontrolle der Qualität frühkindlicher Bildung

Neben den Verbesserungen in der Strukturqualität liegt dabei der Fokus auch auf der Prozess- und Ergebnisqualität. Thüringen hat bereits durch den Thüringer Bildungsplan hohe Bildungsstandards definiert. Wir Freie Demokraten werden hierzu in der Legislaturperiode eine Arbeitsgruppe für eine konzeptionelle Erarbeitung zur Evaluierung des Thüringer Bildungsplanes einsetzen und daran anschließend die Umsetzung dieser (in der frühkindlichen Bildung) befürworten. Dabei ist es uns wichtig externe Experten, Hochschulen und betroffene Akteure in die Erarbeitung und Umsetzung einzubinden.

Qualität und Gebührenfreiheit nicht gegeneinander ausspielen

Ziel muss es sein, dass alle Kinder tatsächlich ihrem Bedarf und dem Elternwunsch entsprechend frühzeitig eine Kindertageseinrichtung besuchen können. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass mittelfristig im Rahmen der Möglichkeiten des Freistaates mit der Gebührenfreiheit der frühkindlichen Bildung eine Barriere zum Zugang zu Bildungseinrichtungen abgebaut wird. Gleichzeitig soll damit die gesellschaftliche Akzeptanz der frühkindlichen Bildung in der Bildungslandschaft gestärkt werden. Dabei hat die **Qualitätssicherung Vorrang vor der Gebührenfreiheit**.

Weiterentwicklung zu Eltern-Kind-Zentren

Nur mit einer Beteiligung der Familien bzw. den Personensorgeberechtigten wird die frühe Förderung der Kinder wirksam und nachhaltig sein. Daher soll mittelfristig für alle Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit bestehen, sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterzuentwickeln, in denen sozialraumorientierte Netzwerke der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen entstehen.

Kinder sind unser höchstes Gut

Die Kinder in einer Gesellschaft sind die Träger der zukünftigen gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Ihr Bildungsniveau, ihre Haltung, ihre Sozialisation, ihre Gesundheit und ihre Werte entsprechend unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bestimmen die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Wir Freie Demokraten sind deshalb überzeugt, dass **Investitionen in die frühkindliche Bildung** damit **die wichtigsten Investitionen in die**

Zukunft sind. Die Effektivität der eingesetzten Ressourcen ist umso höher, je früher und gezielter im Bildungssystem angesetzt wird. Wir Freie Demokraten halten deshalb die **gezielte Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität** für deutlich effizienter als individuelle Zahlungen an Eltern (z.B. Erziehungsgeld).

Schulpolitik

Wir sind als Menschen frei und gleich an Würde geboren. Wir Freie Demokraten wollen die **Entfaltung des Menschen mit all seinen Talenten und Potenzialen**. Das Bildungssystem spielt dabei aus Sicht der Freien Demokraten die entscheidende Rolle. Die Politik hat in den letzten Jahren sowohl die Bedürfnisse der Lehrer – den eigentlichen Bildungsexperten – als auch die Interessen der Schüler aus dem Blick verloren, indem bis in die Gestaltung der Schulbücher hineinregiert und an den Strukturen herumexperimentiert worden ist. Dabei wurde die eigentliche Arbeit vernachlässigt: der Unterricht. Die Politik muss es jedoch bei der Definition eines Handlungsrahmens belassen und den Schulleitungen sowie den Lehrern die **Freiheit und gleichzeitig die Verantwortung** zur Umsetzung sowie vor allem Gestaltungsspielraum zurückgeben. Der Beginn der Bildungsrevolution liegt in der Selbstbeschränkung der politischen Entscheider.

Das System Schule muss grundlegend modernisiert werden, um den sich stets ändernden sozialen und technologischen Bedingungen Rechnung zu tragen. Zukünftig muss dieser Wandel federführend auf der zentralen Ebene unseres Bildungssystems gestaltet werden: in der Schule selbst. Das digitale Zeitalter macht es möglich, dass unbeherrschbar viele Informationen jederzeit verfügbar und abrufbar sind. Gleichzeitig ist unsere Welt heute – mehr denn je – volatil, unsicher, komplex und ambivalent. Die Herausforderung für uns alle lautet deshalb, sich in dieser vielschichtigen Welt gut zurechtzufinden. Schule muss **individuelle Begabungen fördern** und letztlich Schulabgänger dazu befähigen, einen erfolgreichen Weg im Berufsleben gehen zu können. Um diese zentralen Ziele bereits am Beginn der Bildungskarriere zu erreichen, muss Schule als selbstlernende Organisation den eigenen Wandel gestalten können. Es dürfen nicht allein Mehrheiten im Parlament über die Bildungsbiografie von Menschen entscheiden.

Wir Freie Demokraten stehen für **Diversität, den Leistungsgedanken und Wettbewerb der Ideen**. Deshalb verstehen wir das nachstehende Konzept nicht ideologisch. Wir sind jedoch überzeugt, dass die „**Selbstverantwortliche Schule**“ zu besseren Bildungsergebnissen und **höherer Bildungsqualität** führt und sich somit aus sich selbst heraus in der Schullandschaft dauerhaft durchsetzen wird.

Bildungsrepublik Deutschland

Für uns Freie Demokraten gilt auch in der Bildung: so viel **Autonomie für die Beteiligten vor Ort** wie möglich, aber so viel **Koordination und Kooperation unter den Ländern und mit dem Bund** wie nötig. Dafür muss ein Fehler des letzten Jahrzehnts korrigiert werden: das bildungspolitische Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern.

Im Zuge der Föderalismusreform I (2006) sollte die Wahrnehmung von Gemeinschaftsaufgaben und die damit verbundene Mischfinanzierung durch Bund und Länder abgeschafft werden. Infolge dessen wurden dem Bund Finanzhilfen an die Länder, etwa im Bereich der Bildungsplanung und des Hochschulbaus, untersagt. Für weltbeste Bildung müssen Bund und Länder gemeinsam anpacken. Ein erster Schritt für mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern ist mit der Änderung des Art 104c GG erreicht. Wir Freie Demokraten wollen aber noch mehr, als die **Chancen des Digitalpakts nutzen**. Wir wollen, dass der Bund nicht nur in Technik, sondern auch in weltbestes Schulpersonal investiert.

Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot

Die unterschiedlichen Leistungsstärken in den Bundesländern zeigen, dass die Länder allein an ihren bildungspolitischen Aufgaben scheitern: Die Schulen sind teils marode und entsprechen in der Ausstattung kaum den Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Zudem fallen zahlreiche Stunden aus und – ein für Schüler ebenso sichtbares Zeichen – die Lehrerkollegien sind überaltert.

Ursächlich hierfür ist zweierlei: Zum einen sind die Länder durch die Schuldenbremse gehalten, ihre Haushalte bis zum Ende dieses Jahrzehnts ohne neue Schulden zu gestalten. Zum anderen stehen notwendige Investitionen an – etwa in den weiteren Ausbau von Ganztagesangeboten, die Inklusion behinderter Schüler, die Qualifikation der Lehrer und die Aufwertung der Frühförderung vor der Einschulung.

Deshalb gibt es inzwischen einen breiten Konsens bei Experten und Praktikern, die eine **Rücknahme des Kooperationsverbots** fordern: von den Lehrerverbänden, den Leitern der Gymnasien, über die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Expertenkommission „Forschung und Innovation“ der Bundesregierung bis zum überwiegenden Teil der Eltern, die sich für eine Reform des Bildungsföderalismus aussprechen.

Der erste Digitalpakt mit der Änderung von Art 104c GG ist ein Anfang, konzentriert sich aber fast ausschließlich auf die technische Infrastruktur und schöpft die neuen Möglichkeiten nach der Grundgesetzänderung nicht voll aus. Technische Ausstattung allein revolutioniert die Bildung aber nicht. Die Technik muss nutzbar gemacht werden.

Digitalpakt 2.0

Deshalb werden wir über den Bundesrat eine Initiative unterstützen, die mehr Möglichkeiten schafft: IT-Administratoren müssen die technische Ausstattung warten. Das können Lehrkräfte nicht nebenbei leisten. Für die Nutzung der Technik müssen Lehrkräfte aus-, fort- und weitergebildet werden. EdTech Coaches können Schulen ganzheitlich beraten, indem sie die Entwicklung von Medienkonzepten begleiten, technische Lösungen empfehlen und didaktische Konzepte vermitteln. Die Kosten für digitale Lernplattformen und digitale Lernmittel müssen bezahlt werden. Die bei der Nutzung digitaler Lernmittel entstehenden Daten müssen geschützt und zugleich für Learning Analytics und Educational Data Mining zugänglich gemacht werden. Thüringen braucht eine schnelle unbürokratische Umsetzung der Digitaloffensive 2019 in den Schulen. Die Fördermittel des Bundes aus dem Digitalpakt müssen schnellstmöglich in den Schulen ankommen, damit die Schüler im weiteren Berufsleben keine Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Bundesländern haben.

MINT Offensive

Wir Freie Demokraten wollen über die Bund – Länder – Kooperation auch die Attraktivität der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik-Fächer (MINT-Fächer) in der Schule steigern. Mit einer MINT-Offensive wollen wir dazu MINT-Labore in den Schulen einrichten. Wir wollen mit Laboren auf dem neuesten Stand der Technik und entsprechend fortgebildeten Lehrerinnen und Lehrern mehr Schülerinnen und Schüler für die MINT-Fächer begeistern. In diesen Laboren können auch neue Technologien wie zum Beispiel die Holographie oder Virtual und Augmented Reality in den Schulalltag integriert werden.

Bei allen Maßnahmen fordern wir eine konkrete Investition bzw. eine technische Ausstattung der kommunalen Bildungsinfrastruktur, die sich naturgemäß je nach Gegenstand der Maßnahme unterscheidet. Des Weiteren fordern wir immer die entsprechende Schulung des Personals und die Entwicklung und Durchsetzung von Standards.

Deutschlands Bürger sind hochmobil – eine Herausforderung in einer bisher

kleinteiligen Schul- und Bildungslandschaft

Heute sind die Hürden beim Wechsel von einem Bundesland in ein anderes unverhältnismäßig hoch: Nicht wenige Eltern lassen ihre Kinder dann ein Schuljahr wiederholen. Am Ende des Bildungswegs „Schule“ stellen viele Absolventen fest, dass unter Hochschulreife ein unterschiedliches Niveau verstanden wird. Wer die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** in der Bundesrepublik will, der darf diese in der Ressource Nummer eins – der Bildung – nicht vernachlässigen. Wir Freie Demokraten wollen, dass in Deutschland zukünftig **das beste Bildungssystem der Welt** entsteht – und zwar vom Bodensee bis zum Kap Arkona.

Bildungskonferenz statt Kultusministerkonferenz

Die Kultusministerkonferenz muss durch eine **Bildungskonferenz** ersetzt werden, der außer den Kultusministern auch **Praktiker und Experten** angehören – wie im Wissenschaftsrat im Hochschulbereich heute schon üblich.

Diese Bildungskonferenz soll den Entscheidungstau auflösen und **bundesweit einheitliche Standards** umsetzen. Dabei sollten nicht Lehrpläne vereinheitlicht werden, sondern **Abschlüsse und die Lernziele bis hin zu einem bundesweit einheitlichen Abschluss der Mittleren Reife und dem Abitur**. Der Wechsel von nur einstimmig zu fassenden Beschlüssen in der Kultusministerkonferenz zu **Mehrheitsentscheidungen in der Bildungskonferenz** könnte der notwendige Anstoß sein. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass allein die Schlusslichter das Tempo aller anderen bestimmen.

Bildungsland Thüringen stärken

Im Lern- und Lebensraum »Schule« soll die Entwicklung der Schüler zu mündigen, leistungsfähigen und zukunftsbejahenden Bürgern im Sinne frei denkender und verantwortungsvoll handelnder Personen optimal – das heißt unter anderem auch ressourceneffizient – begleitet werden. Eigenverantwortliches Denken und Handeln fördern die Motivation und das Selbstbewusstsein. Dies muss auch für Schulleitungen, Lehrer und Schüler gelten. Wir wollen mit unserem Konzept der Selbstverantwortlichen Schule dafür sorgen, dass sich **Schulleitungen, Lehrer und Eltern gemeinsam für die Bildungschancen ihrer Kinder engagieren**. Freie Schulen möchten wir fair behandeln und auskömmlich finanzieren. Denn letztlich sitzen alle im selben „Bildungs-Boot“.

Selbstverantwortung der Schule ernstnehmen – Handlungsräume öffnen

Die Politik muss zukünftig ausreichende Freiräume in den Schulen definieren. Selbstverantwortung bedeutet, dass entlang des Prinzips »**Gemeinsames Ziel, vielfältige Wege**« ein einheitlicher (Qualitäts-)Rahmen für alle Schulen vorgeben ist. Innerhalb dieses Rahmens haben Schulen aufgrund schul- und standortspezifischer Gegebenheiten die Möglichkeit, **Gestaltungsfreiräume in Verbindung mit hoher Eigenverantwortung** zu nutzen.

Selbstverantwortliche Schule ist das Konzept der Freien Demokraten

Unser Konzept der Selbstverantwortlichen Schule gründet auf drei gleichrangigen Maximen: **1. pädagogische, 2. finanzielle und 3. personelle Autonomie**. Verantwortungsträger in diesen Gestaltungsfreiräumen sind sowohl die Schulleitung als Führungskraft, als auch die Lehrer als pädagogische Fachkräfte, und beide im Zusammenwirken mit der gesamten Schulgemeinschaft, mit demokratischer Teilhabe der Lehrer, Schüler und Eltern. In diesem

Zusammenhang möchten wir auch das Modellprojekt „kommunale Schule“ als Vorbild für die eigenverantwortliche Schule beibehalten.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten in Bezug auf Schulaufsicht, Beratung und Qualitätssicherung in der Umsetzung der bundesweit einheitlichen Bildungsstandards müssen neu geregelt werden.

Pädagogische Entscheidungsräume schaffen

Wir Freie Demokraten sind von den **Kompetenzen der Lehrer** überzeugt. Sie sind die Pädagogikprofis und Bildungspraktiker, die eigenverantwortlich pädagogische Entscheidungen treffen. Damit sind sie nicht allein, sondern in die Schule als lernende Organisation und in die Gruppe der Fächerkollegen eingebettet. **Pädagogische Autonomie der Lehrer** ist die freie Wahl der Mittel und Methoden zur bestmöglichen Wissens- und Kompetenzvermittlung. Wir Freie Demokraten wollen auch der Schule als Organisation umfassende Gestaltungsfreiheiten geben. Die pädagogische Autonomie erlaubt Schulen, wissenschaftlich valide und fundierte pädagogische Modelle und didaktische Konzepte autonom festzulegen, ebenso wie die **Profilbildung durch Curricula und Lehrpläne**, die Jahrgangsstruktur (altershomogene oder -heterogene Lerngruppen), die **Klassen- bzw. Gruppengrößen je Fach und Schulstufe**, die Struktur der Unterrichtszeit sowie die Lehrmittel und -methoden. Die von der KMK festgelegten bundeseinheitliche Vorgaben für die Curricula und Lehrpläne in den Kernfächern sollen von der Bildungskonferenz erweitert werden.

An der Nahtstelle von pädagogischer und personeller Autonomie soll die Frage der **Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte** angesiedelt sein: Niemand weiß besser, wo der größte Fortbildungsbedarf besteht, als jene, die täglich am konkreten Standort Schule gemeinsam gestalten. Die Wahl der Fortbildungsinhalte und auch der Fortbildungsanbieter soll daher alleinig in die lokale Eigenverantwortung der Schule übergehen. Hierzu müssen die Angebote ausgebaut und verbessert werden. Das ThILLM soll enger mit den Universitäten zusammenarbeiten, um die Qualität der Angebote zu verbessern. Mittelfristig sollen Lehrer einen jährlichen Anspruch von 60 Stunden für die Fort- und Weiterbildung erhalten.

Finanzielle Entscheidungsräume schaffen

Will man die personelle Planungshoheit in die Schule verlagern, so muss künftig auch die **Budgetplanung in den Händen der Schulen** liegen. Bisher werden die Ressourcen, mit denen eine Schule arbeitet, von außen separat vorgegeben. Eine mehrjährige Ressourcenplanung ist aber Grundbedingung des Wandels hin zur „**Selbstverantwortlichen Schule**“.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Schulen künftig ein **Grundbudget** erhalten, mit dem sie alle Aufwendungen (pädagogisches und sonstiges Personal, Fort- und Weiterbildung, Miete, Ausstattung, Material etc.) bestreiten und innerhalb dessen sie **frei entscheiden und Schwerpunkte setzen** können.

Je Schüler wird an die Schule zudem ein weiterer, fixer Betrag überwiesen. Dieser wird ergänzt durch **sozialbezogene Beträge** wie zum Beispiel ein Sonderbedarf bei einer hohen Anzahl Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache oder einem hohen Anteil mit sonderpädagogischem Förderbedarf. So lassen sich **Bildungserfolge auch in sozialen Brennpunkten** erreichen und die Problemlösungskompetenz der vor Ort verantwortlichen Schulmanager und Pädagogen nutzen. Zusammen mit einer **Aufhebung der Schuleingangsbezirke** führt das zu einem **Qualitätswettbewerb der Schulen** untereinander. Zur finanziellen Autonomie gehört auch eine neue Ausgestaltung der Position des Schulleiters. Wir wollen zukünftig die Kompetenztrennung innerhalb Schulleitung in Form eines Schulleiters und eines kaufmännischen Leiters.

Personelle Entscheidungsräume schaffen

Gute Schule braucht gute Lehrer. Ob eine Lehrkraft für den jeweiligen Schulstandort geeignet ist, hängt allerdings nicht nur von deren fachlicher und didaktischer Eignung ab, sondern auch von deren Kommunikation mit den Schülern des konkreten Schulstandorts sowie vom konkreten Zusammenarbeiten mit den anderen Lehrkräften und sonstigen Mitarbeitern im Team. Wie im normalen Leben auch, kann vom Papier her vieles richtig sein und am Ende dennoch gar nichts passen. **Freiheit in der Personalgestaltung** bedeutet, dass die **Auswahl und Führung des Personals** zukünftig der Schulleitung obliegt, inklusive **Einstellungs-, Kündigungs-, Freistellungs- und Entlassungsrecht**. Zwingende Voraussetzung ist, dass sich die Ausbildung der Schulleiter den neuen Verantwortlichkeiten anpasst, also mit einem starken Fokus auf Führung, Kommunikation und Personalentwicklung.

Ziel der personellen Autonomie ist es, die Schule zu ermächtigen, eine **aktive Personalentwicklung** zu betreiben. Im Bedarfsfall müssen auch umgehend zusätzliche Kompetenzen ins Team geholt werden können, etwa Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen oder Unterstützungslehrer in spezifischen Bereichen der Förderung von Begabungen und im Umgang mit Lernschwächen. Unter die personelle Autonomie fällt auch die Frage, welches Personal für Verwaltungsaufgaben herangezogen wird.

Unser Konzept der „Selbstverantwortlichen Schule“ setzt zwingend voraus, dass die **Personalauswahl nach Grundsätzen der Vertragsfreiheit** gelebt wird. Es soll jedem zukünftigen Lehrer freistehen, welchen Weg er wählt. Verbeamtete Lehrer arbeiten im Zweifel dort, wo es der Staat will, und haben eine Obergrenze bei ihrem Verdienst. Angestellte Lehrer dagegen können im Zweifel ihren Arbeitsort selbst wählen und ihr Gehalt mit der „**Selbstverantwortlichen Schule**“ verhandeln. Dadurch können Schulen für hochqualifizierte Lehrer auch Anreize jenseits der reinen Verbeamtung schaffen.

Konsistenz und Durchlässigkeit des Schulsystems

Die Freien Demokraten bekennen sich zu einem vielfältigen Schulsystem, von der Regelschule bis zur Gemeinschaftsschule. Hierbei sollen **alle Schulformen gleichwertig behandelt** werden. Dies steht der Tatsache entgegen, dass Regelschulen in Thüringen immer mehr zu Restschulen verkommen. Wir Freie Demokraten sehen hier Handlungsbedarf. Die **Regelschulen müssen für Schüler und Eltern wieder attraktiv** gemacht werden. Dafür fordern die Freien Demokraten ein Maßnahmenpaket, das eine engere **Verzahnung von Schulen mit der Wirtschaft**, die Einführung von kontinuierlichen **Berufsorientierungstagen und -praktika** und Schullaufbahnberatung sowie die **Aufwertung der technischen und handwerklichen Fächer** einschließt. Schulen in freier Trägerschaft sind ein Ausdruck eines vielfältigen Schulsystems. Die Freien Demokraten setzen sich für die **auskömmliche Förderung von Schulen in privater Trägerschaft** ein und fordern ein umfassendes Gutachten zu den tatsächlichen Schülerkosten durch transparente Zahlen aus dem Bildungsministerium.

Schluss mit Unterrichtsausfall - Unterrichtsabsicherung gewährleisten

Für die Freien Demokraten ist der Lehrermangel und Unterrichtsausfall in Thüringen ein Hauptproblem der Schulpolitik und eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit. Wir Freie Demokraten möchten dieser Entwicklung mit einem Maßnahmenpaket und einem langfristigen Konzept begegnen. Als kurzfristige Maßnahmen fordern die Freien Demokraten die gleiche Besoldung und Vergütung in den jeweiligen Schularten, **Anerkennung von Abschlüssen** aus anderen Bundesländern, die Bereitstellung von **mehr Ausbildungsplätzen für Lehramtsanwärter** sowie die bessere Abstimmung zwischen Universität und Referendariat ohne bürokratische und utopische Wartezeiten.

Darüber hinaus möchten wir ein entsprechendes **Referat zur Bekämpfung des Lehrermangels** in der Abteilung 3 „Grundsatzfragen der Schulentwicklung“ im Bildungsministerium aufbauen. Dieses Referat sollte die Geburtenraten in Thüringen im Blick

haben und die Studienplätze für Lehramt in Thüringen stärker bewerben. Hier sind nicht nur die Universitäten gefragt, sondern auch das Ministerium sollte sich stärker in Projekttag und Jobmessen einbringen.

Mittelfristig fordern wir Freie Demokraten ein **Aufbaustudium für Lehrer an berufsbildenden Schulen**, die **bessere Ausbildung von Seiteneinsteigern** sowie mehr Lehrer und Lehramtsanwärter in Universitäten und Schulen. Langfristig fordern wir ein Umdenken der Personalpolitik der Schulen her und die Verlagerung der Planungsschwerpunkte im Bereich der Einstellungspolitik über Legislaturen hinaus.

Weiterhin fordern wir ein Programm für Lehrgesundheit und begreifen Lehrerberufung als eine Zukunftsperspektive, die gesichert werden muss. Hierbei spielt unser Konzept der „**Selbstverantwortlichen Schule**“ eine entscheidende Rolle. Die Schulentwicklung soll durch den Wettbewerb unter Schulen um Lehrer vorangetrieben werden.

Verbesserung der Hortbetreuung durch Selbstverantwortung

Wir Freie Demokraten wollen die Hortbetreuung durch mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort verbessern. Die Abschaffung des Optionsmodells für Horte in kommunaler Trägerschaft ging zu Lasten der Qualität der Hortbetreuung. Die Kommunen sollen wieder die Möglichkeit haben, die Horte in eigener Trägerschaft zu übernehmen. Die Anforderungen an die Personalbeschaffung, Öffnungszeiten und Betreuungsqualität können dann an die örtlichen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Die Kommunen erhalten damit auch die Möglichkeit, den Personaleinsatz im Hort (Früh + Nachmittag) mit dem kommunalen Personaleinsatz in der Unterrichtszeit für andere Aufgaben (z.B. Schulbegleitung, Schulsozialarbeit) abzustimmen und attraktivere Arbeitsplätze für fehlende Fachkräfte zu schaffen.

Medienkompetenz als Fundament einer digitalen Gesellschaft

Für uns Freie Demokraten ist Medienkompetenz eine **Voraussetzung für die digitale und demokratische Gesellschaft**. In Zeiten von sozialen Netzwerken, Filterblasen und Fake-News möchten wir die Bürger von Anfang an befähigen, Quellen kritisch zu hinterfragen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir setzen in der Medienpolitik einen Schwerpunkt auf Medienbildung und Medienkompetenz. Deshalb möchten wir den Anteil des Beitrags der Rundfunkanstalten für **Landesmedienanstalten und Medienbildung stärken**. Die Bildungsarbeit der Thüringer Landesmedienanstalt möchten wir ausbauen und insgesamt für mehr Thüringer Schüler und Lehrer verfügbar machen.

Das digitale Klassenzimmer

Deutschlands Schulen müssen den digitalen Fortschritt willkommen heißen. Wir Freie Demokraten wollen das digitale Klassenzimmer, das die **Chancen der Vernetzung** und neuesten technischen Möglichkeiten für die Bildung unserer Kinder gemäß den didaktischen Anforderungen nutzbar macht. Schule kann nicht erfolgreich auf das Leben vorbereiten, wenn das digitale Leben draußen bleiben muss. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass jedem Kind ein zeitgemäßes digitales Medium zur Verfügung steht. Für uns sind die **Chancen des digitalen Lernens und der individuellen Betreuungsmöglichkeiten** die entscheidenden Argumente. Kinder wachsen heute mit allen Möglichkeiten auf, die ihnen unsere hochtechnisierte Gesellschaft bietet. Schule darf hier nicht zurückbleiben, sondern muss **Vorreiter bei der Einbindung der digitalen Lebenswelt** der Schüler in den Lehr- und Lernprozess sein.

Mit Hilfe des digitalen Klassenzimmers ist die individuelle Förderung jedes Kindes ohne großen personellen Mehreinsatz möglich, können doch im digitalen Klassenzimmer Pädagogen zukünftig den **Lernfortschritt jedes einzelnen Schülers zu jeder Zeit nachverfolgen** und bei

Bedarf sofort fördernd eingreifen. Sollte ein Schüler mehrfach an derselben Aufgabe scheitern, so kann sofort der fehlende oder nicht verstandene Inhalt erklärt werden.

Die Nutzung digitaler Bildungsnetze setzt voraus, dass alle Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien sicher sind. Wir wollen, dass bereits in der universitären Lehrerbildung sowie in Weiterbildungsseminaren **fortschrittsorientierte und digitale Lehr- und Lernmethoden** gelehrt und praktiziert werden. Die heute auszubildenden Lehrer sind die **Innovations- und Fortschrittsbeschleuniger in den Schulen** von morgen.

Da die technische Ausstattung zukünftig Grundbedingung des Lehr- und Lernerfolges ist, sind diese **Aufwendungen durch den Bund und den Freistaat Thüringen zu tragen**. Thüringen soll digitaler werden.

Weltbeste Digital-Unterricht für Thüringen

Wir Freie Demokraten möchten den Freistaat Thüringen zum **Spitzenreiter im Informatik-Unterricht** machen. Informatik bedeutet für uns **mehr als nur Programmierkenntnisse**. Wir möchten Informatik und das Fach Medienkunde schnellstmöglich zu einem verpflichtenden und breit gefächerten „Digital-Unterricht“ weiterentwickeln, in dem Schüler auch **strukturierte Arbeitsabläufe und Planungen kennenlernen**. Diese Fertigkeiten können die Schüler interdisziplinär und in ihrem späteren Berufsleben praktisch anwenden. Wir möchten die jungen Generationen befähigen, sich bewusst und **selbstbestimmt in der digitalen Welt** zu bewegen. Wir möchten digitale Angebote nicht nur nutzen, sondern sie maßgeblich mitgestalten. Dazu gehört für uns auch die Sensibilisierung im Umgang mit Daten und die Grundfertigkeiten zum Erkennen und zur Entwicklung datengetriebener Prozesse und Geschäftsmodelle. Die von der aktuellen Landesregierung angeschobenen Projekte der Digitalen Pilotenschulen wollen wir intensiv begleiten und stärker vernetzen, damit so schnell wie möglich erste Ergebnisse für ganz Thüringen verfügbar sind.

Freie Schulwahl durch gebührenfreie Schülerbeförderung für Alle

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass **Schülerinnen und Schüler thüringenweit Angebote des Nahverkehrs entgeltfrei nutzen** können. Somit wären bessere Voraussetzungen gegeben, damit die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Eltern frei wählen können, welche Schulform und welche konkrete Schule sie besuchen wollen. Nur so lässt sich weltbeste Bildung in allen Thüringer Regionen verwirklichen.

Die Freien Demokraten Thüringen fordern dazu die **Einführung eines Thüringer Schülermobilitätsbudgets**, welches der Freistaat Thüringen in Kofinanzierung durch den Bund gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden abstimmt. Mit den Verkehrsverbänden und -unternehmen möchten wir mit dem Ziel verhandeln, **für Schülerinnen und Schüler thüringenweit eine entgeltfreie Mobilität auf Straße und Schiene** zu ermöglichen.

Entsprechende Landesgesetze, Verordnungen und Satzungen der Landkreise und kreisfreien Städte, welche die Schülerbeförderung regeln, sind zu diesem Zweck abzuändern. Darüber hinaus wollen wir mit benachbarten Bundesländern entsprechende Kooperationsvereinbarungen abschließen, um entsprechende wechselseitige, grenzübergreifende Schulbesuche in den Randregionen Thüringens durch gebührenfreie Schülerbeförderung zu erleichtern.

Die richtige Schule für Jeden - Inklusion mit Augenmaß

Inklusion heißt für uns Freie Demokraten die Förderung der persönlichen Potentiale jedes Schülers nach seinen körperlichen, geistigen und sprachlichen Voraussetzungen. Die Unterrichtsqualität muss auch bei Schülerinnen und Schülern mit erhöhtem Förderbedarf

garantiert werden. Deshalb setzen sich die Freien Demokraten Thüringen für den **Erhalt von Förderschulen und Förderzentren** ein. Inklusion sollte jedoch auch in anderen Schulformen möglich werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Einführung von **Schwerpunktschulen**, um Schulen jeder Schulform die Möglichkeit zu geben, Inklusionsschule zu werden. Dies soll jedoch an festgelegte Kriterien gebunden sein, wie z. B. an die Vorlage eines inhaltlichen und personellen Konzeptes, an bauliche Voraussetzungen, an ein Weiterbildungskonzept für Lehrerinnen und Lehrern und einen Betreuungsschlüssel. Die Schulpolitik sollte bei der Inklusion die Potentiale von allen in den Fokus nehmen. So möchten wir die **Vielfalt der Thüringer Spezialschulen für begabte Schülerinnen und Schüler** erhalten und ihre positive Entwicklung an allen Schulen, im Sinne von Projekten wie „LeMaS“ (Leistung macht Schule), fördern.

Schule und Wirtschaft

Wir Freie Demokraten möchten **Wirtschaft, Handwerk und Industrie besser miteinander vernetzen**. Wir fordern deshalb die Schaffung eines Gremiums zwischen der Wirtschaft und politischen Entscheidungsträgern in der Bildungspolitik. Ökonomische Bildung findet in Deutschland an Schulen nicht systematisch und flächendeckend statt. Es gibt in einigen Bundesländern, etwa in Bayern und Thüringen, Fächer wie Wirtschaft und Recht, die auch wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln sollen. Dies sind zumeist Mischfächer, die nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Die deutsche Bildungskleinstateerei wirkt sich auch hier negativ aus. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die **bundesweit flächendeckende Einführung eines Faches für den Wirtschaftsunterricht** an allen weiterführenden Schulen in Deutschland. Neben der Vermittlung kaufmännischen Wissens, möchten wir, im Rahmen der Berufsorientierung, Unternehmertum praxisnah und realistisch vermitteln – etwa durch Unternehmensplanspiele oder Betriebsbesichtigungen. Wir Freie Demokraten stehen für umfassende Berufsorientierung in allen Schulformen und fordern, dass Netzwerke zwischen Schulen und Unternehmen auf Kooperationsebene ermöglicht werden.

Vernetzung zwischen allgemeinbildenden Schulen und der Wirtschaft verbessern

Die Inhalte der Facharbeiter- und Gesellenausbildung in Handwerk und Industrie müssen stärker in den Unterricht der allgemeinbildenden Schulen eingebunden werden. Diese Schularten werden außerdem aufgefordert, die **Ausbildungsfähigkeit ihrer Absolventen** stärker ins Blickfeld zu rücken. Dazu muss eine verstärkte Kompetenzförderung besonders in den sog. „MINT-Fächern“ erfolgen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (DIW) hat in diesem Bereich bundesweit Defizite festgestellt, dort besonders in den Fächern Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik.

Das System „**Schule trifft Wirtschaft**“ soll ausgebaut werden. Wir Freie Demokraten wollen Schülern bereits in der Schule verschiedene Berufe und Betriebe zeigen, um auch das **Interesse an der beruflichen Ausbildung und dem Handwerk** zu wecken. Deshalb setzen wir uns in ganz Thüringen für verpflichtende Unternehmertage in den Schulen mit lokalen Handwerkern und Unternehmern ein. Für die Organisation der Unternehmertage möchten wir u.a. mit den IHKs, den Handwerkskammern und den Innungen zusammenarbeiten.

Berufliche Bildung

Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich dafür aus, dass jeder Mensch das Recht auf freie Berufswahl ohne staatlichen Einfluss oder Richtungslenkung hat. Für uns ist es dabei wichtig, dass jeder junge Erwachsene den seinen Interessen, Talenten und Begabungen entsprechenden Weg gehen und dabei die angebotene Vielfalt der Zukunfts- und Karrierechancen aktiv wahrnehmen kann. Die Freien Demokraten Thüringen stehen für die

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung - ein Meister ist uns genauso viel wert wie ein Master.

Thüringen als Industriestandort in der Mitte Deutschlands und in Europa ist in besonderem Maße auf **hochqualifizierte Fachkräfte**, vor allem im Bereich der **Facharbeiter, Gesellen und Kaufleute** sowie der Verwaltungsangestellten angewiesen. Eine moderne, an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtete Berufsausbildung ist deshalb einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung einer zeitgemäßen und leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur. In diesem Zusammenhang gilt: das **duale System der Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell** und dient als Vorbild für viele Länder. Es muss deshalb nicht nur erhalten bleiben, sondern ausgebaut bzw. an die Herausforderungen der modernen Industrieproduktion und der Arbeit im Handwerk angepasst werden. Alle derzeit noch bestehenden Behinderungen dieser Ausbildung müssen aufgelöst werden. Es ist deshalb höchste Zeit, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung bestehende Engpässe zu beseitigen, Fehlentwicklungen entgegenzusteuern und wichtige Zukunftsthemen endlich anzugehen.

Praxisnahe Berufsorientierung in Thüringen stärken

Wir Freie Demokraten möchten die **Strategie zur praxisnahen Berufsorientierung** in Thüringen auch in Zukunft **fortführen und weiterentwickeln**. An den Maßnahmen möchten wir das **Handwerk, Unternehmer und Gründer beteiligen** und ihre entsprechenden Bedürfnisse berücksichtigen. Eine praxisnahe und effektive berufliche Orientierung ist, auch im Hinblick auf die **Fachkräftegewinnung**, eine zentrale Herausforderung für den Freistaat Thüringen. Mit der Schulgeldfreiheit für Gesundheits-, Heil- und Therapieberufe möchten wir diese in Thüringen attraktiver machen.

Die Berufsschulen als selbstverantwortliche Schulen

Den berufsbildenden Schulen sollte vom verantwortlichen Ministerium mehr Vertrauen entgegengebracht werden. Denn es gibt vielfältige Möglichkeiten, das starre System der berufsbildenden Schulen zu lockern. Viele Probleme können von den Schulen vor Ort in eigener Verantwortung gelöst werden. So können etwa Berufe mit sehr großer inhaltlicher Übereinstimmung im Rahmen eines gemeinsamen Unterrichtsblocks ausgebildet werden, ohne zusätzliche Lehrkapazitäten aufzuwenden. Als Beispiel können hier die Berufe Konstruktionsmechaniker, Fachrichtung Metall- und Schiffbautechnik (Industrie) sowie Metallbauer, Fachrichtung Konstruktionstechnik (Handwerk) dienen, die ohne weiteres zusammen beschult werden können. Was in den Nachbarländern Hessen und Niedersachsen möglich ist, sollte auch in Thüringen erfolgversprechend umgesetzt werden können. Dies ist auch eine soziale Frage, nämlich die **Kosten und Zeitaufwände der Azubis verringern**, um ein möglichst wohnort- und betriebsnahes Angebot zu erhalten. Aus Sicht der Freien Demokraten müssen die **Schulen vor Ort zusammen mit den Schulträgern und den regionalen Unternehmen über das konkrete Profil der Schule entscheiden**. Wir Freie Demokraten fordern eine **Besetzung der vakanten Schulleiterstellen** durch schnelle Entscheidungen des Bildungsministeriums. Unserer Ansicht nach muss das Ministerium wieder der Herr dieser Verfahren sein und engagiert sowie konsequent mit eventuellen Konkurrentenklagen umgehen. In seiner Gesamtheit fordern wir Freie Demokraten ein fachlich differenziertes Angebot, das den Interessen der Berufsschüler und der Ausbildungsbetriebe im Hinblick auf eine **flächendeckende betriebs- und wohnortnahe berufsschulische Ausbildung** Rechnung trägt.

Technische Ausbildung in Kooperation mit Unternehmen

Die Ausstattung der Berufsschulen möchten wir Freie Demokraten flexibel handhaben. Berufsschulen müssen heute nicht in jedem Fall „externe Maschinenhallen“ vorhalten, wenn diese nicht auf dem aktuellen Stand der Technik gehalten werden können. Stattdessen können für die **Ausbildung an aktueller Technik** auch **Kooperationen mit Ausbildungsunternehmen** eingegangen werden. So verbessern wir gleichzeitig die Relevanz der Ausbildung und den effektiven Einsatz finanzieller Ressourcen an der Berufsschule. Berufsschullehrer möchten wir darüber hinaus auch vermehrt bei den Industrie- und Handelskammern weiterbilden.

Berufswahl darf nicht an Mobilitätshemmnissen und Fahrtkosten scheitern

Die freie Wahl des Ausbildungsberufes darf nicht an den Hürden mangelnder Mobilität und der Höhe der Fahrtkosten scheitern. Dazu ist es aus Sicht der Freien Demokraten wichtig, die Arbeits-, Bildungs- und Wohnwelt besser zu vernetzen, um insbesondere auch der Abwanderung von jungen Menschen entgegenzutreten. Deshalb begrüßen die Freien Demokraten Thüringen den ersten Schritt zum Azubi-Ticket zur kostengünstigen ÖPNV-Nutzung. Wir möchten sicherstellen, dass das **Azubi-Ticket in ganz Thüringen** akzeptiert und anerkannt wird und damit die **Attraktivität der beruflichen Ausbildung steigern**.

Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in Handwerk und Industrie

Die Freien Demokraten Thüringen stehen für die **Verbesserung der beruflichen Weiterbildung** von Facharbeitern und Gesellen. Die Verantwortung für die berufliche Weiterbildung sollte bei den Kammern (IHK, HK) liegen. Das Potenzial der berufsbildenden Schulen auf diesem Gebiet kann mitgenutzt werden. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf der Digitalisierung liegen. Weiterhin fordern die Freien Demokraten die **Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe** im Handwerk und der Industrie. Dies kann z.B. durch **Abbau von bürokratischen Hürden** und Steuersenkungen geschehen, um die Kosten für die Ausbildung zu senken.

Ein Meister ist uns so viel wert wie ein Meister

Wir Freie Demokraten sehen **akademische und berufliche Bildung als gleichwertig** an. Weltbeste Bildung heißt für uns immer auch **weltbeste Aufstiegsfortbildung**. Deshalb setzen wir uns auch in Fragen der Aufstiegsfortbildung in den gewerblich-technischen Berufen, ebenso wie in allen anderen Lehrberufen, für eine **Gleichstellung in Fragen der Kostenbefreiung** in der höheren Berufsbildung ein. Wir möchten beruflich Aufstiegswilligen ihre Kosten etwa für Meisterkurse und Meisterprüfungen bei nachgewiesenem Erfolg erstatten. Ebenso wollen wir den Beantragungsprozess für Empfänger des „Aufstiegs-BAföG“ vereinfachen. Gleichzeitig fördern wir mit diesem Instrument die Heranbildung von qualifizierten Fach- und Führungskräften. Für neue und nachhaltige Betriebsgründungen im Handwerk (sei es als Nachfolger oder als Gründer) brauchen wir gerade in Thüringen **mehr qualifizierte Meister**.

Lebenslanges Lernen - Digitalisierung in der Aus- und Weiterbildung

Die Digitalisierung hält in jedem gesellschaftlichen Bereich in bahnbrechender Geschwindigkeit Einzug. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung muss es deshalb eine Digitalisierungsoffensive im strukturellen, personellen und konzeptionellen Bereich geben. Die Digitalisierung bietet für lebenslanges Lernen neue Möglichkeiten, die wir in Thüringen nutzen wollen. Ausbildungsbetriebe und Schulen sollten bei diesen Projekten logistisch und finanziell unterstützt werden, um Maßnahmen zur **Digitalisierung der Aus- und Weiterbildung** sinnvoll

und effektiv zu gestalten. Wir Freie Demokraten fordern deshalb staatliche Unterstützung der Ausbildungsbetriebe und der Schulen bei Planung und Umsetzung von Projekten der Digitalisierung.

Migration als Chance - Berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten

Die duale berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten mit eingeschränktem und uneingeschränktem Aufenthaltsstatus muss schnell, berufsfeldbreit und bundesweit intensiviert werden. Eine **vollzeitschulische berufliche Vorbereitung** soll den Weg hierfür ebnen. Das ist erforderlich, um den Fachkräftenachwuchs in Handwerk und Industrie zu sichern sowie die Integration dieser Gruppe zu verbessern.

Hochschulen

Zukunftsfähige, freie und eigenverantwortliche Hochschulen

Wir Freie Demokraten stehen für **zukunftsfähige, freie und eigenverantwortliche Hochschulen** mit unbürokratischen und verantwortungsvollen Entscheidungsprozessen. Diese benötigen zukunftsorientierte Reformen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik in den Bereichen Hochschulstruktur, Studium und Lehre sowie einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert von Forschung, damit Thüringen in der Bewältigung der anstehenden Aufgaben, wie Globalisierung und Digitalisierung als Musterbeispiel unter den Bundesländern vorangehen kann. Wir Freie Demokraten stehen langfristigen Entwicklungen der Hochschulen über Kooperationen im europäischen und globalen Raum positiv gegenüber.

Autonome und eigenverantwortliche Hochschulstruktur

Die Freien Demokraten Thüringen fordern, dass der Hochschulrat (HSR) als Gestalter auftreten kann, indem er ein **Initiativrecht** zugesprochen bekommt und damit eine kontrollierende Wirkung auf das Präsidium ausüben kann. Wir lehnen eine - wie im Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vorgeschlagene - Ministerialperson ab, die als Teilnehmer am Hochschulrat (HSR) in die Unabhängigkeit der Hochschulen eingreift. Die Freien Demokraten fordern weiterhin, dass der Senat seine aktuelle Struktur behält und die Interessen der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter achtet. Dies kann in Form eines Betriebsrates erfolgen. Die Freien Demokraten Thüringen lehnen die Parität von Studierenden und Hochschullehrern im Senat ab und fordern die **Hochschullehrermehrheit** in diesem Organ zu erhalten.

Wir Freie Demokraten fordern, allen Hochschulen in Thüringen die Möglichkeit einzuräumen, ohne Eingriffe der Landesregierung, als Bauherr für ihre Hochschule aufzutreten. Weiterhin möchten wir im Rahmen des ThürHG die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um allen Hochschulen im Freistaat die Möglichkeit zu geben, über einen Rechtsformwechsel **alternative und eigenverantwortliche Finanzierungsmodelle** zu nutzen - zum Beispiel die Finanzierung über eine Stiftung. Wir Freie Demokraten fordern die unbürokratischere Anwendung von Experimentierklauseln und die Vereinfachung des Antragsverfahrens.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Die Besoldung der Professoren und Juniorprofessoren sollte dem internationalen Niveau angepasst werden. Wir Freie Demokraten fordern deshalb für Professuren nur noch W3-Stellen vorzusehen. Die soziale Stellung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Thüringen ist aktuell nicht zufriedenstellend. Wir Freie Demokraten möchten die prekäre Lage auflösen und junge Postdoktoranden, die eine akademische Karriere anstreben und die ersten Schritte im akademischen Berufsleben gehen, unterstützen. Deshalb ist es für uns notwendig, die

Befristung von Arbeitsverträgen bei Postdoktoranden auf eine Vertragsdauer von mindestens 3 Jahren festzulegen. Wir Freie Demokraten möchten darüber hinaus die „**Zwölf-Jahres-Regel**“ abschaffen und das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)** überarbeiten.

Auch den akademischen Mittelbau unterhalb der Professuren möchten wir Freie Demokraten stärken. Dafür müssen Regeln geschaffen werden, die den wissenschaftlichen Mitarbeitern an den Hochschulen **Planungssicherheit und flexible Arbeitszeiten** zugesteht. In diesem Bereich muss die befristete Anstellung in vernünftigem Maße reglementiert werden. Wir Freie Demokraten fordern insgesamt mehr wissenschaftliche Mitarbeiter, eine bessere Qualität in der Lehre und eine faire Ausgestaltung entsprechender Stellen. Des Weiteren muss die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter höher gewürdigt und deshalb auch die besonderen Bedürfnisse für diese Ebene der akademischen Arbeit bei Ruhezeitregelungen und anderen Bereichen beachtet werden.

Digitale Hochschulen für die digitale Gesellschaft

Für uns Freie Demokraten ist die Digitalisierung bereits heute ein wichtiges Element des gesellschaftlichen Lebens. Der digitale Wandel ist jedoch in der Thüringer Hochschullandschaft noch nicht angekommen. Für uns Freie Demokraten ist es deshalb unentbehrlich, dass die **digitale Infrastruktur sowie die Online-Angebote der Hochschulen** und der Bibliotheken verbessert werden müssen, um somit ein modernes Studienangebot zu ermöglichen. Die Freien Demokraten fordern deshalb eine stärkere landesweite Initiative, die den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Thüringer Hochschulen zum Ziel haben soll. Diese muss finanzielle, personelle und fachliche Unterstützung beinhalten. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass die **Hochschulbibliotheken ihren Bestand schneller digital verfügbar** machen können. Dabei stellt der Sanierungsstau im Freistaat die Hochschulen und deren gesamte Lehre in Thüringen vor große Herausforderungen. Diesem Zustand muss entschieden entgegnet werden. Es bedarf deshalb nach Ansicht der Freien Demokraten einer Neuordnung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen. Dabei muss die **Beschaffung von externen finanziellen Mitteln für die Hochschulen erleichtert** und nicht durch Bürokratie weiter erschwert werden.

Innovative Forschung und Lehre

Die Freien Demokraten bekennen sich zur **Kooperation zwischen Hochschulen und der regionalen Wirtschaft**, zum Beispiel bei Stiftungslehrstühlen, Sponsoring und Stipendien. Wir Freie Demokraten wollen den Freistaat in den nächsten Jahren zu einem **Zentrum der Forschung in Deutschland** ausbauen. Durch einen ausgeprägten Wettbewerb zwischen einzelnen Fachbereichen werden Hochschulen mit ausgeprägten Profilen geschaffen, die in der Lage sind, im internationalen Vergleich eine wissenschaftliche Vorreiterrolle in ihrem Bereich zu übernehmen. Es bedarf nach Ansicht der Freien Demokraten Thüringen einer leistungsorientierten Mittelzuweisung im Forschungsbericht. Des Weiteren muss der Erwerb von Drittmitteln ausgebaut und nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden. Wir Freie Demokraten lehnen gesetzlich verordnete Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen, zur Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre, wie beispielsweise eine Zivilklausel ab.

Innovationen ermöglichen – mehr Gelder für die Forschung

Wir Freie Demokraten möchten den Freistaat Thüringen zum innovativen Herz Deutschlands machen. Deshalb setzen wir uns für **mehr Forschungsgelder für die Thüringer Hochschulen** ein. Die Thüringer Landesregierung muss **beim Bund offensiv um mehr Forschungsgelder für die neuen Bundesländer werben**. Die Potentiale der Thüringer Universitäten und Hochschulen müssen stärker genutzt werden, um über neue Sprunginnovationen das

Fundament für innovative Ausgründungen und Start-ups zu ermöglichen. Wir Freie Demokraten heißen Innovationen in Thüringen willkommen.

Elternunabhängiges BAföG

Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für ein **elternunabhängiges BAföG für Studierende und Auszubildende** ein, um jungen Menschen die Chance zu geben, ihre Ausbildung unabhängig von Ihren Eltern zu gestalten.

Kultur und Kunst

Standortfaktor: Kulturland Thüringen Kultur ist Vielfalt und schafft eine eigene Identität. Kultur prägt das Leben in Thüringen, denn unser Freistaat verfügt über eines der dichtesten Netze von Theatern, Orchestern, Museen, Burgen und Schlössern in Deutschland. Wir Freie Demokraten sehen **Kultur als Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor**, der Thüringen attraktiver macht.

Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement schaffen Identität

Die **Vielfalt kultureller Angebote im Land** darf nicht gefährdet werden durch einen Zentralismus in Gestalt der Förderung einiger exklusiver Kulturleuchttürme in Ballungszentren. Im ländlichen Raum ist das **bürgerschaftliche Engagement** stark verbreitet. Menschen in kleinen Gemeinden engagieren sich in **Sport-, Musik-, Theater- und Heimatvereinen** und identifizieren sich so in besonderer Weise mit ihrem Wohnort. Als „weicher“ **Standortfaktor** gewinnt Kultur im ländlichen Raum in Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel an Bedeutung. Kultur sorgt auch für Attraktivität bei jungen Familien. In einer globalisierten Welt und einem zusammenwachsenden Europa kommt Kultur zunehmend auch eine Bedeutung für die **regionale Identitätsbildung** zu.

Kulturfinanzierung und Kooperationen der Kultureinrichtungen

Als freiwillige Aufgaben der Kommunen stellt die Finanzierung von Kultur und Sport viele Kommunen in Thüringen vor große Herausforderungen. Es gilt, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu steigern, um der Abwanderung zu begegnen. Aber auch die **wirtschaftliche Eigenverantwortung des öffentlichen und privaten Kulturbetriebes** sowie der Kreativwirtschaft sehen wir Freie Demokraten als wichtigen Bestandteil der Kulturfinanzierung. Kultureinrichtungen müssen wirtschaftlich geführt werden. Wir Freie Demokraten befürworten deshalb **Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen**. Sie erweitern das programmatische Spektrum für das Publikum, dienen der besseren Vermarktung, stärken die Vernetzung und ermöglichen gegenseitiges Lernen.

Kulturelle Bildung als Zukunftsaufgabe

Für uns Freie Demokraten ist die **Stärkung der kulturellen Bildung** Zukunftsaufgabe und Bildungsziel zugleich. Menschen, die sich mit Kunst und Kultur auseinandersetzen, fördern ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Kulturelle Bildung findet an zahlreichen Orten statt. Zentrale Bedeutung haben Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen etc. Wir Freie Demokraten befürworten die **Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen**. Kinder und Jugendliche, die die Möglichkeiten der Kulturarbeit kennenlernen und nutzen können, schulen ihre Kreativität, ihr Selbstbewusstsein und ihre Kommunikationsfähigkeit.

2. Wir wollen ein Thüringen, in dem man durch eigene Leistung vorankommen kann

Thüringer Wirtschaft als Wohlstandsmaschine entfesseln

Wir Freie Demokraten wollen die Thüringer Wirtschaft als Wohlstandsmaschine entfesseln, indem wir **Gesetze überprüfen und auf vorgegebene internationale Mindeststandards zurückführen**. Auch die Vergaberichtlinie möchten wir reformieren und durch einen **Entfall vergabefremder Kriterien** vereinfachen. Nur so haben auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Chance, unkompliziert an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Durch diese Maßnahmen möchten wir den bürokratischen Erfüllungsaufwand für die Thüringer Unternehmen minimieren. Viele kleine Unternehmen bemühen sich gar nicht mehr um öffentliche Aufträge. Für kleine und mittlere Unternehmen möchten wir die Verfahren durch eine Präqualifizierung über die Kammern im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnungen (VOL/VOB) vereinfachen und dadurch die Kosten senken.

Durch **Experimentierräume und Öffnungsklauseln** wollen wir Freie Demokraten einen attraktiven Wirtschaftsraum in Thüringen schaffen. In diesem Rahmen möchten wir innovativen und digitalen Ausgründungen von Unternehmen, Startups, Spin-offs und dem Mittelstand Raum für Experimente und neue Ideen geben. Als digitaler und unbürokratischer Wirtschaftsraum soll Thüringen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad erhalten. Dieser attraktive Wirtschaftsraum ermöglicht besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um die **Gründung und Ansiedlung** junger, forschungsintensiver IT-Unternehmen und die Weiterentwicklung bestehender Unternehmen zu erleichtern.

Digitalbonus evaluieren und bedarfsgerecht ausweiten

Wir Freie Demokraten setzen auf **unkomplizierte und niederschwellige Förderangebote** als Anschubfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Deshalb möchten wir den **Digitalbonus Thüringen evaluieren und bedarfsgerecht ausweiten**. Wir möchten dadurch die Thüringer Unternehmen bei ihrer individuellen Digitalisierung unterstützen, die Informationssicherheit verbessern und innovative Geschäftsmodelle und effiziente Arbeitsabläufe ermöglichen.

Thüringen: Das Gründerherz Deutschlands

Wir Freie Demokraten möchten **bürokratische Hürden von Beginn an abbauen**. Derzeit müssen Gründer viel zu viel Zeit für unproduktive Tätigkeiten verschwenden, die besser in den Aufbau des Unternehmens investiert werden könnte. Bei der Finanzierung ist ein Hauptproblem, dass in Deutschland nur wenig **Risikokapital** zur Verfügung steht. Wir möchten deshalb die Rahmenbedingungen in Thüringen verbessern, alle Akteure an einen Tisch bringen und privates Kapital gezielt ergänzen.

Wir Freie Demokraten möchten einen „**bürokratischen Welpenschutz**“ für Existenzgründer und Nachfolger schaffen. In den ersten drei Jahren nach der Gründung möchten wir Existenzgründer von möglichst vielen Regelungen befreien (vor allem steuer- und arbeitsrechtlich).

Optimierung der Prozesse zur Unternehmensgründung

Die **Dauer für die Gründung eines Unternehmens** ist in einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Das Institut für Mittelstandsförderung gibt als Spitzenreiter von 4,25 Arbeitstagen Bremen und Mecklenburg-Vorpommern an. Thüringen liegt mit 7,75 Arbeitstagen deutlich darüber. Hauptursache ist die steuerliche Anmeldung beim Finanzamt. Hier unterscheiden sich die einzelnen Bundesländer stark. Die Verfahrensdauer liegt in der Entscheidungs- und Verbesserungskompetenz des Landes. Wir Freie Demokraten streben hier eine Prozessverbesserung an, sodass Thüringen rasch **zu den schnellsten Verfahrensländern aufschließen** kann.

Gute Rahmenbedingungen für privates Risikokapital für Start-Ups

Junge Unternehmen brauchen Geld. Es gibt kaum eine Idee, die ohne zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung oder Vertrieb auskäme. Deshalb ist es für junge Unternehmer existenziell, auf Risikokapitalgeber zurückgreifen zu können. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass auch ein **positives Umfeld für Risikokapitalgeber** entscheidend für den Erfolg von Unternehmensgründungen ist. Die **Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz** möchten wir erhalten, um attraktive Bedingungen für Investitionen zu bieten. Institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds können zurzeit keine als hochriskant geltenden Investitionen in Start-Ups tätigen. Dabei wären gerade Anleger, denen viel Kapital zur Verfügung steht, in der Lage, breit – und mit gestreutem Risiko – in viele Start-Ups zu investieren. Sie könnten so die normierte Risikostreuung für Investitionen auch in noch junge Unternehmen optimal absichern. Zudem bietet gerade eine Zeit der niedrigen Zinsen optimale Voraussetzungen, um **institutionelle Investoren für Investitionen in junge Unternehmen** – und damit in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland – zu begeistern. Wir Freie Demokraten wollen erreichen, dass zukünftig auch **institutionelle Investoren breit in Start-Ups investieren** können – mit bis zu fünf Prozent des ihnen zur Verfügung stehenden Kapitals.

Gründer sind unsere Zukunft – gesellschaftliches Klima für Unternehmertum verbessern

Gründer sind die Zukunft unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie schaffen die erfolgreichen Unternehmen von morgen. Die jungen Akteure benötigen dazu einen Raum, in dem sie agieren, Erfahrungen sammeln und erfolgreich die eigene Zukunft gestalten können. Dazu müssen nicht nur die normierten Rahmenbedingungen stimmen, sondern es bedarf auch eines **gesellschaftlichen Klimas, das „Mut macht zum Mut haben“**. Scheitern beim Gründen ist für uns Freie Demokraten kein Makel sondern eine Erfahrung. Wir setzen auf eine **freidemokratische Chancenkultur** und möchten **das gesellschaftliche Klima für Unternehmertum verbessern**.

Gründungsförderung und Clustermanagement

Stadtverwaltungen und lokale Politik können über verschiedene Stellschrauben versuchen, die Attraktivität ihrer Region für Unternehmen zu erhöhen. Dies kann zum Beispiel über die Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Ob eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom Engagement vor Ort ab. Wir Freie Demokraten wollen die Landkreise, Städte und **Kommunen durch eine zentrale Gründerstelle unterstützen**, weiterbilden und **Hilfe zur Selbsthilfe** leisten. Die bestehenden Strukturen im Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) sollen

dabei auf ihre Effektivität überprüft werden. Wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, eine länderübergreifende Koordinierungsstelle zu einheitlichen Ansprechpartnern für Unternehmen zu schaffen. Langfristiges Ziel muss es sein, auf Länder- und Bundesebene jeweils einzelne behördliche Anlaufstellen zu schaffen (One-Stop-Shops). Diese sollen relevante Prozesse betreuen und die gesammelten Informationen an die zuständigen weiteren Stellen übermitteln.

Beratungsangebote für potentielle Gründer ausbauen

Auch an den Universitäten spielt das Thema Unternehmensgründung nur eine untergeordnete Rolle – ob als Lehrinhalt, Gründertraining oder Projekt. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass gerade im universitären Umfeld Ausgründungen erfolgreich sein können. Die High-Tech Gründerszene rund um die Universität und Fachhochschule Jena oder die TU Ilmenau sind Beleg dafür. Zumeist sind dies jedoch Gründungen, die einen jahrelangen Vorlauf in universitären Projekten haben. Ziel muss es jedoch sein, **um Universitäten herum ein Gründerumfeld zu schaffen**, in dem auch Ideen aus anderen Bereichen als „lediglich“ weitentwickelte Hochschulprojekte ihren Anfang nehmen. Um auch dieses Potential zu heben, sollten **praxisorientierte Kurse zu Unternehmensgründungen** angeboten werden sowie die Universitäten ihr **Beratungsangebot für potentielle Gründer ausbauen**. Auch für Studierende, die sich für einen Richtungswechsel entscheiden, wollen wir die Beratungsangebote ausbauen und berufliche Alternativen zum Hochschulstudium aufzeigen. Das mit Landesmitteln finanzierte Thüringer Hochschulgründernetzwerk muss evaluiert werden. Entrepreneurship mit echten Wachstumschancen braucht exzellente Beratung. Um passgenaue Gründerberatung garantieren zu können, wollen wir Freie Demokraten deshalb nach dem Vorbild bereits erfolgreicher Gründeruniversitäten hochqualifizierte Experten insbesondere aus der mittelständischen Wirtschaft als Ausgründungsmanager an den Hochschulen bzw. einem zentralen Experten-Campus einsetzen.

Unternehmen bei der Nachfolge unterstützen

Für uns Freie Demokraten gehört zur Mittelstandsförderung auch die **Unterstützung inhabergeführter Betriebe bei der Unternehmensnachfolge**. Wir setzen uns für einen **Erhalt der Unternehmen in Thüringen** ein, damit die thüringische Wirtschaft nicht mangels Alternativen an Unternehmen aus anderen Regionen verkauft werden muss. Wir Freie Demokraten setzen hier auf die Arbeit der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern. Die Arbeit an der Vernetzung der übergabefähigen Betriebe mit potenziellen Nachfolgern soll weiterhin gestärkt werden. Darüber hinaus soll gerade in den Meisterkursen der Handwerker oder ähnlichen Fortbildungen der Kammern für die Möglichkeit einer Betriebsübernahme sensibilisiert werden. Nachfolgen und Übernahmen der Unternehmensführung werden wir Freie Demokraten entbürokratisieren und erleichtern. Wir wollen dabei unter anderem Übernahmegründungen durch schnellere Übertragungsverfahren ermöglichen. Wir setzen uns für die Beibehaltung des Bestandsschutzes bei der Unternehmensübergabe an einen Nachfolger ein und wollen dies gesetzlich regeln.

Mittel zur Förderung statt Fördermittel

Die Förderungen für Existenzgründer kommen zum großen Teil nicht bei den Unternehmen an, sondern versickern im bürokratischen Ablauf und bei den Förderungsberatern. Wir Freie Demokraten möchten deshalb die **Thüringer IHKs und Handwerkskammern aktiv für eine Neuausrichtung der Existenzgründerförderung einbinden**. Wir Freie Demokraten möchten keine Fördermittel mit der Gießkanne verteilen, sondern Gründern aktive Mittel zum Aufbau des Unternehmens und zur Schaffung von Werten geben. Vorstellbar sind hier die

bedarfsgerechte und unbürokratische Ausgabe eines Gründungszuschusses an besonders aussichtsreiche und wirtschaftspolitisch relevante Gründungsvorhaben. Mit einem nachgelagerten öffentlichkeitswirksam aufgebauten Wettbewerbskonzept schaffen wir Aufmerksamkeit für zukunftsweisendes Gründungsgeschehen in Thüringen. Bei der Förderung von Beratungsleistungen sollen die Honorare an den langfristigen Erfolg gekoppelt werden, sodass Risiko und Haftung auch bei Beratungsdienstleistungen im Einklang stehen.

Mittelstandsförderung ernst nehmen

Wir Freie Demokraten fordern eine konsequente **Einhaltung und Weiterentwicklung des Thüringer Mittelstandsförderungsgesetzes** zum Wohle der kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat. Die Gesetzgebung muss auch auf Landesebene verständlicher werden und eine realistische **Folgenabschätzung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)** beinhalten. Ebenso möchten wir Freie Demokraten die Melde- und Berichtspflichten etwa in den Bereichen Fördermittel, Datenschutz, Sozialversicherung und Statistik vereinfachen. Zusatzbelastungen durch neue gesetzliche Regelungen lehnen wir ab.

Industrie 4.0 für einen innovativen Freistaat

Industrie 4.0 ist **mehr als eine industrielle Revolution**. Sie öffnet den Weg in eine neue Gesellschaft – die **Gesellschaft 4.0**. Sie eröffnet uns Wege, mit denen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit im Sinne **hoher Lebensqualität bei gleichzeitiger Ressourceneffizienz** gestalten können. Industrie und Gesellschaft 4.0 sind der Weg zu treffgenauem, individuellem und dezentralem Handeln. Hierbei ist die Realwirtschaft Basis aller Digitalisierung und Virtualisierung. Wir Freie Demokraten stellen bei der vierten industriellen Revolution Menschen und Lebensqualität in den Mittelpunkt.

Industrie 4.0 heißt vor allem **Individualität, Agilität und Beherrschung der Komplexität**. Die Individualität stärken wir durch Dezentralisierung. Die Agilität erhöhen wir durch automatisierte Entscheidungsvorlagen. Die Komplexität beherrschen wir durch die Nutzung von Assistenzsystemen.

Reale Produktionsmittel und Ressourcen werden ergänzt durch virtuelle Produktionsmittel (Software) und virtuelle Rohstoffe (Daten). Diese müssen ebenso philosophisch und juristisch eingeordnet werden wie die Grenzen der künstlichen Intelligenz (KI). Dem Schutz der Privatsphäre und des geistigen Eigentums kommt eine besondere Rolle zu. Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen mit einer hohen Flexibilität für Transparenz. Freiheit, Privatsphäre und geistiges Eigentum müssen vor Missbrauch aller Art geschützt werden. Der Weg zur Gesellschaft 4.0 macht eine Modernisierung vieler Gesetze erforderlich. Wir Freie Demokraten stellen uns dieser Herausforderung und wollen Thüringen zum Vorreiter machen.

Reduzierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn

Wir Freie Demokraten setzen uns über eine **Bundratsinitiative für die Reduzierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn** ein. Stattdessen befürworten wir, dass die **tatsächlich gearbeiteten Stunden durch den Arbeitgeber verbindlich auf den Lohnzetteln** der Arbeitnehmer angegeben werden müssen. Somit ist es den Arbeitnehmern möglich, die Arbeitsstunden entsprechend zu vergleichen und eigenständig mögliche auftretende Differenzen über die bestehenden betrieblichen und rechtlichen Wege anzumahnen.

Faire Chancen auf öffentliche Aufträge

Wirtschaftspolitik mit Gründergeist bedeutet auch Existenzgründern, kleinen Unternehmen und Mittelständlern eine faire Chance auf öffentliche Aufträge einzuräumen. Wir reformieren das Vergabegesetz und befreien es von vergabefremden Kriterien. Wir setzen uns dafür ein, dass das Vergabegesetz nicht in das Recht der Tarifautonomie eingreifen darf, bspw. durch die Festsetzung von Vergabe-Mindestlöhnen. Wir Freie Demokraten stehen dafür, dass stets **nur die erforderlichen Ausschreibungsbedingungen** festgesetzt werden - und **nicht die höchst denkbaren**. Wer beispielsweise in den Ausschreibungsunterlagen fordert, dass Bieter ein Vielfaches der ausgeschriebenen Auftragssumme an Jahresumsatz nachweisen müssen, wer Versicherungssummen fordert, die die Auftragssumme und ggf. absehbare Schäden übersteigen, wer Mitarbeiterzahlen fordert, die weit über dem für den Auftrag erforderlichen Rahmen liegen, schließt ohne Not Unternehmen vom Wettbewerb aus.

Handwerk als tragende Säule der Thüringer Wirtschaft stärken

30.000 Betriebe, mehr als 150.000 Beschäftigte und mehr als 14 Milliarden Euro Umsatz – das Thüringer Handwerk ist eine tragende Wirtschaftskraft. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, diese tragende Säule der Wirtschaft und Gesellschaft gezielt zu stärken. Durch passgenaue Maßnahmen wie geförderte Imagekampagnen, Entbürokratisierung, Vernetzung von Schule oder Studium mit dem Handwerk sowie durch Verbesserung der Ausbildung wollen wir die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** herstellen und damit auch einen Meilenstein setzen, um dem **Fachkräftemangel wirksam entgegenzuwirken**.

Praxisnahe Berufsorientierungstage und attraktive Ausbildung im Handwerk

Die Einführung von **Berufsorientierungstagen** an Schulen soll praxisnah und unter Beteiligung von Unternehmern aus dem Handwerk ausgerichtet und fortlaufend weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass Politik, Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft eng mit der Elternschaft, Studierenden und unter Einbindung der Kammern zusammenarbeiten und ein **gemeinsames Maßnahmenpaket** schnüren, das wirkt. Die Regelschule und handwerkliche Fächer müssen wieder aufgewertet werden. Wir setzen uns für ein konsistentes und durchlässiges Schulsystem und eine verbesserte, zielgerichtete Schullaufbahnberatung ein. **Studierende, die sich für einen Richtungswechsel entscheiden**, sind das Potenzial, das wir gezielt für Industrie und Handwerk gewinnen wollen. Das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung muss an die moderne Industrieproduktion und die Arbeit im Handwerk angepasst werden. Dies schließt letztlich auch die Lehrerbildung ein. Zudem wollen wir bessere Mobilitätsangebote für Auszubildende schaffen, damit sie auch überregionale Bildungsmöglichkeiten nutzen können. Die Ausbildung im Handwerk braucht ein Update, denn Handwerk und Digitalisierung gehören zusammen. Wir Freie Demokraten sehen darin eine Chance, die Attraktivität des Handwerks gleichermaßen für Auszubildende wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung zu steigern.

Bürokratie abbauen und dem Handwerk das Leben einfacher machen

Bürokratieabbau bedeutet für uns Freie Demokraten nicht nur Gesetze und Verordnungen zu entschlacken, sondern auch Antragsverfahren, wie beispielsweise Anträge auf Förderung einer beruflichen Aufstiegsfortbildung, zu vereinfachen und vorhandene Daten datenschutzkonform zu nutzen, statt Berichts- und Meldepflichten aufzublähen. Zum Bürokratieabbau gehört für uns auch ein klares Vergaberecht, das ohne vergabefremde Kriterien auskommt. Wir befürworten ausdrücklich die Wiedereinführung der **Meisterpflicht** für ausgewählte Gewerke sowie eine Förderinitiative, die die Erstattung von Kosten für Meisterkurse bei erfolgreichem Abschluss vorsieht. Wir wollen die **Meisterprämie in Höhe von 4.000 Euro für alle Absolventen**.

Potentiale des Tourismus für Thüringen besser nutzen

Tourismus ist nicht nur als Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung, sondern kann auch dazu beitragen, das Bild Thüringens als kulturell und kulinarisch vielfältigen, schönen, weltoffenen sowie sportlichen Freistaat nach außen zu vermitteln. Daher wollen wir die Potentiale des Tourismus in Thüringen zukünftig besser ausschöpfen.

Wir setzen uns für die Verzahnung der touristischen Angebote der einzelnen Regionen unter Beachtung regionaler Besonderheiten ein. Hierzu ist es notwendig Leuchtturmprojekte zu entwickeln, Investoren zu gewinnen und Reiseanlässe für wiederkehrende Gäste zu schaffen und positive Aufmerksamkeit für das Tourismusland Thüringen zu erzeugen. Damit einhergehend ist eine stärkere Gesamtvermarktung, die Verbesserung der Strukturen der zahlreichen Tourismusorganisationen und auch eine länderübergreifende Vermarktung von überregionalen Tourismuszielen. Die Organisation der Thüringer Tourismus GmbH wollen wir umstrukturieren, damit ein nach vorne-gerichtetes Arbeiten möglich wird und sich auf die Kernaufgaben fokussiert wird. Bestehende Förderungen von Investitionen sind zu kleinteilig, überreguliert und zu bürokratisch. Das wollen wir ändern. Darauf aufbauend setzen wir uns dafür ein, tourismus-begleitende Elemente stärker in den Blick zu nehmen, die Infrastruktur (bspw. Rad-, Wasser- und Wanderwege) zu erweitern und die Entwicklung der Hotel- und Gastronomie-Landschaft vor allem in ländlichen Regionen zu unterstützen. Das Betreiben von Gaststätten soll wieder Spaß machen und Gründungen im Tourismusbereich müssen zukünftig einfacher und attraktiver werden.

Liberaler Ladenöffnungszeiten

In einer liberalen und vielfältigen Gesellschaft müssen sich die Ladenöffnungszeiten an den Bedürfnissen der Verbraucher orientieren. Wir setzen uns für eine Öffnung der starren Regelungen hin zu mehr unternehmerischer Freiheit und Eigenverantwortung ein. Die Interessen der Unternehmer und Beschäftigten sollen dabei wechselseitig abgewogen und berücksichtigt werden. Wir Freie Demokraten lehnen ein Samstagsarbeitsverbot strikt ab. Die Bedürfnisse nach Dienstleistungen und Versorgungsangeboten an Sonntagen aber auch die mit der Sonntagsruhe verbundenen Traditionen sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Durch eine neue, überarbeitete Gesetzgebung sollen mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume ermöglicht werden.

Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Ausbildung flexibler und attraktiver machen

Wir Freie Demokraten wollen bereits in der Schule einen starken Fokus auf die Berufsorientierung legen. Die duale Ausbildung sollte gestärkt und modernisiert werden. Für Auszubildende und Unternehmen möchten wir die Ausbildung flexibler gestalten und die Fragmentierung der Ausbildungsberufe eindämmen. Gebühren für die schulische und die duale Ausbildung müssen auf ein Minimum reduziert und damit die **Ungleichbehandlung schulischer und universitärer Ausbildung beendet werden**. Darüber hinaus möchten wir auch innerhalb der Europäischen Union um Fachkräfte und um potentielle Auszubildende werben. Wir Freie Demokraten wollen zudem die Berufliche Bildung in die Zuständigkeit des Ministeriums für Wirtschaft überführen.

Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild Kanadas

Für ein **Einwanderungsgesetz mit Punktesystem**, etwa nach kanadischem Vorbild, setzen wir uns über den Bundesrat ein. Dabei nehmen wir mit der Idee der Chancenkarte mit Punktesystem nicht nur die Fortentwicklung des Jobseeker Visums sondern auch die Weiterentwicklung der BlueCard Regelungen in den Blick (Fachkräfte i.S.v. Hochqualifizierte und Anpassung der Gehaltsgrenzen). Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Thüringen ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Und auch für asylsuchende Menschen sollte es eine Bleibeperspektive geben: Wer sich in Deutschland gut integriert, dem wollen wir mit einem „**Spurwechsel**“ auch eine dauerhafte Perspektive für ein Leben in Deutschland geben.

Etablierung einer europäischen Fachkräfteagentur

Wir Freie Demokraten verstehen **Einwanderungspolitik als Chancenpolitik** – für Thüringen und die Menschen, die zu uns kommen wollen. Voraussetzung für eine für beide Seiten gewinnbringende Einwanderung bleibt, über ausreichende Sprachkenntnisse und eine Berufsqualifikation zu verfügen. Die gezielte **Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten**, die nach einem Kriterien basierten Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten können, wollen wir zukünftig mit der Gründung einer europäischen Fachkräfteagentur und von europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten unterstützen. Diese Zentren sollen, in Abstimmung mit dem europäischen PES-Network und in Kooperation beispielsweise mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie den Handwerkskammern (HWK), Sprachkurse, duale Berufsausbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Ausbildungsziel ist, dass erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen dieser Zentren nach einem Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten können. Durch diese europäischen Ausbildungszentren gewinnen die EU, Thüringen und das Herkunftsland gleichzeitig. Einige Absolventinnen und Absolventen werden nach dem Punktesystem kein Arbeitsvisum erhalten und als qualifizierte Fachkräfte im Drittstaat verbleiben. Damit wird erwünschte Fachkräfteeinwanderung effektiv und effizient nach europäischen Kriterien gesteuert und illegaler Wirtschaftsmigration der Boden entzogen. Die Gründung einer europäischen Fachkräfteagentur ist ein Meilenstein in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und eine große Chance für die Fachkräftegewinnung in Thüringen und die Fachkräfteentwicklung im Drittstaat. Die neuen Angebote sollen ihre Wirkung wie ein „Goethe-Institut für Ausbildungsberufe“ entfalten.

Flexibler Übergang in den Ruhestand

Die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer möchten wir weiter für die Wirtschaft nutzen und bisherige **Hürden für eine Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus abbauen**. Unser Ziel ist ein **flexibler Übergang in den Ruhestand**. Dazu wollen wir jedem freistellen, ob er früher oder später in Rente geht und gleichzeitig **die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen**.

Migrationspolitik erfolgreich gestalten - Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Ehrenamt

Integrationspatenschaften fördern und koordinieren

Wir Freie Demokraten wollen **Integrationspatenschaften aktiv fördern und koordinieren**. In diesem Rahmen können ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger Asylsuchende und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bei Behördengängen, Wohnungssuche, Auswahl von Hilfs- und Freizeitangeboten sowie Erstkontakten zu Vereinen und Verbänden unterstützen.

Integrationsnetzwerk „Bund, Länder, Kommunen“

Integration ist kein selbstangepasster Automatismus, sondern gelingt nur, wenn die Bereitschaft zur Integration - seitens der Integrierenden sowie der zu Integrierenden - besteht und der **Bund, die Länder und die Kommunen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen zusammenarbeiten** und gemeinsam für die Integration einen geordneten Rechtsrahmen schaffen.

Unabhängig von der Frage, aus welchen Gründen der individuellen Lebenslage Menschen ihre Heimat verlassen, ist für uns Freie Demokraten Thüringen in einem liberalen Rechtsstaat das **Grundgesetz das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens**. Jedem soll der dauerhafte Zugang zu unserem Arbeitsmarkt nach den Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes offenstehen. Wir sehen allerdings für die Integration in Gesellschaft, Bildung und Wirtschaft sowie für den Respekt vor unserem liberalen demokratischen Rechtsstaat die Notwendigkeit für eine **geordnete Zuwanderung**, die auch Akzeptanz in unserer Gesellschaft findet.

Für das erfolgreiche Gelingen sind **drei grundlegende Säulen** notwendig: ein **geklärter Aufenthaltsstatus, das Erlernen der deutschen Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt**. Um diese Säulen zu stärken, müssen der Bund, das Land und die Kommune Hand in Hand zusammenarbeiten. Neben starken Kommunen braucht es vor allem auch **Partner aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt**.

Geklärtter Aufenthaltsstatus

Menschen, die nach Deutschland kommen, haben nur dann die **Chance und Motivation zur Integration**, wenn ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist, und er oder sie wissen, welche Bleibeperspektive in Deutschland besteht. Dazu braucht es auf Bundesebene die Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzbuches, das klar zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Zuwanderung in den Arbeitsmarkt unterscheidet. Das Grundrecht auf Asyl für individuell verfolgte tasten wir nicht an. Kriegsflüchtlingen gewähren wir einen temporären Schutz für die Dauer des Krieges im Heimatland. Qualifizierte Einwanderer (Blue Card) erhalten ein dauerhaftes Aufenthaltsrechts. Spurwechsel ist möglich. Wer unter keinem der obigen Gesichtspunkte einen Anspruch auf Aufenthalt in Deutschland und Thüringen hat, muss unser Land wieder verlassen. Abschiebungen sind konsequent und zeitnah durchzuführen. Für sie muss es einen **rechtsstaatlichen, transparenten Prozess** geben, in dem die Anforderungen klar kommuniziert werden. Zu diesen Anforderungen muss die **Sprachfähigkeit** gehören, aber auch die offenkundige Bereitschaft sich **in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren**.

Erlernen der deutschen Sprache

Da die **Kenntnis der deutschen Sprache** ein Schlüssel zur Integration ist – denn nur so ist eine Kommunikation in Schulen, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz möglich – muss dem Erlernen von Deutsch weiterhin eine hohe Priorität beigemessen werden. Deutschkurse sollten

auch in Zukunft in größerem Umfang angeboten und die **Teilnahme bis zum Level B1 verpflichtend** gemacht werden. Besonders bei Jugendlichen in der Altersgruppe von 17 bis 25 Jahren muss nach Beendigung der Schulpflicht geprüft werden, ob die Deutschkenntnisse ausreichen, um am Arbeitsmarkt und dem allgemeinen Leben in Deutschland erfolgreich partizipieren zu können. Zudem ist ein umfassendes Zusammenspiel für eine **bedarfsnotwendige, finanzielle und personelle Ressourcenausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Volkshochschulen** erforderlich. Ebenso fordern wir eine bessere Verzahnung von Sprach- und Berufsausbildung sowie die Etablierung von Beratungsangeboten über den Inhalt und die Qualität der Möglichkeiten einer Berufsausbildung in Deutschland. Sprache ist immer auch Grundlage für internationale Verständigung und Zusammenarbeit. Deshalb soll der Zugang zu Sprachkursen auch jenen Menschen zuteil werden, die nur vorübergehend in Deutschland verbleiben.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Die dritte Säule einer erfolgreichen Integration muss der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt sein. Dazu muss das duale Ausbildungssystem flexibilisiert werden, damit eventuelle Vorkenntnisse unter festzulegenden Voraussetzungen angerechnet werden können oder auch noch im vorgerückten Alter eine Ausbildung ganz oder teilweise nachgeholt werden kann. Ebenso soll die Schaffung von Möglichkeiten geprüft werden, Berufserfahrung auf die Ausbildungszeit anrechnen zu können und dennoch einen qualifizierten Abschluss als Ausbildungs-Gütezertifikat auszustellen.

3. Wir wollen ein Thüringen, das die Chancen der Digitalisierung nutzt

Die Digitalisierung lässt keinen Stein auf dem anderen und mischt alle Karten neu. In Zeiten des digitalen Wandels verteidigen wir unseren Wohlstand nicht, indem wir nur am Althergebrachten festhalten. Wir Freie Demokraten sehen die **Digitalisierung als Mittel für vergleichbare Lebensverhältnisse** und einen attraktiven ländlichen Raum. Deshalb ist die Digitalisierung gerade für unseren Freistaat Thüringen eine große Chance. Mit einer guten digitalen Infrastruktur, künstlicher Intelligenz, autonomer Mobilität und Logistik können wir die Lebensqualität dezentral in die Fläche bringen und eine **Brücke zwischen Stadt und Land** bauen. So können wir gleichzeitig dem ländlichen Raum eine Zukunft geben und Druck vom Wohnungsmarkt in unseren Städten nehmen. Um diese Chancen der Digitalisierung zu nutzen, dürfen wir nicht abwarten. Wir Freie Demokraten werden in Regierungsverantwortung den **Wandel aktiv gestalten und vorantreiben**.

Gigabit-Freistaat Thüringen

Unser Ziel ist, bis **spätestens 2025 flächendeckendes Internet auf Gigabit-Basis im gesamten Bundesland zu ermöglichen**. Den Weg dazu möchten wir **technologieoffen und möglichst mit Glasfaser** auf dem besten Stand der Technik gehen. Der Breitbandausbau ist für uns Freie Demokraten eine vordringliche **Aufgabe der Daseinsvorsorge**, insbesondere für die Gewerbegebiete. Wir möchten deshalb regelmäßig und ortsbezogen überprüfen, welche Technologien (zum Beispiel auch kabellos per 5G) zum aktuellen Zeitpunkt am besten geeignet sind. Die digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für die Wirtschaft 4.0. Kupfertechnologie und Vectoring fördern wir nicht weiter, da diese Technologie mittlerweile komplett überholt ist. Das Vergaberecht lässt einen zügigen Breitbandausbau zu oft vor Vergabekammern scheitern. Für einen beschleunigten Ausbau werden wir Freie Demokraten bürokratische Hemmnisse abbauen, **Vergabeverfahren vereinfachen** und beschleunigen sowie **interkommunale Infrastrukturgesellschaften stärken**. Hohe Kosten beim Breitbandausbau werden vor allem durch den Tiefbau verursacht. Deshalb fordern wir Freie Demokraten mehr Weitblick bei Straßenbaumaßnahmen durch **verpflichtende Leerrohre für Datenleitungen**.

Gigabit-Freistaat Thüringen – Digitalpartnerschaft voranbringen

Ziel für uns Freie Demokraten ist ein „Gigabit-Freistaat Thüringen“. Dazu setzen wir uns für eine neue „**Thüringer Digitalpartnerschaft**“ mit Telekommunikationsunternehmen ein. Im Rahmen der neuen Digitalpartnerschaft wollen wir in Thüringen gemeinsam mit den Betreibern eine **zukunftssichere digitale Infrastruktur aufbauen und Versorgungslücken schließen**. Innerhalb der neuen Digitalpartnerschaft soll der Freistaat Thüringen **Anreize für private Investitionen** durch die Telekommunikationsunternehmen schaffen. Gleichzeitig werden in diesem Zusammenhang gemeinsame Ziele zwischen dem Freistaat und den Betreibern vereinbart, um die **Gigabit- und Mobilfunkversorgung zu verbessern**. Hierzu soll auch vereinbart werden, Basisstationen für den Mobilfunk zu errichten und zu erweitern. Mit der „Thüringer Digitalpartnerschaft“ ermöglichen wir Freie Demokraten dem ländlichen Raum und privaten Unternehmen **neue Entwicklungschancen**.

Funklöcher schließen – freies WLAN voranbringen

Bestehende Funklöcher wollen wir Freie Demokraten thüringenweit schließen. Das mobile Internet bauen wir flächendeckend auf LTE-Standard, aber erweiterbar auf 5G, aus. Hierbei werden wir auch prüfen, ob die DVB-T2 HD Frequenzen für mobiles Internet zur Verfügung gestellt werden können.

Unser Ziel ist **freies WLAN** in allen Landeseinrichtungen und auf öffentlichen Plätzen. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für **eine landesweit gebündelte WLAN-Strategie** aus einer Hand ein. Wir Freie Demokraten unterstützen private **Freifunkinitiativen** – u.a., indem wir **freies WLAN als gemeinnützigen Zweck anerkennen**. Um die Anzahl privat betriebener offener WLAN-Netzwerke zu erhöhen, brauchen die Betreiber Rechtssicherheit. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine **vollständige Abschaffung der Störerhaftung** ein.

Bürgerrechte schützen - Transparenz bei Funkzellenabfragen

Wir Freie Demokraten wollen ein **Transparenzsystem für Funkzellenabfragen** in Thüringen einführen. Dadurch möchten wir mehr Transparenz und individuelle Datenhoheit ermöglichen. Bürger sollen sich auch im Freistaat benachrichtigen lassen können, wenn ihre Handydaten im Rahmen einer Funkzellenabfrage erhoben werden. Dafür möchten wir ein **datensparsames Thüringer Funkzellenabfragen-Transparenz-System (FTS)** aufbauen. Für das Thüringer Funkzellen-Transparenz-System wird ausschließlich die Handynummer online erhoben und keine weiteren personengebundenen Daten. Die online registrierte Handynummer soll in Folge einer Datenerhebung per SMS informiert werden. Die Liste registrierter Handynummern muss direkt bei einer **unabhängigen Stelle bei der Justizverwaltung** geführt werden. Pauschale Funkzellenabfragen sind stets ein **erheblicher Eingriff in die individuelle Freiheit**. Deshalb möchten wir sicherstellen, dass ihr Einsatz stets im Verhältnis zu den jeweiligen Straftaten steht.

Fairer Wettbewerb für Mittelstand und „Share Economy“

Wir Freie Demokraten wollen die Potentiale der „**Share Economy**“ nutzen und gleichzeitig **faire Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand** sicherstellen. Gesetzliche Rahmenbedingungen (beispielsweise für die Personenbeförderung oder Übernachtungsvermittler) möchten wir dazu vereinfachen und modernisieren.

Innovative Mobilitätsdienste können die Leistungsfähigkeit und Effizienz des Personenverkehrs gerade auch im ländlichen Raum signifikant steigern. Gerade **Sharing-Economy und Pooling-Konzepte** können zur Belebung des Wettbewerbs, zur **Entlastung der Infrastruktur** und zum **Schutz der Umwelt** beitragen. Ziel der Sharing Economy darf es nicht sein, durch Umgehung sinnvoller Regulierungen, etwa beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, oder Steuervorschriften Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Gleichzeitig sollten innovative Mobilitätsdienste gefördert werden, beispielsweise durch **flexiblere Regelungen**.

Um innovativen Mobilitätsdiensten den Markteintritt zu ermöglichen und zugleich faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen, ist die Etablierung eines Level-Playing-Fields (gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle) erforderlich.

Thüringen als Vorreiter für GreenTech und Künstliche Intelligenz

Wir Freie Demokraten wollen Thüringen zu einem Freistaat machen, der am Big-Data- und Green-Tech-Markt partizipiert. Umwelttechnik und Ressourceneffizienz treiben die nachhaltige Entwicklung weltweit an. Für den Technologie- und Industriestandort Thüringen kann dies von herausragender Tragweite sein. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt kann in diesen Bereichen nachweislich stark steigen sowie die Beschäftigungszahlen positiv verändern.

Umwelttechnologien modernisieren unsere Wirtschaft und sorgen für **nachhaltigere Produkte**. Hinzu kommt, dass die Digitalisierung den Green-Tech Bereich stark verändern wird. Unsere Wälder, Felder, Grünflächen und Naturschätze sind die Grundlage und ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal, um Daten über unsere Umwelt zu sammeln und auszuwerten. Mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) können wir diese **Daten in der Wertschöpfung nutzbar machen**. Durch die Nutzung von Daten sollen neue Businesskonzepte unter dem Aspekt der Kostenminimierung, Ressourcenschonung national sowie international für die Gesellschaft durch Start-Ups und etablierte Unternehmen entwickelt und verbreitet werden.

Wir wollen junge Startups im Green-Tech-Bereich mit einem in Deutschland einzigartigen Hub verbinden, fördern und begleiten. Darüber hinaus ist ein solcher Hub eine einzigartige Schnittstelle zwischen Industrie, Wirtschaft, Umwelt und sozialer Gesellschaft, um einen starken Wirtschaftsstandort Thüringen zu sichern. Der Freistaat bekommt somit die Möglichkeit, sich im gesamten europäischen Raum eine optimale ökonomische Reputation zu sichern und zusätzliche Investitionen von Unternehmen zu akquirieren.

Digitale Chancen für den Umweltschutz

Für viele Umweltschutzmaßnahmen schafft die Digitalisierung überhaupt erst die technischen Voraussetzungen. Durch intelligente Energienetze können wir erneuerbare Energien effektiver nutzen und gleichzeitig die Stromnetze entlasten. Intelligente Infrastrukturen erzielen wesentlich höhere Einspareffekte beim Ressourceneinsatz. Agile Fertigungssysteme schaffen individualisierte Produkte.

IT-Sicherheit muss 4.0 sein

Die Sicherheit steht in Zeiten der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Zur Verhütung von Katastrophen-Szenarien wird IT-Security immer wichtiger. Der Grund ist die zunehmende Vernetzung und die rasant wachsende Zahl der Dinge, die ans Internet angeschlossen werden. Die digitalen Angriffe werden steigen und so Institutionen, Menschen und Gruppen schädigen. Um dem zu begegnen muss die Cybersicherheitsstruktur in Thüringen zukünftig modern ausgestattet und optimal vernetzt sein. Daten-Sicherheit muss zur neuen Sicherheit 4.0 weiterentwickelt werden, IT-Security "Made in Thüringen" gehört entwickelt und gefördert. Die Digitalisierungs- und Sicherheitsberatung für kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige, Freiberufler und das Handwerk muss ausgebaut und weiterentwickelt werden.

E-Government-Offensive für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung

Die Verantwortung für die digitale Transformation werden wir Freie Demokraten in einem schlanken **Digitalministerium** und einem **Digitalausschuss mit Initiativrecht** bündeln. Der Digitalminister muss als „Chief Information Officer“ (CIO) vorrangig die landesweite IT-Steuerung verantworten und offene, interoperable **Standards für Software, Hardware, Schnittstellen und Dateiformate** festlegen. Damit die Digitalisierung auf jeder Ebene verstanden und gelebt wird, werden wir über das Digitalministerium die Kommunen gezielt beraten und für diese Zukunftsaufgabe sensibilisieren.

In einem **E-Government-Gesetz** werden wir diese Maßnahmen mit einem einheitlichen, harmonisierten System, einer verbindlichen digitalen Akte und Best-Practice-Modellen für die Kommunen bündeln. Dazu möchten wir Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises weitgehend beim Land sammeln und digitalisieren. Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob IT-Dienstleistungen und das Thüringer Landesrechenzentrum als eine Gemeinschaftsaufgabe der mitteldeutschen Bundesländer effektiver organisiert werden können. Thüringen allein ist zu klein, um sämtliche IT-Lösungen selbst zu entwickeln.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss mit einem gleichzeitigen Kulturwandel in den Köpfen einhergehen. Die einfache Abbildung alter Strukturen über PDF-Dokumente ist kein hinreichender Anspruch. Möglichen Ängsten von Mitarbeitern und Bürgern begegnen wir aufgeschlossen und mit offenen Kommunikationsmöglichkeiten.

Nach dem „**Once-Only-Prinzip**“ möchten wir einen Kerndatensatz zur Verfügung stellen, auf den die Ämter für Formulare und Verwaltungsvorgänge zurückgreifen können. Den Bürgern werden dadurch bürokratische Doppelbelastungen erspart. Durch die Digitalisierung können die Bürger mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge erhalten. Entscheidend dafür ist das Transparenzprinzip – jeder Bürger muss sehen können, welche Behörde zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund auf diese Daten zugegriffen hat.

Genehmigungsfiktion ausbauen – Bürger und Behörden auf Augenhöhe

Mit dem Ausbau der **Genehmigungsfiktion** möchten wir Verwaltungshandeln verbindlich machen und Augenhöhe zwischen Bürgern und Verwaltung herstellen. Behörden werden verpflichtet, Anträge innerhalb einer Frist zu bearbeiten. Liegt nach Fristablauf kein Bescheid vor, gilt die Genehmigung als erteilt. Behörden sollen sagen, was geht, nicht nur was nicht geht. Den Bürgern wollen wir über elektronische Partizipation einfache Verfahren bieten, um sie an Verwaltungsprozessen zu beteiligen.

Transparenzgesetz und Open Government

Mit einem Transparenzgesetz ermöglichen wir mehr Innovationskraft im Freistaat. Unverhältnismäßige Abschreckungsgebühren lehnen wir in diesem Zusammenhang ab. Wir Freie Demokraten möchten mit **Open Government** die demokratische Partizipation verbessern. Informationen und Gutachten der öffentlichen Verwaltung, die keine personenbezogenen oder schützenswerten Daten enthalten, möchten wir weitestgehend als **Open Data** für die weitere Nutzung freigeben und in einem Portal verfügbar machen. Darüber hinaus wollen wir bei zukünftigen Softwareprojekten die Ergebnisse als freien Code zur Verfügung stellen, um einerseits sichere und qualitativ-hochwertige Lösungen zu erhalten und andererseits doppelte Ausgaben für Lizenzen zu vermeiden.

Ideenwettbewerb für Blockchain in der Verwaltung

Mit einem kreativen **Ideenwettbewerb** möchten wir Freie Demokraten den Nutzen der **Blockchain-Technologie** für die öffentliche Verwaltung in Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren, Start-Ups und der Wissenschaft erproben und Thüringen damit zum Vorreiter machen. Die Blockchain kann als dezentrales Netzwerk das Vertrauensproblem in der IT lösen. Die Technologie steht nicht mehr am Anfang ihrer Entwicklung und hat das Potenzial für vielfältige Anwendungen mit geringen Transaktionskosten. Der sinnvolle Einsatz der Blockchain ist begrenzt, kann aber in bestimmten Bereichen einen revolutionären Fortschritt bedeuten.

Medienpolitik reformieren und modernisieren

Wir Freie Demokraten möchten das Thüringer Landesmediengesetz reformieren und die politische Einflussnahme auf die Besetzung der Führungspositionen reduzieren. In der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt möchten wir auch Vertreter der digitalen Medien beteiligen. Die Größe der öffentlich-rechtlichen Gremien möchten wir auf Effektivität, Arbeitsfähigkeit und Repräsentativität überprüfen und ggf. anpassen.

Bürgermedien wertschätzen und stärken

Die **Fördermöglichkeiten für Bürgermedien** wollen wir Freie Demokraten unbürokratischer ausgestalten und um einen Inflationsausgleich ergänzen. Die **Bürgermediensatzung der TLM möchten wir reduzieren**. Die Vorgaben bezüglich lokaler Inhalte in Minuten pro Sendestunde sollten abgeschafft werden, da sie unrealistisch und nicht überprüfbar sind. Die **Medienbildung bei den Bürgermedien** möchten wir stärken. Geplant ist eine Finanzierung der erforderlichen **Stellen für Medienpädagogen aus einem separaten Budget**, die Bürgermedien würden dadurch ebenfalls entlastet. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere **Anerkennung journalistischer Arbeit** bei den Bürgermedien ein.

Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk an der Grundversorgung orientieren

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einem qualitativ hochwertigen Rundfunk. Die **Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks möchten wir an der Grundversorgung orientieren** und den Anteil an Information, Bildung und Kultur deutlich erhöhen. Doppelstrukturen möchten wir möglichst abbauen und Synergien nutzen. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen **effizienten Umgang mit den Mitteln der Rundfunkanstalten** ein. Den **Rundfunkbeitrag möchten wir Freie Demokraten senken** und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren.

Das ZDF möchten wir, inklusive des Unterhaltungsbereichs, zu einem **freien öffentlichen Rundfunk** weiterentwickeln und privatisieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht zur Konkurrenz von privaten Online-Medien werden. Deshalb sind die digitalen Auftritte auf den neuen freien öffentlichen Rundfunk zu übertragen.

Daten schützen – und Datenschutz praktikabel gestalten

Datenschutz ist für uns Freie Demokraten ein urliberales Grundanliegen. Es waren die Freien Demokraten, die sich in Thüringen als erste für die Unabhängigkeit und Zuständigkeit des Datenschutzbeauftragten auch im privatrechtlichen bzw. privatwirtschaftlichen Datenschutz und für eine bessere personelle Ausstattung eingesetzt haben. Es ist die Grundüberzeugung der Freien Demokraten, dass freie Bürger auch frei über ihre eigenen Daten bestimmen können müssen. Deshalb begrüßen wir eine grundlegende Modernisierung und Stärkung des Datenschutzes. Für uns Freie Demokraten gilt aber auch die **Verhältnismäßigkeit beim Datenschutz**. Unser Grundsatz deshalb: „**Aufklärung vor Strafe**“. Datenschutz muss verständlich, rechtsbestimmt und im realen Leben praktikabel sein. Diesen Anforderungen genügt weder die Datenschutzgrundverordnung noch die nachgeordnete Thüringer Gesetzgebung. Wir Freie Demokraten wollen deshalb unseren Einfluss auf europäischer und auf Bundesebene für eine Verbesserung der Rechtslage geltend machen und in Thüringen die Fortschreibung und Verbesserung der aktuellen Gesetzgebung erreichen.

Zum Schutz der Daten gehört insbesondere auch, dass durch öffentliche und private Überwachungsmaßnahmen keine Bewegungsprofile unbescholtener Bürger erstellt werden können. Deshalb stehen die Freien Demokraten weiter auf dem Standpunkt, dass Kameraüberwachungen im öffentlichen Raum nur in sehr sorgfältig begründeten Ausnahmefällen möglich sein sollen, wenn eine konkrete Gefahr vorliegt und wenn Aufnahmen, die keine Straftaten belegen, unverzüglich wieder gelöscht werden, ohne Dritten zur Verfügung gestellt zu werden. Wir fordern ein Recht auf Verschlüsselung, denn vertrauliche Kommunikation und Privatheit sind Grundrechte. Sie müssen in der digitalen Welt, wie in der analogen Welt sichergestellt sein. Backdoors lehnen wir ab, denn sie stehen nicht nur dem Staat, sondern auch Kriminellen offen.

4. Wir wollen ein Thüringen mit einem durchsetzungsfähigen, unkomplizierten und bürgernahen Rechtsstaat

Dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass keine neue Gebietsreform, sondern allein eine **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform** die strukturelle Zukunft Thüringens nachhaltig gestalten kann. Nur wenn es uns gelingt, die politischen Entscheidungen im Sinne der regionalen Identität vor Ort zu belassen und zugleich die Verwaltungsstrukturen effizienter und großräumiger zu gestalten, kann eine belastbare Struktur entstehen. Beides miteinander zu vereinbaren, ist die politische Herausforderung, die wir Liberalen lösen möchten.

Einsparpotentiale liegen in erster Linie in einer Verwaltungsreform - in der Bündelung der Wahrnehmung materieller Landesaufgaben beim Land und in der Reduktion der verbleibenden Verwaltung in Kreisen und Gemeinden.

Regionale Identität erhalten

Wir Thüringer Liberale verstehen, dass sich regionale Identität nur dann bildet, wenn Entscheidungen – welche die Menschen unmittelbar vor Ort betreffen – auch tatsächlich durch diese Menschen getroffen werden können. Regionale Identitätsangebote müssen deshalb die Lebenswirklichkeit der Bürger abbilden. Deshalb sind die **kommunalen Strukturen die Grundpfeiler gelebter Demokratie** im Freistaat Thüringen. Wir Freie Demokraten wollen die **politischen Räume von den Verwaltungsstrukturen trennen**.

Regionale Identität löst sich auf, wenn diejenigen Entscheidungen, die das unmittelbare Umfeld der Menschen prägen, nicht mehr im Raum der regionalen Identität verankert sind. Je größer die **Entfernung zwischen Entscheidungsort und Betroffenen**, desto geringer ist die **Bindung zwischen Bürgern und Entscheidern**. Diese Bindung ist jedoch der ganz wesentliche und entscheidende Faktor, damit sich Bürgerinnen und Bürger ernstgenommen fühlen und damit sie sich engagieren. Der Grad des „Ernstgenommen Werdens“ ist ein zentraler Indikator für die Zufriedenheit der Bürger mit unserer Demokratie, weshalb politische Strukturen nah am Bürger bleiben müssen.

Kommunales Engagement ist in besonderem Maße ehrenamtlich geprägt. Hauptmotivation ist der Wille, das direkte persönliche Lebensumfeld zu gestalten. Große Gebietskörperschaften greifen deshalb in zwei Richtungen die Motivation kommunalpolitisch Tätiger an. Zum einen durch ihre hohen Opportunitätskosten (Reduzierung der eigenen Freizeit durch eine die Vielzahl an Gremiensitzungen sowie die zeitlichen und finanziellen Kosten weiter Anfahrtswege) und zum anderen **das Fehlen eigener, regionaler Betroffenheit**. Beides ist dem politischen Engagement abträglich.

Selbstverwaltung ernst nehmen – Gemeindestrukturen vor Ort bestimmen

Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns Freie Demokraten ein nicht verhandelbares Gut. Wir sehen unsere Kommunen als „**Grundschulen der Demokratie**“ und möchten den Städten und Gemeinden im Freistaat mehr Entscheidungskompetenzen geben.

Wir Freie Demokraten wenden uns klar **gegen Zwangsfusionen**. Eine zentralistische Gebietsreform vom Erfurter Reißbrett aus ist kontraproduktiv. Allein die Freiwilligkeit von Gebietszusammenschlüssen schafft deren Akzeptanz bei der Bevölkerung. Thüringer **Gemeinden sollen eigenständig über kommunale Strukturen entscheiden** und diese ohne Zustimmung des Innenministers und der Landesregierung beschließen können. Wir nehmen damit den Begriff der Kommunalen Selbstverwaltung wortwörtlich und leben **kommunale**

Freiheit und Vielfalt. Selbstbestimmung ist keine Einbahnstraße: Bei entsprechendem Bürgerwillen muss Ortsteilen auch der Weg zurück in eine eigenständige Gemeinde ermöglicht werden.

Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Wir Freie Demokraten wollen die **interkommunale Zusammenarbeit stärken**. Für uns sollte es eher der Regelfall – nicht die Ausnahme – sein, dass Verwaltungen untereinander kooperieren und **Aufgaben gemeinschaftlich wahrnehmen**. Verwaltungsgemeinschaften können ein bürgernaher und dezentraler Weg zu effizienten Verwaltungsstrukturen sein. Dafür möchten wir die **Verwaltungsgemeinschaften weiterentwickeln**. Etwa durch eine Stärkung direktdemokratischer Elemente und eine Stärkung der Gemeinschaftsebene. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer vielfältigen Struktur der kommunalen Familie im Freistaat Thüringen.

Pauschale Mindestgrößen für Kommunen lehnen wir ab, egal ob auf Gemeinde- oder Landkreisebene. Die selbstbestimmte Entwicklung der Gemeinden prägte unseren Freistaat in den letzten beiden Jahrzehnten. Dabei war nicht die Verwaltung sinnbildend für die Identität einer (auch VG-angehörigen oder beauftragenden) Gemeinde, sondern die kommunale Selbstbestimmung und Bürgerbeteiligung innerhalb ihrer Eigenständigkeit.

Regionalkreis in der Thüringer Kommunalordnung verankern

Wir Freie Demokraten wollen den **Regionalkreis als einen Kommunalverband der besonderen Art in der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) verankern**. Dadurch ermöglichen wir rechtlich eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten. Gleichzeitig wird die kommunale Vielfalt in Thüringen gestärkt und ausgebaut. Vorbild für den Regionalkreis ist das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz.

Insbesondere die Rechtsstellung der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Göttingen als regions- bzw. kreisangehörige Städte, die gleichwohl als kreisfrei behandelt werden, soll analog auch den bisher kreisfreien Städten in Thüringen ermöglicht werden. Wenn vor Ort so gewollt, kann trotz des Zusammenschlusses zu einem gemeinsamen Regionalkreis der **Status der Kreisfreiheit für die Stadt innerhalb des Landkreises erhalten** bleiben.

Digitale und kreisübergreifende Verwaltung statt Zentralismus

Der digitale Wandel hat in der Privatwirtschaft bereits viele altbekannte Geschäftsmodelle neu erfunden und verkrustete Strukturen zum Wohle der Bürger aufgebrochen. In unseren Landesverwaltungsstrukturen hingegen ist diese Entwicklung leider noch nicht angekommen. Auch die ursprünglich geplanten rot-rot-grünen Großkreise zwischen 130.000 und 300.000 Einwohnern hätten daran nichts geändert. Sie sind kein geeignetes Instrument, um die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Dafür braucht Thüringen keine anonymen Großkreise, sondern eine **mutige E-Government-Offensive**. Zielstrebig gilt es dabei, bestehende Hemmnisse im Zusammenhang mit der elektronischen Signatur abzubauen, praktikable Lösungen zu entwickeln und dafür Sorge zu tragen, dass die höhere Effizienz vor allem zur Entlastung und Vereinfachung, anstatt zur Entwicklung zusätzlicher Anforderungen führt.

Ein thüringenweiter IT-Dienstleistungsbetrieb für digitale Kommunalverwaltung

Wir Freie Demokraten stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig unterstützen wir die kommunalen Verwaltungen bei der Bewältigung der digitalen Herausforderungen und der europäischen Vorgaben. Die Realität der Ämter möchten wir gemeinsam mit den Kommunen an die veränderte Wirklichkeit anpassen. Deshalb befürworten wir die Gründung eines **kommunalen IT-Dienstleistungsbetriebs** zur Unterstützung der Kommunen beim Einsatz von Informationstechnologie. Der Betrieb könnte etwa nach Vorbild der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als öffentlich-rechtliche Einrichtung in der **Trägerschaft der kommunalen Spitzenverbände** arbeiten. Nachdem die kommunale Sachbearbeitung durch die Möglichkeiten des E-Government immer komplexer wird und ein Spezialwissen voraussetzt, das die kommunalen Kunden häufig nicht vorhalten können, könnte ein kommunaler IT-Dienstleister als **Komplettanbieter für Kommunalsoftware, Verfahren und Infrastruktur** eine flexible Gestaltung kommunaler Online-Lösungen ermöglichen.

Estland als Vorbild für Thüringens Digitalstrategie

Wir Freie Demokraten wollen den Freistaat **Thüringen zum deutschen Estland machen**. Der baltische EU-Mitgliedstaat ist Vorreiter in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit der e-Residency bietet Estland eine Art „digitale Staatsbürgerschaft“, mit der auch Nicht-Esten Zugang zu den digitalen Diensten des Landes erhalten. Wir möchten unsere Thüringer **Digitalisierungsstrategie an den Best-Practice-Modellen von Vorreitern wie Estland ausrichten**. Wir Freie Demokraten werden die **Verwaltungen in Thüringen bürgernaher, effizienter und moderner** gestalten. Konkret heißt das: **Bürokratieabbau und papierarme Verwaltung**, um hierdurch viele Abläufe effizienter zu gestalten. So viele Verwaltungsdienstleistungen wie möglich müssen mittels eID (Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises) komplett online zur Verfügung stehen. Dies betrifft u.a. das Standesamt, die Meldestelle, Sozialleistungen und Unternehmensgründungen. Die konkrete Ausgestaltung der Verfahren muss dabei weiterhin Rechtssicherheit gewährleisten und vor Missbräuchen schützen.

Papierlose Antrags- und Genehmigungsverfahren

Mit schlanken, effizienten und **papierlosen Antrags- und Genehmigungsverfahren** möchten wir die internen Verwaltungsabläufe neuausrichten. Gleichzeitig möchten wir, in geeigneten Bereichen (z.B. Kindergeld oder Personalausweis), eine automatische Antragstellung einführen. Dadurch können wir die Verwaltungsprozesse weiter optimieren und einfacher für die Bürger machen.

Zugang zur Verwaltung über Bürgerterminals

Wir Freie Demokraten möchten die **Verwaltung durch Bürgerterminals besser erreichbar machen**. Bürgerterminals sind Stationen mit Bildschirm, Kamera, Scanner, Drucker und Kartenlesegerät, die bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen dezentral eingerichtet werden können. Über diese Schnittstelle kann jeder Bürger über seine lokale Verwaltung **Zugang zum Landratsamt oder zur Landesverwaltung** erhalten. Bei Bedarf können Mitarbeiter der lokalen Kommunalverwaltung die Bürger am Bürgerterminal unterstützen.

Aufgabenkritik und Vereinfachung der Standards in der Verwaltung

Voraussetzung für eine dringend **notwendige Verwaltungsreform** ist zunächst eine umfangreiche Aufgabenkritik. Politik muss fragen, welche Aufgaben Verwaltungen zu leisten haben und wie sie diese leisten soll. **Verwaltungen sind Dienstleister am Bürger**, der sie finanziert. Eine dienstleistungsorientierte Verwaltung bearbeitet effizient und schnell die Anliegen der Bürger. Baustein für die Stärkung und Entlastung kommunaler Verwaltungen ist die Überprüfung und Entrümpelung von Aufgaben der Kommunalverwaltungen. Wir Freie Demokraten wollen ein **Standarderprobungsgesetz einführen** und die **Kommunen durch die Überprüfung und Vereinfachung von Standards entlasten**. Damit sollte den Kommunen nach dem erfolgreichen Beispiel Brandenburgs ermöglicht werden, von aufwändigen Standards abzuweichen, wenn der gleiche Zweck auch einfacher erreicht werden kann. Für die Beantragung, Bewilligung und Nachweisprüfung von Fördermitteln beim Land Thüringen müssen die bürokratischen Hemmnisse abgebaut werden. Für öffentliche Einrichtungen wie für private Firmen und bzw. gemeinnützige Träger muss der bislang notwendige hohe Verwaltungsaufwand gesenkt werden, um die Effizienz des Fördermitteleinsatzes zu steigern.

Freistaat 4.0 statt Bezirke 2.0

Wir Freie Demokraten sehen die Chancen der Digitalisierung und werden den Wandel gestalten, anstatt nur auf ihn zu warten. Es ist an der Zeit, die Strukturen in Thüringen den heutigen und zukünftigen Herausforderungen anzupassen. **Der Freistaat Thüringen braucht ein Update**. Wir wollen **keine Bezirke 2.0 sondern den Freistaat 4.0**. Wir wollen einen Freistaat Thüringen, der Bürgern den Raum lässt, sodass sich deren Talente bestmöglich entfalten können. Grundlage dafür ist eine Landes- und Verwaltungsstruktur, die den Anforderungen und Erwartungen seiner Bürger gerecht wird. Wir Freie Demokraten sehen als Markstein dafür unsere **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform**.

Ein Normenkontrollrat als Bürokratie-TÜV für Thüringen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die **Schaffung eines Thüringer Normenkontrollrats** ein. Ein solches Gremium soll, ähnlich des Normenkontrollrats auf Bundesebene, das zentrale politische Steuerungsorgan für **Bürokratieabbau und eine bessere Rechtssetzung** auf Landesebene werden. Ein Thüringer Normenkontrollrat kann **neue und bestehende Gesetze und Verordnungen überprüfen** und dadurch den Weg zu einem einfacheren und bürgerfreundlicheren Staat ebnen. Gesetzgebungsprozesse müssen schneller werden, um mit den realen Entwicklungen Schritt zu halten. Wenn Normen die erhofften Wirkungen nicht erfüllen muss auch nachjustiert oder neu gedacht werden. Agile Prinzipien wie kontinuierliches Review und Verbesserung müssen auch in der politischen Arbeit Einzug halten.

Kommunen entlasten – übertragener Wirkungskreis zurück zum Freistaat

Die große Masse dessen, was Thüringer Bürger als Verwaltungsaufgaben kennen, ist **originäre Aufgabe des Freistaates Thüringen**. Diese Aufgaben wurden in früherer Zeit nur deshalb auf die kommunale Ebene übertragen, weil das Land über keine eigene Verwaltung vor Ort verfügte. Was in der prädigitalen Ära unabdingbar war – die Erreichbarkeit der Verwaltung vor Ort sicherzustellen – ist dank der digitalen und kreisübergreifenden Verwaltung auf unkomplizierte Weise möglich. Wir Freie Demokraten wollen eine **bürgernahe Verwaltung**, die unabhängig vom Wohnort **nur einen Mausklick entfernt** ist.

Derzeit erledigen die Städte, Gemeinden und Kreise, neben originären Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, **mehr als 120 Aufgaben für den Freistaat** und müssen hierfür entsprechende Kapazitäten bereitstellen. Grundsätzlich handelt es sich hier um Angelegenheiten, bei denen keine Mitbestimmung durch die Vertreter der örtlichen Selbstverwaltung erfolgt. Vor allem, weil sie unter Gleichheitsgesichtspunkten für alle Bürger

gleich zu vollziehen sind. Wir Freie Demokraten möchten die **Kommunen vom übertragenen Wirkungskreis befreien** und weitestgehend die **Aufgaben schlank beim Freistaat bündeln**. Hier liegt das wahre finanzielle Einsparpotential für Freistaat, Kommunen und Bürger. Verwaltungsaufgaben teilen sich bereits heute auf in **Entscheidungen, die individuelle Sach- und Vor-Ort-Kenntnisse erfordern** (wie Bauanträge), und in Aufgaben, die nach Aktenlage bearbeitet werden (etwa KFZ-Angelegenheiten, Einwohnermeldeamt oder Gewerbeanmeldung). Auch Aufgaben, die **hochspezifisches Fachwissen erfordern** (Veterinärmedizin, Umweltamt, Gesundheitsamt), sind durch Kommunen und Kreise oft kaum alleine abzusichern. Gerade binäre Entscheidungslagen oder nötiges hochspezifisches Fachwissen bieten erhebliche Möglichkeiten die Thüringer Verwaltungen raumgreifend zu organisieren, weiter zu spezialisieren und Effizienzgewinne zu realisieren. Für uns Freie Demokraten ist nicht mehr entscheidend, wo eine Verwaltungsentscheidung getroffen wird, sondern ob die Anträge der Bürger sachgerecht, schnell und in einem vertretbaren Kostenrahmen realisiert werden.

Keine Altersdiskriminierung bei Bürgermeister- und Landratswahlen

Wir Freie Demokraten fordern die **Abschaffung der Altersdiskriminierung bei den Bürgermeister- und Landratswahlen** durch eine Veränderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes. Mit Blick auf das passive Wahlrecht müssen für alle wahlberechtigten Personen, die die Volljährigkeit erreicht haben, die gleichen Regeln gelten. Wir lehnen ein Mindestalter im passiven Wahlrecht bei der Wahl der ehren- und hauptamtlichen Bürgermeister sowie Landräte, welches jenseits der gesetzlichen Volljährigkeit liegt, ab. Darüber hinaus stellen wir uns auch **gegen eine Altersbegrenzung auf 65 Jahre** für das passive Wahlrecht bei der Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte. Volljährige Staatsbürger sollen diesbezüglich stets das volle passive Wahlrecht genießen.

Kläranlagen im ländlichen Raum: Fairness für die Betroffenen

Nachdem die Bewohner des ländlichen Raums als Einwohner zumeist zweckverbandsangehöriger Gemeinden über Jahrzehnte ihre Wasser- und Abwasserrechnungen gezahlt haben, sind sie bezüglich der Abwasserbeseitigung oft vom Solidarprinzip abgekoppelt. Neben den **hohen Bau- und Betriebskosten** belasten auch der hohe bürokratische (Betriebsbuch) und körperliche Aufwand (bspw. tägliches Öffnen schwerer Schachtdeckel zur Kontrolle der Kläranlage) vor allem ältere Leute auf dem Land. Nach vier Jahren Untätigkeit legte die rot-rot-grüne Landesregierung einen Gesetzesentwurf vor, der Dörfer und Siedlungen unter einer willkürlichen Einwohnergrenze von 200 Einwohnern wieder außenvorlässt. **Wir Freie Demokraten fordern von den Abwasserbeseitigungspflichtigen** (Kommunen und Zweckverbände) grundsätzlich **in jedem Fall einen soliden Variantenvergleich** durchzuführen, bei dem fachgerecht und überprüfbar ermittelt wird, was für die Betroffenen die **wirtschaftlichste Lösung** ist. Darüber hinaus möchten wir die Entsorgungsstandards ebenso prüfen, wie die Möglichkeit, preiswertere naturnahe Verfahren (z.B. Abwasserteichanlagen, im Trennsystem auch Pflanzenkläranlagen) in den Variantenvergleich einzubeziehen. Auch in kleinen Dörfern mit 50 Einwohnern oder weniger kann eine gemeinsame Kläranlage die preiswertere Lösung sein als der Bau mehrerer einzelner vollbiologischer Kleinkläranlagen. Das hängt vom konkreten Einzelfall und dem Variantenvergleich vor Ort ab.

Innenpolitik

Polizei in Thüringen - Partner in Uniform

Eine wichtige Errungenschaft des Rechtsstaats ist, dass die Menschen im Lande heute ihre **Polizistinnen und Polizisten zuerst als Partner** wahrnehmen. Polizisten verteidigen unsere Freiheit und unsere Sicherheit. Dieses Engagement bedarf aber auch des Schutzes und der **Motivation durch die Gesellschaft**. Die Freien Demokraten **verurteilen die Verharmlosung polizeifeindlicher Graffitis** durch die rot-rot-grünen Regierungsfractionen. So wie die Thüringer Polizisten es verdient haben, selbst gegen Hetze und Gewalt geschützt zu werden, haben sie auch eine **faire und angemessene Besoldung** verdient. Deshalb setzen sich die Freien Demokraten in Thüringen für eine bessere Vergütung der Polizeibediensteten ein. Auch die **Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten müssen attraktiver werden** und tatsächlich bei den Polizisten ankommen, die den Dienst tätigen. Deshalb wollen wir die Zulagen nachts an Werktagen auf mindestens 5 Euro und für Sonn- und Feiertage auf mindestens 7,50 Euro pro Stunde anpassen. Die Nutzung und Weiterentwicklung von **Online-Anzeigen** möchten wir in Kooperation mit der GdP und dem Richterbund prüfen und die technischen Systeme entsprechend harmonisieren.

Beförderungstau durch Regelbeförderung auflösen

Ebenso setzen wir uns für eine spürbare **Auflösung des Beförderungstaus durch Regelbeförderung** ein. Eine **Regelbeförderung entlastet die interne Verwaltung**, da die Beamten nicht mehr alle drei Jahre beurteilt werden müssen. Dadurch entlasten wir zugleich auch die Verwaltungsgerichte, weil Klagen wegen Beförderungen oder Beurteilungen weitestgehend entfallen würden. Dabei sollen leistungsbezogene Beförderungen immer noch einer Regelbeförderung vorgezogen werden. Wir Freie Demokraten wollen den **mittleren Dienst als attraktiven Einstieg in den Polizeidienst für Realschulabsolventen** beibehalten.

Liberaler Sicherheitspolitik im Einklang mit Bürgerrechten

Wer seine Gesundheit und oft sogar sein Leben für unsere Sicherheit einsetzt, hat mehr Respekt der Gesellschaft verdient. Die Freien Demokraten stehen für einen **starken Rechtsstaat, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung wehrhaft verteidigt**. Zugleich erinnern wir uns an die Erfahrungen zweier Diktaturen auf deutschem Boden. Deshalb sind wir Freie Demokraten **Verteidiger der Bürger- und Grundrechte**. Liberaler Sicherheitspolitik bleibt deshalb kritisch gegenüber symbolpolitischen Forderungen, die einen Abbau der Bürgerrechte zur Folge hätten. Das heißt für uns, dass der Zugriff auf persönliche Daten wie Bewegungsprofile aus Handydaten nur im Verdachtsfall möglich ist und dass die Bürger z.B. über ein Thüringer Funkzellenabfragen-Transparenz-System nachvollziehen können, welche Institution welche Daten abgefragt hat.

Bessere technische und personelle Ausstattung der Sicherheitsorgane

Wir Freie Demokraten fordern eine **bessere personelle und technische Ausstattung** und eine **Entlastung der Polizei von Bürokratie** sowie eine effizientere Arbeitsorganisation. Während Straftäter aller Länder bestens vernetzt sowohl in der Cyberkriminalität als auch vor Ort in Thüringen Bürgerinnen und Bürger schädigen, schickt der Freistaat immer noch seine Polizeibediensteten in der digitalen Postkutsche auf die Datenautobahn. Noch immer ist die **technische Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen der Thüringer Polizei mit internetfähigen Arbeitsplätzen** nicht auf dem neusten Stand. Immer noch gibt es zwischen den Landespolizeien untereinander und der Bundespolizei sowie erst recht im Verhältnis zu den Strafverfolgungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union keine ausreichenden, **elektronischen Schnittstellen**, um schnell und effizient zulässige und notwendige Informationen auszutauschen.

Funkstreifenwagen und zeitgemäße mobile Funkgeräte für die Thüringer Polizei

Als Internetzugang vor Ort nutzen die Thüringer Polizisten in der Regel das private Smartphone. Dieser Zustand ist im Jahr 2019 nicht mehr tragbar. Wir Freien Demokraten fordern für die Thüringer Polizei mehr sogenannte **interaktive Funkstreifenwagen**, die unter anderem einen robusten Multifunktions-PC nebst Drucker, Scanner und mobilem Internetzugang haben. In den interaktiven Funkstreifenwagen können Anzeigen bis zur Unterschrift des Anzeigenerstatters aufgenommen werden. Dadurch muss der Bürger nicht zusätzlich zur Dienststelle vorgeladen werden. Interaktive Funkstreifenwagen wären daher eine Win-Win-Situation für Bürger und Polizei. Zudem fordern wir für die Thüringer Polizei ausreichend zeitgemäße **mobile Funkgeräte für den Digitalfunk**, die alle eine überschaubare Größe haben sollten, um sie auch sinnvoll verdeckt tragen zu können. Eine **bessere personelle und technische Ausstattung der Polizei** ist die tauglichere Antwort auf Kriminalität und Terrorgefahr als die fortwährende Einschränkung der Bürgerrechte. Deshalb wollen wir Freie Demokraten den **Personalbestand konsolidieren und ausbauen**, das **Beschaffungswesen verbessern** und die Ausstattung zielstrebig und modern auf einen angemessenen Stand bringen.

Polizisten von Bürokratie befreien

Für die Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten ist vor allem die Entlastung der Polizeibediensteten von vermeidbarer und überflüssiger Bürokratie dringend erforderlich. Für eine stärkere Präsenz von Polizistinnen und Polizisten auf Thüringens Straßen wollen die Freien Demokraten Regularien und Dienstabläufe vereinfachen, besser vernetzte IT-Systeme voranbringen, um mehrfache Eingaben in Systeme zu vermeiden und dort, wo eine Entlastung von Bürokratie zur Konzentration auf die eigentliche Polizeiarbeit nicht anders zu erreichen ist, verstärkt zivile Bedienstete für die Büroabläufe gewinnen. Darüber hinaus soll durch eine sorgfältige Aufgabenkritik überprüft werden, von welchen Aufgaben die Polizei entlastet werden kann, um ihren Kernaufgaben nachkommen zu können. Ein Beispiel ist, künftig Schwertransporte grundsätzlich nur noch in begründeten Ausnahmefällen von Polizisten begleiten zu lassen.

Probleme beim neuen Vorgangsbearbeitungsprogramm der Polizei beheben

Bei der Thüringer Polizei wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 ein neues Vorgangsbearbeitungsprogramm namens ComVor (**Computergestützte Vorgangsbearbeitung**) eingeführt. Das System löste in Thüringen das bislang mit Bayern genutzte IGVP ab. Das neu eingeführte System ist nach Angaben der Polizeigewerkschaft GdP, jedenfalls derzeit, so extrem langsam und zeitraubend, dass die Beamten des Streifeneinzeldienstes den Anteil ihres Außendienstes deutlich reduzieren mussten. Zudem weist das Programm, jedenfalls in der derzeitigen Implementierung, erhebliche Mängel bei den Recherchemöglichkeiten auf. Wir Freie Demokraten fordern eine stärkere Unterstützung der Polizei bei der Behebung der Umstellungsprobleme und eine **ehrlche Bestandsaufnahme hinsichtlich der ComVor-Einführung**. Danach muss erneut und ergebnisoffen entschieden werden, ob ComVor bleiben kann.

Ausbildung der Thüringer Polizei stärken

Die Polizeiausbildung am Standort Meiningen wollen wir Freie Demokraten durch die **Ausbildung im Allgemeinen Verwaltungsrecht am Standort Gotha** entlasten. Ein Semester kann dadurch an die Thüringer Verwaltungsfachhochschule nach Gotha verlegt werden und dadurch rund 260 Plätze in Meiningen freimachen. Dadurch können wir insgesamt mehr

Polizisten ausbilden. Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten die **Unterkünfte am Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen sanieren** und den Zustand der Anlage für den scharfen Schuss verbessern.

Die Zusammenarbeit der Bachelor- und Masterstudiengänge der Thüringer Polizei an der ThürFHföV mit den Bachelor- und Masterstudiengängen anderer Bundesländer wollen wir intensivieren. Ein länderübergreifender Austausch bereits im Studium stärkt die spätere länderübergreifende Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung.

Fremdsprachliche und interkulturelle Ausbildung der Polizei verbessern

Thüringen ist internationaler geworden. Sei es durch die wachsenden wirtschaftlichen Verbindungen in die ganze Welt, durch Touristen aus anderen Ländern, aber auch durch den Anstieg der Migration. Deshalb soll die **fremdsprachliche und die interkulturelle Ausbildung der Polizisten** weit über die englische Sprache hinaus verbessert und die Möglichkeiten für die Rekrutierung geeigneter fremdsprachlicher Muttersprachler verbessert werden. Wer die Menschen, die zu uns gekommen sind, sowohl sprachlich als auch in ihren Denkweisen besser versteht, kann besser auf sie und mögliches Handeln eingehen.

Polizeistruktureform und Polizeiaufgabengesetz

Wir Freie Demokraten möchten die Polizeistruktureform gemeinsam mit den Gewerkschaften der Polizeibediensteten und den betroffenen Beamten evaluieren. Zugleich wollen wir das **Polizeiaufgabengesetz modernisieren**. Dazu werden wir es auf unzulässige und unnötige Einschränkungen von Bürgerrechten und von Rechten der Berufsheimnisträger, wie Rechtsanwälten, Notaren, Ärzten, Seelsorgern und Journalisten, durchforsten. Der besondere Schutz von Berufsheimnisträgern ist ein besonders wichtiges Fundament des Rechtsstaats. Pressefreiheit ohne den Schutz von Journalisten einschließlich ihrer Quellen ist undenkbar, ebenso wie das Vertrauen von Menschen in ihren Arzt, in ihren Rechtsanwalt, in ihren Notar, in ihren Seelsorger nicht von der Gefahr getrübt werden darf, dass vertrauliche Informationen dort abgeschöpft werden könnten.

Darüber hinaus stehen die Freien Demokraten auch in Thüringen für die dauerhafte **Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung** und die **Unterbindung von Staatstrojanern**.

Mehr Kapazitäten für Prävention

Wir Freie Demokraten möchten mehr Kapazitäten für die **Präventionsarbeit in Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und den kommunalen Ordnungsdiensten** zur Verfügung stellen. Präventionsarbeit und Gefahrenabwehr sind für uns eine Kernaufgabe der Polizei. Insbesondere die Arbeit der Jugendstationen wollen wir landesweit intensiver fördern, auch um die Zusammenarbeit mit den Schulen zu vertiefen. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Drogenprävention an den Schulen und auf lange Sicht die Jugenddelinquenz zu verringern.

Sport

Unterstützung für Breiten-, Leistungs-, Behinderten- und Vereinssport

Wir Freie Demokraten unterstützen nicht nur den Spitzen-, sondern auch den Breitensport im Freistaat. Eine erfolgreiche Sportpolitik ist gesamtgesellschaftlich nur möglich, wenn Breiten-, Leistungs-, Behinderten und Vereinssport in Thüringen gleichermaßen prosperieren. Wir setzen uns für gute Trainings- und Wettbewerbsbedingungen im Leistungssport ein. Eine Weiterentwicklung sowie Modernisierung der Sportstätten soll in enger Abstimmung mit den

Kommunen und Vereinen erfolgen. Insbesondere aus Gründen der Kosteneffizienz sind Kapazitäten für den Schul- und Vereinssport zu ermöglichen und den Anforderungen an den Behindertensport gerecht zu werden. Besondere Unterstützung verdienen auch unsere Sportvereine mit ihren ehrenamtlichen Helfern. Zudem hat Sport eine bedeutende Integrationsfunktion für unsere Gesellschaft. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung zusammen.

E-Sports als Sport anerkennen

Computer- und Videospiele sind gleichermaßen Kulturgut, Bildungswerkzeug und Innovationstreiber. E-Sports ist ein Massenphänomen mit entstehenden Verbänden und regelmäßigen Turnieren. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine **Anerkennung des E-Sports als Sport** ein. Insbesondere für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und der damit verbundenen ehrenamtlichen Arbeit ist dieser Schritt notwendig.

Rechtspolitik

Liberaler Rechtsstaat braucht eine starke Justiz

Kern, Fundament und zentrales Ziel liberaler Rechtspolitik muss es sein, die **Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates** sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass rechtsstaatliche Gebote durchgesetzt werden. Auf dieses Ziel ist die gesamte Rechtspolitik auszurichten. Ein funktionierender Rechtsstaat ist mehr als Daseinsvorsorge; er ist **Fundament der Demokratie**.

Vermeidung von Vollzugsdefiziten

Immer **mehr Gesetze schaffen nicht mehr Rechtsstaat**, wenn der Staat nicht in der Lage ist, diese Gesetze durchzusetzen oder sie zu vollziehen. Klaffen die Gesetzeslage und die Möglichkeit ihres Vollzugs auseinander, führt dies zu Frustration und zu schwindender Akzeptanz und schwindendem Vertrauen in den Rechtsstaat bei den Bürgern. Es muss deshalb oberste Priorität liberaler Rechtspolitik sein, die **Durchsetzung von bestehenden Gesetzen und der Rechte des Bürgers** zu verbessern, anstatt ständig neue Gesetze erlassen zu wollen.

Bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz

Es müssen wieder **mehr Richter und Staatsanwälte** eingestellt werden. Die Justiz steht heute vor neuen großen Aufgaben. Verwaltungsgerichte ächzen unter der hohen Last von Asylverfahren. Staatsanwälte sind nicht mehr in der Lage, Ermittlungsverfahren zeitnah und vertieft zu bearbeiten. Strafprozesse können nicht zügig genug durchgeführt oder mangels personeller Kapazitäten gar nicht erst eröffnet werden. Tatverdächtige müssen wegen überlanger Untersuchungshaft freigelassen werden. Der Polizei fehlen personelle und sachliche Mittel zur Verbrechensaufklärung. Der Justizhaushalt des Freistaates muss aufgestockt werden. Ziel liberaler Rechtspolitik ist es, die **personellen und sachlichen Kapazitäten und Mittel der Justiz** so aufzustocken, dass die Justiz endlich wieder gut ausgestattet ist und ihre **Aufgaben zügig erfüllen** kann.

Erhöhung der Attraktivität des Justizdienstes

Um kompetente Richter und Staatsanwälte zu gewinnen, muss die **Attraktivität des Justizdienstes** wieder zunehmen. Spätestens mit der anrollenden Pensionierungswelle vieler Richter und Staatsanwälte, die auf die Justiz des Freistaates zukommt, droht eine Verschärfung

des bereits bestehenden Personalproblems. Es muss – auch wirtschaftlich – wieder attraktiver werden, Richter oder Staatsanwalt zu werden, anstatt in einer großen Rechtsanwaltskanzlei oder in einem Unternehmen juristisch tätig zu werden. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine **bessere Besoldung und Sachausstattung der Richter und Staatsanwälte** ein. Dazu gehört auch, dass dem Berufsbild der Richter und Staatsanwälte wieder **mehr gesellschaftliche Anerkennung** zu teil wird.

Da es immer schwieriger wird, Staatsanwälte für die besonders anspruchsvolle Arbeit in Schwerpunktabteilungen zu gewinnen, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass **Staatsanwälte**, die dauerhaft **in Schwerpunktabteilungen** tätig sind, **als Gruppenleiter besoldet werden**, ein Ansatz der in anderen Bundesländern schon seit Jahrzehnten erfolgreiche Praxis ist.

Erhöhung der Vergleichbarkeit und Verbesserung der Juristenausbildung

Die **Juristenausbildung in den einzelnen Bundesländern muss vergleichbarer werden**. Es ist in einem annähernd einheitlichen Rechtsraum insbesondere für die Bestenauslese nicht förderlich, wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Bundesländer und damit auch die anzulegenden Maßstäbe und Bewertungen stark voneinander abweichen.

Hinsichtlich des Inhalts der Juristenausbildung muss mehr Wert auf die Vermittlung digitaler Arbeits- und Recherchetechniken und -methoden gelegt werden. Auch der Referendardienst in Thüringen muss attraktiver werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten **mehr Ausbilder für junge Juristen** und eine **bessere finanzielle Entlohnung der Referendare und ihrer Ausbilder**. Zugleich möchten wir die Nebentätigkeitsgenehmigungspraxis vereinfachen. Offen sind wir Freie Demokraten auch für eine Verbeamtung der Referendare, um den Freistaat Thüringen für sie attraktiv zu machen und einen **Pool für Neueinstellungen in der Justiz** zu schaffen. Vor allem im Hinblick auf anstehende Altersabgänge ist dieser Stellenpool dringend notwendig, um die Arbeitsfähigkeit der Justiz im Freistaat Thüringen langfristig zu sichern.

Die praktische Tätigkeit der Anwälte und Notare sollte in der Ausbildung stärkere Beachtung finden. Auch die Ausbildungsqualität von Rechtspflegern und der Fachangestellten von Rechtsanwälten und Notaren muss weiter gestärkt werden. Insbesondere der Aufgabenbereich der Rechtspfleger ist durch Gesetzesänderungen der letzten Jahre immer umfangreicher und komplexer geworden, nicht zuletzt durch die Aufwertung der Vermögensabschöpfung.

Rechtssicherheit und Transparenz bei gesetzlichen Bestimmungen

Libérale Justizpolitik achtet auf Rechtssicherheit und Transparenz. Entstandenes Richterrecht sollte, allerdings behutsam, kodifiziert, zersplittertes Recht – wie z.B. die vielfältigen Bestimmungen des Nebenstrafrechtes – „durchforstet“ und gesammelt und die Anwenderfreundlichkeit von Gesetzen verbessert werden. Ziel muss es sein, dass der Bürger die Rechtslage im Gesetz nachlesen kann. Die FDP in Thüringen setzt sich dafür ein, dass der Freistaat entsprechende Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt bzw. unterstützt.

Angleichung und Vereinfachung von Verfahrensvorschriften

Rechtsstaat wird auch durch **rechtsstaatliche Verfahrensvorschriften** gewährt. In den verschiedenen prozessualen Verfahrensordnungen sind die Rechtsmittel inzwischen sehr unübersichtlich gestaltet. Wir wollen prüfen, ob die verschiedenen Verfahrensordnungen, insbesondere die Rechtsmittel weiter **vereinheitlicht oder vereinfacht** werden können. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Freistaat entsprechende Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt oder unterstützt.

Systematisierung, Vereinfachung und Modernisierung des Strafprozessrechts

Die Strafprozessordnung ist in die Jahre gekommen und durch die vielen Reformen immer unübersichtlicher geworden. In den letzten Jahrzehnten fehlte dem Bundesgesetzgeber der Mut zu einer **großen Reform des Strafprozessrechts**, die den bisherigen Normenbestand **systematischer, übersichtlicher, einfacher** und damit auch verständlicher gestaltet. Wir Freie Demokraten haben diesen Mut.

Die Freien Demokraten in Thüringen setzen sich dafür ein, dass der Freistaat entsprechende Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt bzw. unterstützt.

Digitalisierung der Rechtspflege

Bei der Digitalisierung der Rechtspflege muss der Freistaat schneller vorankommen. Die Projekte zur **Einführung der elektronischen Akte** müssen beschleunigt werden. Der Freistaat muss für eine schnellere und **bessere IT-Ausstattung und Versorgung der Justiz mit Breitbandinternet sowie für schnellere und größere Speicherkapazitäten** sorgen, um den **reibungslosen elektronischen Rechtsverkehr** zu ermöglichen. Dazu gehört auch ein Standard für **geschütztes W-LAN für Justiz und Anwaltschaft** an den Gerichten.

Die **länderübergreifende Digitalisierung des Justizwesens** werden wir Freie Demokraten beschleunigen und vorantreiben. Allerdings dürfte es wenig förderlich sein, wenn jedes Bundesland seinen eigenen Weg bei der Digitalisierung der Rechtspflege geht. Deshalb müssen entsprechende **Länderprojekte zur Einführung der elektronischen Akte – mehr als bislang – bundesweit koordiniert** werden. Insbesondere sind **bundesweit identische Austauschformate** für die elektronische Akte notwendig. Der Umstand, dass in Deutschland mehrere E-Aktensysteme im Aufbau sind, darf nicht zu (weiteren) Schnittstellenproblemen führen. Im Gegenteil: die derzeit bestehenden Schnittstellenprobleme zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten sind zu beheben. Wir Freie Demokraten wollen die bundesweite Interoperabilität und zwar nicht nur zwischen den Gerichten verschiedener Bundesländer, sondern zwischen allen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten Deutschlands voranbringen, gleichgültig, ob sie im selben Bundesland liegen oder nicht. Denn es hat keinen Sinn, wenn die Polizei eine digitale Ermittlungsakte anlegt, diese aber nicht an jede Staatsanwaltschaft Deutschlands ohne Medienbruch übergeben kann.

Für eine digitale Justiz brauchen wir aber nicht nur eine leistungsfähige digitale Infrastruktur an den Gerichten, sondern vor allem auch geeignete Fachkräfte in der Justiz. Um für IT-Spezialisten attraktiver zu werden, muss auch die Vergütungsstruktur innerhalb des öffentlichen Dienstes verbessert werden. Geregelter Arbeitszeiten und die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sind schon heute starke Argumente für den Justizdienst, mit denen mehr gewonnen werden muss.

Kein Missbrauch der Rechtspolitik

Rechtspolitik darf nicht als Mittel missbraucht werden, gesellschaftspolitische Ziele aus ideologischen Gründen durchzusetzen. **Liberale Rechtspolitik passt das Recht gesellschaftlichen Veränderungen an**, sie versucht nicht gesellschaftliche Entwicklungen herbeizuführen.

Beständigkeit bei den Justizstandorten

Die aktuelle Struktur der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit vier Landgerichtsbezirken werden wir Freie Demokraten mit den Standorten Mühlhausen, Meiningen, Erfurt und Gera beibehalten. Eine Reduzierung auf drei oder gar noch weniger Standorte kommt für uns nicht in Frage. Denn Justiz muss, wenn sie Akzeptanz finden will, stets auch örtlich verankert sein; kaum ein Schöffe wird gern bereit sein, 100 km oder mehr zu einem Landgericht zu fahren.

Zudem muss Justiz auch in Bezug auf die Existenz ihrer Standorte in einem gewissen Maß verlässlich sein und zwar für die Bürger, die anderen Organe der Rechtspflege (z.B. die Anwälte und Notare) und die Bediensteten der Justiz. Deshalb kann man nicht nach Belieben Justizstandorte eröffnen und wieder schließen. Jede beliebig anmutende Schließung eines Justizstandortes ist stets dem Verdacht ausgesetzt, gleichgültig ob berechtigt oder unberechtigt, sie erfolge auch, weil die betroffene Staatsanwaltschaft oder das betroffene Gericht unerwünschte Entscheidungen getroffen hat.

Weitere Spezialisierung bei den Justizstandorten

Wir Freien Demokraten wollen, dass gemeinsam mit der Justiz geprüft wird, ob eine weitere **Spezialisierung der einzelnen Landgerichte** erforderlich ist. So liegt es nahe, Prozesse gegen die Organisierte Kriminalität an einem Landgericht zu konzentrieren.

Rechtsstaat in der Bevölkerung verankern

Mit Unterstützung der FDP wurde auf Bundesebene das Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung Forum Recht“ beschlossen. In der Stiftung Forum Recht wird Thüringen dabei durch einen Vertreter der Landesjustizverwaltung in die Entscheidungsprozesse eingebunden sein. Wir werden uns weiterhin für die optimale Nutzung des Thüringer Mandats und der Wirkung der Stiftung Forum Recht stark machen.

Für eine pluralistische und wehrhafte Demokratie

Ein liberales Versammlungsgesetz für Thüringen

Wir Freie Demokraten fordern ein **verständliches und einfach anwendbares Thüringer Versammlungsgesetz**. Gerade aufgrund der aktuell auftretenden Problemlagen mit Veranstaltungen politischer Extremisten, müssen wir den Behörden das Rüstzeug geben, um **angemessen und rechtssicher handeln** zu können. Bis zur Föderalismusreform 2006 verfügte der Bund über die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht. Im Zuge der Reform wurde die Gesetzgebungskompetenz auf die Bundesländer übertragen. Einzelne Bundesländer haben ihre neue Kompetenz umfassend genutzt. In Thüringen gilt jedoch weiter das alte Bundesgesetz, das nicht an **neue Herausforderungen im Versammlungsrecht** angepasst ist. Deshalb möchten wir Freie Demokraten aktiv werden und ein **liberales Thüringer Versammlungsgesetz** voranbringen.

Versammlungsrecht als grundrechtlich gewährleistetes Recht

Ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz versteht **Versammlungen als Ausdruck der Freiheitsausübung** und nicht als lästige Veranstaltungen oder bloße Gefahrenherde, die möglichst weitgehend mit Gefahrenabwehrmaßnahmen einzudämmen sind. Nur so ist **bürgerschaftliche Selbstorganisation in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung** garantiert.

Ein Versammlungsrecht mit klaren Regeln

Ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz muss klare Regelungen haben, die **Orientierung für Bürger und zuständige Behörden** sind. Dafür setzen wir Freie Demokraten auf ein Höchstmaß an Normenklarheit, Systematik und sprachlicher Konsistenz. Wir möchten ein Versammlungsrecht schaffen, das vor Verfassungsgerichten Bestand hat und Bürgern sowie Behörden klare Orientierung bietet. Dabei beachten wir insbesondere die vom

Bundesverfassungsgericht zur Versammlungsfreiheit herausgearbeiteten Grundsätze. Das liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss auch das **Verhältnis von Versammlungsrecht zum allgemeinen Polizeirecht** regeln. Diese Nahtstelle führt derzeit zu Unklarheiten und Zweifelsfällen.

Das liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss alle **Versammlungsformen und alle Versammlungsrechtsfragen regeln**. Alle mit einer Versammlung auftretenden Rechtsfragen müssen daher im Thüringer Versammlungsgesetz beantwortet werden.

Neue Regelungen für aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

Das liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss **aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen beantworten**. In jüngerer Zeit treten immer wieder Probleme bei Versammlungen auf, die bei Schaffung des Bundesversammlungsgesetz noch nicht bekannt waren. Auf die damit zusammenhängenden Fragen muss das Thüringer Versammlungsgesetz eine Antwort geben. Beispiele hierfür sind etwa Versammlungen in privatisierten öffentlichen Räumen (öffentlich zugängliche Räume, die in privatem Eigentum stehen, etwa private Fußgängerzonen) und der Datenschutz bei Bild- und Tonaufnahmen während der Versammlungen.

Kampf gegen Extremismus – egal ob rechts, links oder religiös

Wir Freie Demokraten lehnen jede Form von Extremismus ab. Wir Liberale stehen in der Mitte der Gesellschaft und setzen auf eine wehrhafte Demokratie. Hass, Intoleranz, Links- und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und allen Angriffen auf unser Rechtssystem werden wir entschieden entgegentreten. Das beinhaltet nicht zuletzt auch den Kampf gegen die sogenannte Reichsbürgerbewegung. Wir tolerieren keine Parallelgesellschaften, die unseren Rechtsstaat missachten und den Fortbestand der verfassungsmäßigen Ordnung in Frage stellen. Bestehende Präventionsprogramme werden wir überprüfen und an die neuen Herausforderungen anpassen. Für den Kampf gegen Extremismus brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft. Deshalb möchten wir ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich besser fördern.

Verfassung schützen – Rechtsstaat wahren

Ein starker Rechtsstaat braucht einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Es geht darum, vorbeugend die Gefahren zu erkennen. Wir Freie Demokraten stehen **gegen Extremismus jeglicher Art, egal ob rechts, links oder religiös**. Die Erfahrung lehrt weiter, dass mangelnde Kontrolle und politische Voreingenommenheit zu fatalen und schlimmen Fehlentwicklungen führen können. Verbrechensserien, wie sie der Nationalsozialistische Untergrund aus Thüringen zu verantworten hat, dürfen nie wieder und erst recht nicht in einem solchen Ausmaß erfolgen. Insbesondere darf der **Einsatz von V-Leuten nur mit äußerstem Augenmaß** erfolgen – eine Verselbständigung der V-Leute-Szene, die selbstherrlich schalten und walten konnte, muss für die Zukunft ausgeschlossen sein. Dass die Finanzierung führender Personen der rechten Szene mit Mitteln des Verfassungsschutzes erfolgen konnte, ist ein völlig inakzeptabler Tiefpunkt in der Geschichte der Behörde. Die Freien Demokraten wollen deshalb eine **engere Kommunikation zwischen Verfassungsschutz und parlamentarischer Kontrolle** und fordern eine **nachhaltigere fachliche Aufsicht durch das zuständige Ministerium**. Freie Demokraten stehen dafür, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes sich an der Gefährlichkeit der Täter ausrichtet und nicht an ihrer politischen Farbe oder ihrer religiösen Prägung. Wir Freie Demokraten setzen auf eine **bessere Vernetzung und Straffung der bestehenden Strukturen**.

Brand- und Katastrophenschutz

Ehrenamt stärken und Berichtspflichten der Rettungskräfte minimieren

Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren, beim THW und in den Sanitäts- und Hilfsdiensten wollen wir Freie Demokraten weiter stärken. Das Ehrenamt ist und bleibt das Rückgrat der Gesellschaft in Thüringen. Wir wollen die **Berichtspflichten der Rettungskräfte minimieren**, um sie von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Weiteren Belastungen der ehrenamtlichen Rettungskräfte treten wir Freie Demokraten entgegen.

Nachwuchs bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und THW sichern

Der demographische Wandel und Abwanderungen vor allem junger Leute erschweren immer mehr die **Nachwuchssicherung bei den Freiwilligen Feuerwehren** wie auch im Rettungsdienst und im THW. Den Feuerwehrführerschein möchten wir weiter stärken und beibehalten. Auch künftig stehen die Freien Demokraten weiter auf der Seite der Haupt- und Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz. Wir möchten in Thüringen neue Anreize und Unterstützungsmöglichkeiten schaffen und insbesondere die **Akzeptanz in Unternehmen für das Engagement von Mitarbeitern** in den Freiwilligen Feuerwehren verbessern. Die **Brandschutzerziehung in den Schulen** möchten wir ausbauen und dadurch auch neue Möglichkeiten zur Nachwuchsgewinnung schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass das Freiwillige Soziale Jahr auch bei den Thüringer Feuerwehren und Rettungsdiensten absolviert werden kann. Darüber hinaus befürworten wir Aktionen, die zur besseren **Aufklärung über die korrekte Bildung von Rettungsgassen** beitragen.

Rettungsleitstellen zukunftssicher gestalten

Wir Freie Demokraten begrüßen freiwillige Initiativen der Kommunen für eine zukunftssichere Ausrichtung der Rettungsleitstellen. Die Fusion der Rettungsleitstellen für Gera und Jena in Ostthüringen können hier als Vorbild für weitere Regionen des Freistaats dienen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, die Versorgungssicherheit der Leitstellen mit moderner Technik auch in Zukunft sicherzustellen.

Einsatzfähigkeit der Thüringer Feuerwehren gewährleisten

Wir Freie Demokraten wollen die **Einsatzfähigkeit der Thüringer Feuerwehren sicherstellen**. Dafür möchten wir in Abstimmung mit den zuständigen Brandschutzaufsichtsbehörden **verbindliche Brandschutzbedarfs- und Entwicklungspläne** in den Kommunen einführen. Rechtlich möchten wir diese in der Thüringer Feuerwehrorganisationsverordnung implementieren. Auf Basis der Brandschutzbedarfs- und Entwicklungspläne wollen wir eine Gesamteinschätzung bezüglich der organisatorischen, personellen und technischen Einsatzfähigkeit der gegenwärtigen Feuerwehrstrukturen vornehmen. An diesem Gestaltungsprozess wollen wir insbesondere die zuständigen Brandaufsichtsbehörden, den Feuerwehrverband, den Landkreistag sowie den Gemeinde- und Städtebund beteiligen. Darauf aufbauend wollen wir vor Ort und unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung die Etablierung und Weiterentwicklung von Brandschutzverbänden prüfen.

Moderne Ausbildungsmöglichkeiten an der Landesfeuerweherschule

Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Standort der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz und setzen uns für moderne Ausbildungsmöglichkeiten ein. Eine dringende Ausrichtung der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule auf die eigentlichen Kernaufgaben ist unerlässlich. Dazu ist es notwendig zukünftig die personellen Ausbildungskapazitäten sicherzustellen und den bestehenden Investitionsstau zu beenden. Die lange geplanten Modernisierungen der Lehr- und Unterkunftsgebäude und der vorgesehene Bau mehrerer Übungsanlagen muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu fordern wir mehr Einsatz durch das verantwortliche Ministerium und eine schnellere und beschleunigte Bearbeitung im zuständigen Landesamt für Bau und Verkehr.

Katastrophenschutz besser vernetzen

Die Erfahrungen aus vergangenen Katastrophenschutzereignissen zeigen, dass Potenziale in einer besseren Vernetzung und Kooperation bestehen. Wir Freien Demokraten wollen hierzu die **interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen stärken** und die Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk vertiefen. Für uns Freie Demokraten ist aus der geschichtlichen Erfahrung klar, dass die **Bundeswehr grundsätzlich nicht für polizeiliche Befugnisse konzipiert** ist. Die guten Erfahrungen in der **Zusammenarbeit im Katastrophenschutz** wollen die Thüringer Liberalen indes gerne fortsetzen und ausbauen. Die Bundeswehr ist für die Thüringer Liberalen weit mehr als ein Standortfaktor, die **Soldatinnen und Soldaten stehen als Bürger in Uniform für die Sicherheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats** nach außen.

Naturkatastrophen machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen die Freien Demokraten die **Zusammenarbeit im Katastrophenschutz über Landes- und auch Bundesgrenzen hinaus** wesentlich verbessern. Insbesondere gilt es, die jeweiligen **Vorwarnsysteme besser zu vernetzen**. Dabei soll eine zentrale Koordinierung geprüft werden.

5. Wir wollen ein Thüringen, das Chancen bietet – in Stadt UND Land

Infrastruktur und Erreichbarkeit – die Gerechtigkeitsfragen des 21. Jahrhunderts

Teilhabe ist die eigentliche **Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts**. Hierbei haben wir Freie Demokraten nicht nur die soziale Teilhabe im Blick, sondern auch die **Teilhabe an Chancen und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten** für das eigene Leben. Die Erreichbarkeit und Nutzung von Chancen ist heute auch immer eine Frage von Infrastruktur und Mobilität.

Starker ländlicher Raum entlastet auch die Städte

Wir Freie Demokraten wollen dem **ländlichen Räumen gute Entwicklungschancen für die Zukunft geben** – genauso wie den urbanen Zentren. Schnelles Internet ist heute eine entscheidende Standortfrage, es gibt aber noch nicht einmal in jedem Ort Empfang. Die Errungenschaften des medizinischen Fortschritts sind nur für die Menschen nutzbar, wenn auch die **medizinische Infrastruktur vor Ort** vorhanden ist. In den Städten gibt es **Busse oder Straßenbahnen**, auf dem Land fährt aber zu vielen Zeiten und am Wochenende keinerlei öffentliches Verkehrsmittel. Mit diesen Nachteilen lebt aktuell vor allem die ländliche Bevölkerung. Erfolg darf sich nicht am Wohnort entscheiden. Entscheidend muss allein die Bereitschaft sein, sich für die eigenen Träume einzusetzen.

Für uns Freie Demokraten sind Infrastruktur, Mobilität und die **Erreichbarkeit von essentiellen Dingen des Lebens** die zentrale Herausforderung für den Freistaat Thüringen. Den vermeintlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land wollen wir beenden und neue Brücken durch moderne Mobilitätsangebote und eine leistungsfähige Infrastruktur bauen. Wenn wir Stadt und Umland besser verknüpfen, profitieren davon auch die Städte. Attraktive Dörfer können nicht nur die städtischen Zentren entlasten, sondern gerade für Familien ein Ort des naturnahen, gemeinschaftlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Generationen sein.

Die Digitalisierung in Verbindung mit autonomen Fahrzeugen und künstlicher Intelligenz sehen wir als innovativen Schlüssel, um das Erreichbarkeitsproblem der Daseinsvorsorge neu zu lösen. **Handel, Mobilität, Gesundheit und schnelles Internet sind zentrale Fragen der Infrastruktur** für den ländlichen Raum. Mit autonomen Drohnen können wir beispielsweise unsere Logistikketten noch flexibler, schneller und effizienter gestalten. Wir möchten in einer Modellregion die Voraussetzungen dafür schaffen, dass beispielsweise **Einkäufe und Medikamente per Drohne** ausgeliefert werden können.

Mobilität der Zukunft - technologieoffen und ideologiefrei

Wir Freie Demokraten wollen ein **innovatives Referat für die „Mobilität der Zukunft“** im Infrastrukturministerium etablieren. Die Entwicklung von zukunftsfähigen Antriebskonzepten im Individualverkehr (etwa Elektromobilität oder Brennstoffzelle) muss technologieoffen und ideologiefrei begleitet werden. Insbesondere eine einseitige Festlegung auf batterieelektrische Antriebe ist kritisch zu hinterfragen. Ein Mix aus klassischen Verbrennungsmotoren mit regenerativen Energieträgern, batterieelektrischen sowie Brennstoffzellenantrieben ist hierbei nach gegenwärtigem Stand der Technik die bevorzugte Wahl. Wir Freie Demokraten möchten Infrastruktur (etwa Ladestationen oder Wasserstofftankstellen) bereitstellen, anstatt kurzfristig Autos zu subventionieren. Ein Ausbau der benötigten flächendeckenden Infrastruktur muss beschleunigt werden. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge lehnen die Freien Demokraten ab.

Modellregion für autonomes Fahren und smarte Verkehrssteuerung

Wir Freie Demokraten sehen in intelligenter Verkehrssteuerung, welche den Verkehrsfluss in und um Städte autonom regelt, große Innovationspotenziale für mehr Ressourceneffizienz. Wir möchten die rechtlichen Rahmenbedingungen für autonome Fahrzeuge schaffen und Thüringen zur **Modellregion für autonomes Fahren** machen. Wir setzen uns über den Bundesrat für die **Öffnung entsprechender Bundesgesetze** ein, um autonomes Fahren rechtssicher zu ermöglichen. Im Freistaat Thüringen wollen wir Freie Demokraten gezielt **Ausnahmegenehmigungen für autonomes Fahren** erteilen. Die digitale Infrastruktur mit entsprechenden 5G-Netzen und Gigabitverbindungen für autonomes Fahren möchten wir schnellstmöglich bereitstellen. Wir sehen den Freistaat **Thüringen als optimale Modell- und Testregion für autonome Mobilität** vom Individualverkehr bis zum autonomen ÖPNV. Wir Freie Demokraten wollen Innovationen und neue Mobilitätsangebote für die Bürger erlebbar und das alltägliche Leben in der Stadt und auf dem Land besser machen.

Auch die **Thüringer Autobahnen** möchten wir in das Konzept der **Modellregion für autonomes Fahren** einbeziehen und dadurch für Wirtschaft und Wissenschaft neue Impulse setzen. Thüringer Autobahnen möchten wir zu 5G-Autobahnen aufrüsten. Angesichts des technologischen Wandels hat dieses Projekt für uns oberste Priorität, um den Arbeitsplätzen in der Automobil- und Zuliefererindustrie neue Perspektiven zu eröffnen.

Wir Freie Demokraten möchten insbesondere **Forschung und Entwicklung für autonome Mobilität** unterstützen und Thüringen damit insgesamt wieder zum Vorreiter machen. Deshalb setzen wir uns für entsprechende **Lehrstühle an der TU Ilmenau** ein.

Mobilität 4.0 – Stadt und Land verbinden

Eine gute Erreichbarkeit mit angemessenen Wegezeiten vor allem im ländlichen Raum ist eine Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Thüringen. Wir Freien Demokraten wollen durch bedarfsgerechte, nachfrageorientierte und bezahlbare Verkehrs- und Mobilitätskonzepte die Trennung zwischen Stadt und Land überwinden. In Zukunft können wir unsere Mobilität per App abrufen, anstatt uns nur nach festen Fahrplänen zu richten. Diese Chancen möchten wir nutzen und mit innovativen Mobilitätsangeboten wie autonomen Kleinbusse und Straßenbahnen erproben und nutzen. Ebenso wollen wir das Angebot an Rufbussen und Bürgerbussen gemeinsam mit regionalen Personenbeförderungs-unternehmen unter vollständiger Berücksichtigung der rechtlichen und gewerblichen Gesichtspunkte ausbauen. Diese Angebote dienen vor allem als Ersatz und Ergänzung des öffentlichen Mobilitätsangebots für niedrig frequentierte Strecken und Zeiten. Ein moderner ÖPNV muss heute mehr leisten als das klassische Linienangebot des Schülerverkehrs.

Fahrrad-Mobilität stärken – Infrastruktur für den Fahrrad-Verkehr verbessern

Wir Freien Demokraten setzen uns für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsmittel ein und wollen, dass alle Arten der Mobilität individuell nebeneinander existieren. Wir Freie Demokraten wollen unter anderem die Fahrrad-Mobilität in Thüringen stärken. Gemeinsam mit den Kommunen verbessern wir die Infrastruktur für den Fahrradverkehr. Dazu gehören beispielsweise mehr Fahrrad-Trassen, sichere Abstellmöglichkeiten sowie regionale Radschnellwege. Außerdem setzen wir uns mit Unterstützung des Bundes für ein landesweites Netz von Radfernwegen ein, die unabhängig und straßenbegleitend zu vorhandenen Bundes- und Landesstraßen verlaufen. In den Kommunen unterstützen wir den echten Ausbau von Radwegen (baulich getrennt vom Restverkehr). Der Radweg-Ausbau sollte durchgängig für solche Wegebeziehungen erfolgen, welche für die Radfahrer Hauptstrecken darstellen, bspw. stimmige Trassierungskonzepte durch die Innenstädte der Grund-, Mittel- und Oberzentren.

Auch unterstützen wir Bike-Sharing-Systeme sowie den Ausbau von Ladestationen für E-Bikes unter anderem an öffentlichen Gebäuden bei entsprechender Nachfrage.

Fernbusse auch im ländlichen Raum

Zur Entlastung des Straßenverkehrs setzen wir auch auf privaten Fernverkehr, der mit digitalen und modernen Innovationen bei Eisenbahnen und insbesondere bei Fernbussen die Anbindung Thüringens deutlich verbessern würde. Fernbusse bieten soziale und ökologische Mobilität. Wenn sich die Deutsche Bahn aus der Fläche zurückzieht, sehen wir in Fernbussen eine hervorragende Alternative. Diese sollen nicht nur Universitäts- und Studentenstädte anschließen, sondern auch in den ländlichen Regionen des Landes Fernverkehr ermöglichen.

Mehr Förderung für neue Fahrzeuge im ÖPNV

Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass die Anbindungen durch den ÖPNV auf ein Minimum reduziert werden. Bundesmittel für **Investitionen der Mobilitätsanbieter in neue Fahrzeuge** muss der Freistaat Thüringen stärker aufstocken, um **alternative Antriebe** zu unterstützen und einen Beitrag zur **Luftreinhaltung** zu leisten.

Modellregion für digitales Parkplatz-Management an Autobahnen

Jeder Auto- und LKW-Fahrer kennt das Problem – zu den typischen Ruhezeiten sind die **Stellplätze an den Autobahnen meist komplett überfüllt**. Insbesondere Berufskraftfahrer stehen dadurch vor einer Herausforderung, weil sie ihre Lenkzeiten nicht überschreiten dürfen. Deshalb möchten wir Freie Demokraten in Thüringen ein „**digitales Parkplatz-Management**“ an den Autobahnen erproben. Durch entsprechende digitale Systeme können **LKWs in Kolonnen parken** – geordnet nach der Uhrzeit der späteren Abfahrt. Durch entsprechende Systeme kann die **Parkplatzkapazität um etwa 25 Prozent erhöht** werden. Ein entsprechendes Modellprojekt möchten wir gemeinsam mit dem Fuhrgewerbe erproben und die daraus folgenden Erkenntnisse wissenschaftlich auswerten.

Investitionsstau auf Thüringens Straßen beenden

Wichtig für die Freien Demokraten ist, dass der Investitionsstau auf Thüringens Straßen ein Ende hat. Dafür müssen im Landeshaushalt die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt werden und alternative Finanzierungsvarianten Anwendung finden. Darüber hinaus fordern wir die **Erstellung eines Straßenkatasterplans** zum Zustand, zur Auslastung und zum Investitionsbedarf auf Landesebene. Wir Freie Demokraten lehnen zudem die Herabstufung von unsanierten Landes- zu Kreis- oder Kommunalstraßen ab, da sich der Freistaat dadurch der Erhaltungspflicht entzieht und notwendige Investitionskosten vom Land auf die Kreise und Kommunen überträgt. Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass künftige Ausbaumaßnahmen und der Erhalt der Landesstraßen vor dem „Aus“ stehen. Bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen fordern wir eine Priorisierung der Straßenbauprojekte, um diese zügig fertigzustellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine zügige Umsetzung aller für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eingebrachten Projekte in Thüringen ein.

Fahrplan- und Echtzeitdaten als „Open Data“ freigeben

Wir Freien Demokraten werden dafür sorgen, dass alle öffentlichen Mobilitätsanbieter in Thüringen ihre Fahrplan- und Echtzeitdaten in einem festgelegten Format als Open Data

verfügbar machen. Nur so können neue, innovative Ideen entstehen, die vorhandene **Mobilitätsangebote ergänzen und verknüpfen**. So könnten z.B. Apps entwickelt werden, auf denen Passagiere die Position von Bussen und Bahnen in Echtzeit auf einer Karte sehen und so besser planen können. Als Anreiz zur Freigabe der Daten wollen wir die **ÖPNV-Mittel des Bundes aufstocken** – geknüpft an entsprechende Bedingungen und Standards zu „Open Data“. Thüringen soll zum **Vorreiter moderner und innovativer Mobilitätskonzepte** werden.

Thüringenweiter Verkehrsverbund

Wir Freie Demokraten wollen einen **thüringenweiten Verkehrsverbund** einführen. Mit einem Verkehrsverbund können Reisende bereits auf jedem Dorf in Thüringen im Bus **ein Ticket bis zum Zielort** lösen, statt separate Fahrkarten für Bus und Bahn erwerben zu müssen. Dadurch schaffen wir ein **modernes und attraktives Mobilitätsangebot** aus einem Guss. Der neue Thüringer Verkehrsverbund soll auch mit den Mobilitätsanbietern in angrenzenden Bundesländern kooperieren, um länderübergreifende Mobilität sicherzustellen.

Mobilität braucht Flexibilität – NVS erhalten und stärken

Die Freien Demokraten Thüringen wollen die **Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS) erhalten** und nicht in das Infrastrukturministerium eingliedern. Darüber hinaus fordern wir eine Stärkung der NVS zu einer landesweiten **Koordinationsstelle für den öffentlichen Personennahverkehr**. Ziel sind für uns **flexiblere, bedarfsgerechte und miteinander vernetzte Mobilitätsangebote** des Schienenpersonenverkehrs mit dem Fernverkehr und den weiteren Verkehrsträgern in Thüringen.

Wettbewerbsfähige Straßeninfrastruktur

Straßen sind nicht nur Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur, sie stehen für **Mobilität und Lebensqualität** der Bürger und schaffen die Voraussetzungen für eine **starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft** in Thüringen. Deshalb müssen von zentralen Verkehrsadern weiter entfernte Regionen (z.B. Saalfeld-Rudolstadt oder Bad Salzungen) an direkt ausgebaute **Autobahnzubringer oder überregional ausgerichtete Fernstraßen** angeschlossen werden, um auch hier die Voraussetzungen für Investitionen und Lebensqualität zu schaffen.

Die Zusammenarbeit Thüringens mit den benachbarten Bundesländern muss diesbezüglich ebenfalls deutlich verbessert werden. Straßen und Brücken in Thüringen befinden sich überwiegend in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand und müssen in den kommenden Jahren nachhaltig saniert werden. Die Infrastrukturpolitik im Freistaat muss die in der heutigen Zeit erhöhten Anforderungen an die Mobilität verstärkt in den Fokus rücken. Außerdem fordern wir einen **Lückenschluss durch straßenbegleitende Radwege** für Verbindungsstraßen.

Straßen- und Güterverkehr zukunftsfit machen

Deutschlandweit übernimmt die Straße vier von fünf Tonnen des Güterverkehrs, dabei sind die LKWs als Zubringer für die Fracht per Bahn, Binnenschiff und Flugzeug unterwegs. Daraus resultieren zwei Aufgaben. Zum einen plädieren wir für einen **bedarfsgerechten Straßenausbau** und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Zweitens sollen durch verbesserte Angebote mehr **Güter von der Straße auf die Schiene** verlagert werden.

Einnahmen aus LKW-Maut und der Mineralölsteuer für Straßennetz nutzen

Der Bund verfügt jährlich über weit mehr als 365 Milliarden Euro Einnahmen. Die davon stammenden Einnahmen aus dem Straßenverkehr (LKW-Maut) und der Mineralölsteuer (inklusive der Mehrwertsteuer) müssen verstärkt für den Neubau und Erhalt des Straßennetzes verwendet werden. Eine Ausweitung der LKW-Maut auf weitere Straßen lehnen wir ab.

Nachhaltiges Erhaltungsmanagement

Wir Freie Demokraten fordern ein nachhaltiges Erhaltungsmanagement durch stabile Finanzierungskreisläufe. Unsere Infrastruktur muss entsprechend erneuert und saniert werden. Dafür möchten wir auch **innovative Finanzierungsvarianten** in Kooperation mit der Privatwirtschaft im Einzelfall überprüfen – von der Planung über den Bau bis zum Betrieb im Rahmen von „**Public-Private-Partnership**“. Die Finanzierungssysteme müssen von Toleranzen des Bundeshaushalts unabhängig sein und den Anforderungen der Wirtschaft und der Bürger an das Straßennetz Rechnung tragen. Planungsverfahren wollen wir beschleunigen und bürokratische Hürden auch bei Infrastrukturvorhaben abbauen.

Freie Fahrt für freie Bürger

Wir Freie Demokraten sprechen uns **gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen** aus. Die erlaubte Geschwindigkeit steht nicht in positiver Korrelation mit der Verkehrssicherheit, denn in Deutschland gibt es nicht mehr Verkehrstote als in anderen europäischen Ländern. Wir stellen uns dem Trend zu generellem Tempo 30 in Innenstädten entgegen. Unter Einbindung der gesellschaftlichen Akteure (Verkehrsgewerbe, Fahrlehrerverband und weitere) möchten wir das **Tempolimit für LKWs über 7,5 Tonnen auf Landstraßen auf 80 km/h** anheben, wo es der Ausbaugrad der Straßen (Straßenbreite und Kurvenradius) zulässt. Damit tragen wir der technischen Entwicklung im Automobilbau Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, die zulässige Höchstgeschwindigkeit bei der Führerscheinklasse AM (Mopedführerschein) auf 60 km/h zu erhöhen, wie es bereits bei Bestandsfahrzeugen aus DDR-Produktion, zum Beispiel Simson, erlaubt ist.

Fahrverbote an regionalen Feiertagen aufheben

Durch die unterschiedlichen Feiertagsregelungen gleichen die Fahrverbote an bundesweit uneinheitlichen Feiertagen einem Flickenteppich. Kraftfahrer müssen es aktuell vor dem Feiertag das andere Bundesland ohne Feiertag erreichen, sonst „stranden“ sie innerhalb Deutschlands. Diese regionale Regelung ist praxisfern und ein echtes Mobilitätshemmnis für das Verkehrsgewerbe. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die **Fahrverbote an regionalen Feiertagen auf Bundesautobahnen und wichtigen Fernstraßen aufheben**.

Keine Dieselfahrverbote und keine weiteren Umweltzonen in Thüringen

Im Rahmen der Umweltzone dürfen nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Umweltplakette die Erfurter Innenstadt befahren. Diese Maßnahmen sind im vermeintlichen Auftrag des Umwelt- und Gesundheitsschutzes umgesetzt worden. Umweltzonen als Einzelmaßnahme verfehlen jedoch ihren Zweck. Sie grenzen die Mobilität der Menschen ein und verursachen lediglich einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand, zusätzliche Einschränkungen und Kosten für Autofahrer und Unternehmen.

Die Freien Demokraten **lehnen Umweltzonen in Thüringen ab** und sprechen sich für die Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus. Nur die Bündelung gezielter Maßnahmen in einem Konzept sowie die Einbeziehung aller maßgeblichen Verursacher werden in der Zukunft langfristig Erfolg zeigen.

Wir Freie Demokraten sprechen uns darüber hinaus klar **gegen Dieselfahrverbote im Freistaat Thüringen** aus.

Verkehrssicherheit statt Gewinnmaximierung bei Blitzern

Die Standorte stationärer **Blitzanlagen müssen der Verkehrssicherheit dienen und nicht der Sanierung kommunaler Haushalte**. Substanzielle Gewinne aus Blitzanlagen sollten daher an den Freistaat Thüringen abgeführt werden. Stationäre Blitzer kurz hinter den Ortseingängen, an denen weder ein Unfallschwerpunkt vorliegt, noch eine Schule, ein Kindergarten oder andere sensible Einrichtung vorhanden ist, dienen in der Regel nur der Gewinnmaximierung und nicht der Verkehrssicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger haben nur dann Verständnis für diese Maßnahmen, wenn sie wirklich zielgerichtet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eingesetzt werden.

Schieneverkehr als Mobilitätsgarantie im 21. Jahrhundert

Mit der Fertigstellung der Strecke München-Erfurt-Leipzig/Halle-Berlin besteht für Thüringen die Chance, sich als zentrale Drehscheibe in Deutschland zu entwickeln. Für zahlreiche Thüringer Städte ergeben sich Verkürzungen der Fahrzeiten im Fernverkehr. Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen eine funktionsfähige und belastbare Ost-West-Traversalin in Gestalt der **Mitte-Deutschland-Verbindung**, die dafür unmittelbar **zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut** werden muss (auch über Gera hinaus). Auch hierzu sind Kooperationsmöglichkeiten mit den angrenzenden Bundesländern zu suchen. Jedoch nicht alle Regionen und Städte profitieren vom ICE-Knoten Erfurt. Beispielsweise für die Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Jena, Saale-Holzland Kreis und Saalfeld-Rudolstadt müssen die Flughäfen München, Berlin, Nürnberg und Leipzig schnell, in ausreichend dichter Taktung und komfortabel erreichbar bleiben. Das ist landesseitig durch entsprechenden Einsatz der Regionalisierungsmittel abzusichern. Mittelfristig müssen **Oberzentren wie Jena oder Gera wieder an den Schienenfernverkehr angebunden** werden.

Die Nahverkehrsbedarfe in der Fläche möchten wir durch integrale Taktverkehre absichern und dadurch die Anbindung der Süd-, Ost-, West- und Nordthüringer Regionen an den ICE-Knoten Erfurt sicherstellen. Die Bedarfshaltepunkte im Schienenpersonenverkehr möchten wir erhalten. Wir wollen prüfen, welche geschlossenen Haltepunkte wiedereröffnet werden können und wo ggf. neue Halte notwendig sind. Im Hinblick der Stärkung des ÖPNV als wichtige Maßnahme zur Verbesserung des regionalen und damit globalen Klimas. Wir wollen die Infrastruktur ertüchtigen, um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Damit verbunden ist auch ein Strecken- und Lärmschutzausbau.

Wohnungsbau für Thüringen – in Stadt und Land

Günstiger wohnen durch weniger Staat

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen: Deshalb sollte der Staat den Rahmen dafür schaffen, dass ihre Vorstellungen vom Wohnen zu erreichen sind. Der Staat ist momentan das Gegenteil: Er ist Kostentreiber und Wohnungsverhinderer Nummer eins. Bürokratie, Auflagen und baubedingte Steuern wie Grundsteuer und Grunderwerbssteuer bremsen private Investitionen im Wohnungsbau und machen es den Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwerben. Wir Freie Demokraten machen es den Menschen einfacher. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb vom Eigenheim erleichtert.

Wohnungsbau entfesseln - Thüringer Bauordnung anpassen

Wir Freie Demokraten wollen die **Thüringer Bauordnung von übermäßigen bürokratischen Vorschriften befreien**, um die Zeiten für Genehmigungen zu verkürzen und Kosten zu sparen. Alle Regelungen sollen dahin überprüft werden, ob sie wirklich erforderlich sind. Wir orientieren uns an einer schlanken Musterbauordnung. Dadurch möchten wir Freie Demokraten den **Wohnungsbau in Thüringen entfesseln**. Chancen sehen wir insbesondere in der **Erleichterung von modularer und serieller Bauweise**, um Kosten und Zeit zu sparen. Dabei werden sowohl die Planungs- und Genehmigungszeiten wie auch Bauzeiten verkürzt. Ist ein Gebäudetyp mit verschiedenen Varianten einmal gründlich geplant und genehmigt, ist damit auch der gesamte Planungs- und Genehmigungsprozess für jedes neu zu errichtende Gebäude bereits durchgeführt. Wir wollen die Thüringer Bauordnung außerdem für weitere Baustoffe öffnen. Insbesondere Holz sollte als natürliche Ressource des waldreichen Thüringens stärker in den Mittelpunkt rücken. Brandschutz, mehrgeschossige Bauten und Architektur passend zur Region lassen sich in dieser Bauweise hervorragend realisieren. Wir wollen prüfen, wie alternative Wohnformen in eine geänderte Bauordnung aufgenommen werden können.

Moratorium und Evaluierung der Energieeinsparverordnung (ENEV)

Wir Freie Demokraten kritisieren die immer weiter zunehmenden Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (ENEV), die über das volkswirtschaftlich sinnvolle Maß hinausgehen. Unter anderem dadurch sind Baukosten massiv über die allgemeine Preisentwicklung hinaus angestiegen. Wir fordern deshalb ein **dreijähriges Moratorium der ENEV**. Während des Moratoriums wird eine Evaluierung stattfinden, die unter anderem die volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen und auch umweltpolitischen Folgen untersucht. Es ist festzustellen, dass neben der finanziellen Belastung durch die weitreichenden energetischen Vorschriften teilweise auch die bautechnischen Möglichkeiten überstrapaziert werden, sodass es von Baubeginn an zu Bauschäden kommt. Wir treten für einen Wettbewerb von Baustoffen und Bauarten ein.

Freibetrag und Senkung der Grunderwerbsteuer

Für viele Familien rückt der Traum vom Eigenheim in weite Ferne. Wir Freie Demokraten setzen auf ein **Volk von Eigentümern statt Volkseigentum**. Wir möchten es für **Familien attraktiver machen, in Thüringen eine Immobilie zu erwerben**. Deshalb möchten wir Freie Demokraten die **Grunderwerbsteuer in Thüringen auf 3,5 Prozent senken**. Parallel werden wir uns über den Bundesrat für die **Einführung eines Freibetrags von bis zu 500.000€** bei der Grunderwerbsteuer einsetzen. Für das selbstgenutzte Eigenheim würde die Grunderwerbsteuer damit in den meisten Fällen komplett entfallen. Die grundsätzliche Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil unserer Agenda.

Mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau

Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Kein Wunder, dass nichts mehr passiert, wenn Dinge vom Staat unnötig verkompliziert werden. Die Folgen sind Kostensteigerungen und weniger Bauaktivitäten. Wir werden diese **Bremsen lösen** und damit für **mehr Wohnraum** sorgen. Viele Einzelmaßnahmen werden dazu in einer Wohnagenda von uns zusammengeführt werden. Mit der Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) 2016 sind gerade für ältere Menschen hohe Hürden für den Erwerb von Wohneigentum eingetreten. Das muss auch mit Blick auf die Altersvorsorge geändert werden. Im Juli 2018 trat eine erste Anpassung ein. Wir werden uns

im Bundesrat weiter dafür einsetzen, die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) an kritischen Stellen zu entschärfen, um den Eigentumserwerb zu erleichtern.

Eigentumserwerb fördern

Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote, Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Dabei täte es der ganzen Gesellschaft gut, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über **Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung** verfügen würde.

Mehr Wohnraum schaffen

Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Da man Mangel aber nicht verwalten kann, muss zunächst mehr Wohnraum geschaffen werden. **Bezahlbares Wohnen** erreichen wir nur durch **mehr Wohnraum im Angebot**. Zusätzlicher Wohnraum muss von einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden, um **Stadt und Land in Thüringen besser zu verknüpfen**. Den Neubau von Wohnungen machen wir attraktiver – etwa durch eine **Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude** von zwei auf drei Prozent.

Mieten-TÜV als Folgenabschätzung für Wohnkosten

Wir Freie Demokraten möchten eine Selbstverpflichtung des Thüringer Landtags für einen „Mieten-TÜV“ für Gesetze mit Einfluss auf die Wohn- und Baukosten durchsetzen. Größter Preistreiber der Baukosten sind noch immer staatliche Auflagen. Deshalb brauchen wir eine **Folgenabschätzung für alle Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen und Normen**. Auswirkungen auf die Wohnkosten dürfen bei zukünftigen Vorhaben nicht ignoriert werden. Darüber hinaus möchten wir die Anwendung der Empfehlungen der Baukostensenkungskommission in Thüringen überprüfen.

Thüringen braucht weder Mietpreisbremse noch Mietendeckel

Statt einer Mietpreisbremse in Erfurt und Jena braucht Thüringen eine Wohnagenda für den ganzen Freistaat, inklusive des ländlichen Raumes. **Mietpreisbremsen, Mietendeckel oder gar Diskussionen um Enteignungen privater Vermieter vergiften das Investitionsklima**. Investoren werden sich zurückziehen und **aus der Mietpreisbremse wird eine Wohnraumbremse**. In den Jahren vor 1990 waren diese Wirkungen in Thüringen zu beobachten. Vor allem für Privatpersonen ist die Rentabilität von Investitionen zurzeit fraglich. Gerade diese stellen laut der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 aber etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit. Darüber hinaus sind Privatpersonen diejenigen Akteure im Wohnungsmarkt, die eben keine Erwirtschaftung horrender Renditen zum Ziel haben. Wenn sich die privaten Vermietenden aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot weiter, die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch schlechter.

Spezialisiertes Bauen, Ghettobildungen verhindern

Wir wollen die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf **serielles und kostengünstiges Bauen** gesetzt werden. Die Involvierung der Stadtplanung wird dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Ghettobildung kommt.

Energetische Sanierung sinnvoll nutzen

Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz stellt die Möglichkeit der energetischen Sanierung dar. Sie soll deshalb und entsprechend im volkswirtschaftlich sinnvollen Maß umgesetzt werden. Dazu müssen die rechtlichen **Voraussetzungen für eine betriebswirtschaftliche Amortisation verbessert** werden. Speziell im Bereich nachträglicher Dämmung ist es unabdingbar, die gesamten ökologischen Folgen zu betrachten und Fördermaßnahmen daraufhin zu überprüfen.

Die Internationale Bauausstellung (IBA) als Chance

Wir Freie Demokraten möchten die Potentiale der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen nutzen, um eine **innovative Siedlungsstruktur in städtischen und ländlichen Regionen** des Freistaats zu entwickeln. Für den Freistaat Thüringen sehen wir auch für die Bereiche Wohnen, Mobilität und Infrastruktur große Chancen durch die Digitalisierung.

Bauwerksdatenmodellierung (BIM) und digitalisiertes Bauen

Wir Freie Demokraten unterstützen die Kommunen dabei, ein zeitgemäßes und einheitliches System zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form zu etablieren. Vom Antrag über Ausschreibung, Genehmigung und Planung bis hin zu BIM-Betrachtungen für Kosten - für den Bauablauf und dessen Ausführung muss ebenfalls ein Zustand vergleichbar der Industrie 4.0 geschaffen werden. Daraus werden mittelfristig Bauzeitverkürzungen und Zugewinne über die Nutzungsdauer des Immobilienbestands resultieren.

Bürokratie bei Bau, Planung und Vergaben abbauen

Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Zeitverluste und höhere Kosten sind die Folge. Baugenehmigungsverfahren müssen deshalb durch die **Einführung verbindlicher Fristen** beschleunigt werden. Eingereichte Unterlagen müssen zunächst innerhalb einer Woche ebenfalls verbindlich auf Vollständigkeit geprüft sein. Danach sollen **vereinfachte Baugenehmigungsverfahren** innerhalb eines Monats entschieden werden. Wir Freie Demokraten möchten im sogenannten Normalverfahren zwingend **innerhalb von zwei Monaten über Bauanträge entscheiden** lassen. Werden diese Fristen überschritten, sollen die eingereichten Anträge als genehmigt gelten. Nur mit weniger Vorschriften und Belastungen machen wir den privaten Wohnungsbau wieder attraktiv. Deshalb lehnen wir Milieuschutzsatzungen, übertriebene Bauvorschriften in der Thüringer Bauordnung oder etwa ein pauschales Verbot für Ferienwohnungen als Eingriff ins Eigentum ab. Auch eine zusätzliche Beteiligung an ÖPNV-Erschließungskosten halten wir für eine zusätzliche Belastung, die den Wohnungsbau unattraktiv macht. Schaffung von Infrastruktur ist Aufgabe des Staates.

Wir Freie Demokraten fordern eine erneute **Anpassung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen** und eine **Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte und freihändige Vergaben** im so genannten Unterschwellenbereich. Auch das europäische Vergaberecht möchten wir vereinfachen. Insbesondere bei der Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bedarf es für die Ermittlung von Schwellenwerten einer klaren Definition und Trennung unterschiedlicher Fachgebiete. Wir Freie Demokraten setzen auf eine Regelung, die im Sinne des bisherigen Vollzugs von § 3 Absatz 7 der Vergabeverordnung nicht gleichartige Leistungen bei der Beurteilung des Schwellenwerts nicht berücksichtigt.

Architektur, Wohnquartiere und Bauhaus-Universität Weimar – Baukultur für Thüringen

Bauen ist Ausdrucksweise unserer Kultur und sagt etwas darüber aus, wie wir leben. Mit der **Bauhaus-Universität Weimar** besitzt Thüringen eine international renommierte Institution der Baukultur. Deshalb wollen wir Architektur und Quartiersentwicklung als Bestandteil der Thüringer Baupolitik und Regionalplanung stärken. Uns geht es nicht nur darum, ausreichend Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen, sondern auch **anspruchsvolle und individuelle Gestaltung** von Häusern und Wohnquartieren zu ermöglichen. Da Bauen auch eine emotionale und ästhetische Frage ist, wollen wir die Baukultur in Thüringen fördern und insbesondere auch kreative Bau- und Wohnkonzepte unterstützen. Das soll u. a. durch Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner geschehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung der regionalen Architektur, denn Thüringen soll auch weiterhin so bunt sein, wie es ist.

Effizient Bauen durch Digitalisierung

Wir wollen den **Bausektor für die Digitalisierung** öffnen. Dazu zählt der **digitale Bauantrag** als Teil einer **digitalen Bauplanung**. Angefangen von der Ermittlung der Grundlagen über den Genehmigungsprozess bis zur Bauüberwachung und Baustellenplanung kann so schneller, günstiger und mit weniger Mängeln gebaut werden. Mit digitaler Planung, zum Beispiel 3-D-Visualisierungen, lassen sich architektonische Aspekte und Raumgestaltung neu denken. Auch böse Überraschungen bei den Baukosten ließen sich schneller entdecken, Kosten für den Unterhalt von Gebäuden wären in der Bauplanung leichter einzukalkulieren. Die digitale Steuerung der vielen, an einer Baustelle tätigen Gewerke kann **Bauzeiten verkürzen und teuren Leerlauf vermeiden**.

Investitionen in Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass die Probleme der Wohnungsknappheit nicht alleine in den großen Städten gelöst werden können. Deshalb werden wir **neue, flexible Mobilitätsangebote schaffen** und die **Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln**. Gute Verkehrswege sind auch ein Beitrag zum **Erhalt der Strukturen im ländlichen Raum**. Im ländlichen Raum ist die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von Wohnraum.

Wohneigentum fördern und neuen Wohnraum schaffen

Der Staat sollte nach Ansicht der Freien Demokraten in Thüringen Bedingungen schaffen, um die Vorstellungen der Menschen vom Wohnen umzusetzen, aber dabei gleichzeitig auch Überregulierung vermeiden. Investitionen im Baugewerbe und der Erwerb von Wohneigentum werden durch bürokratische Hindernisse, bauliche Auflagen und durch unklare Steuermodelle bei Grundsteuer- und Grunderwerb behindert. Auch der Blick, Wohneigentum als Altersvorsorge zu fördern, bleibt im Mittelpunkt der Betrachtung. Außerdem müssen rechtliche Randbedingungen geändert werden, um Abschreibung und Reinvestition über die gesamte Lebenszeit der Immobilie zu betrachten.

Wir Freie Demokraten wollen den Bau von Eigenheimen und Investitionen im Wohnungsmarkt erleichtern und fordern eine landesweite Wohnungsmarktstrategie, in der alle Maßnahmen zusammengeführt werden. Durch Förderung von Eigentum im angrenzenden ländlichen Raum in Verbindung mit einer mobilen Anbindung an die städtischen Zentren kann hier zusätzliche Entlastung geschaffen werden.

6. Wir wollen ein Thüringen, das lebenswert und umweltfreundlich ist

Klare Verantwortlichkeiten durch ein Energieministerium

Wir Freie Demokraten sehen die Aufsplittung energiepolitischer Teilbereiche in die drei Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur kritisch. Deshalb setzen wir uns für eine klare **Bündelung energiepolitischer Verantwortlichkeiten in einem Ministerium** ein. Eine ideologiefreie Energiepolitik muss in Thüringen endlich den Stellenwert bekommen, den sie verdient hat.

Sichere und bezahlbare Energie

Die Errichtung einer tragfähigen und sicheren Grundlastversorgung kann nur auf kooperativer Ebene erfolgen. Für uns Freie Demokraten gilt daher der Grundsatz einer **Energiewende im Einklang mit Mensch und Natur**. Wir plädieren für einen technologieoffenen Ansatz. Anlagen zur Stromerzeugung sollen dort gebaut werden, wo ihr Einsatz am effizientesten ist und am wenigsten Ressourcen verbraucht werden. Über den Bundesrat setzen wir uns für eine **Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** ein.

Die Nutzung von Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des Wohlstands unserer Gesellschaft. Wir Freie Demokraten unterstützen dabei die grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik an den Zielen der **Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit** im Einklang mit der Natur, der Pflanzen- und Tierwelt sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung. Wir streben nach einer sauberen und klimafreundlichen Energieversorgung, welche sowohl für den Bürger als auch für Unternehmen bezahlbar bleibt und den qualitativen Forderungen **einer modernen Industriegesellschaft gerecht** wird.

Der planwirtschaftliche und teure Alleingang Deutschlands beim **Kohleausstieg wird das Klima nicht retten**. Einen festen Termin für den Kohleausstieg, wie etwa das Jahr 2038, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht die **Absicherung der Grund- aber auch der Spitzenlaststromversorgung**. Alle Ausstiegsszenarien sind darauf zu prüfen, ob die Stromversorgung immer und in jedem Fall mit einem vertretbaren technischen, finanziellen und sozialen Aufwand sichergestellt werden kann.

Die Grundlage einer liberalen Energiepolitik ist die Orientierung an den Interessen der privaten und gewerblichen Energieverbraucher, die eine umweltschonende, sichere, aber auch preiswerte Energieversorgung erwarten. Eine **hohe Lebensqualität** und günstige **wirtschaftliche Standortbedingungen** sind auch in der Energiepolitik das Leitbild der Freien Demokraten.

Thüringen energetisch fit für die Zukunft machen

Thüringen ist als Bundesland ohne Atom- und Kohlekraftwerke nicht direkt vom Strukturwandel der Ausstiegsszenarien betroffen. Wir Freie Demokraten sehen daher das Potential, Thüringen **energetisch fit für die Zukunft** zu machen. Auf absehbare Zeit werden wir auch im Freistaat **nicht komplett auf fossile Energieträger verzichten** können. Wir Freie Demokraten sehen auch ein großes Potenzial in **Gaskraftwerken mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung**.

Dezentrale Energieversorgung und Energiemix ist die Antwort

Der technologieoffene Energiemix unter Berücksichtigung der Pariser Klimaziele stellt für uns Liberale das notwendige Zukunftsmodell für eine stabile Stromversorgung dar. Bei allen Veränderungsprozessen in der Stromerzeugung hat die Sicherstellung der Netzstabilität höchste Priorität. Im Energiemix der Zukunft spielen auch erneuerbare Energien eine wichtige Rolle. Wir Freie Demokraten wollen die dezentrale Energieversorgung vor Ort stärken. Dezentrale Modelle sorgen vor allem für eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes. Thüringen ist ein Energieimportland. Die Chancen für dezentrale Versorgungslösungen mit entsprechender Wertschöpfung vor Ort sollten zur Stärkung der Thüringer Wirtschaftskraft viel stärker genutzt werden.

Thüringens Standortchancen in einem europäischen Energie-Binnenmarkt

Wir Freie Demokraten verfolgen das Ziel, den **europäischen Energie-Binnenmarkt** zu vollenden. Auch für den Freistaat Thüringen bietet ein solcher Binnenmarkt erhebliche Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir müssen diese Potentiale offensiv nutzen und unsere Rolle im Energiebinnenmarkt einnehmen. Aufgrund der zentralen geografischen Lage innerhalb Europas wäre Thüringen etwa ein **prädestinierter Standort für die Entwicklung von Power-to-X Technologien**. Dadurch könnten wir als **Speicher- und Technologiestandort** – etwa für **Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe** – eine bedeutsame Rolle spielen und einen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit leisten. Die Nutzung von noch zu etablierenden Energiespeichern muss die Geschwindigkeit des Ersatzes fossiler Energieträger bestimmen.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

Wir müssen massiv in die **Forschung und Entwicklung von Energiespeichertechnologien** investieren, um auch mit den neuen Formen der Energieerzeugung, Grundlastfähigkeit gewährleisten zu können. Biogasanlagen sind etwa für kleine landwirtschaftlich geprägte Gemeinden eine Möglichkeit, eine gewisse Autarkie bei der Grundversorgung mit Energie zu erlangen. Dabei sind die Anlagen im Fall einer Havarie so abzusichern, dass eine Verunreinigung von Gewässern weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Eine Sünde der Vergangenheit war die Produktion von hochradioaktivem Abfall, ohne ein Konzept zur Beseitigung zu haben. Die Akzeptanz der Kernenergie wäre heute um ein Vielfaches höher, hätte es von Anfang an einen Plan für den Endbehandlung des hochradioaktiven Abfalls gegeben. Diesen Fehler wollen wir revidieren, in dem wir in einem ersten Schritt die Forschung stärken, die eine Reduktion des Abfallvolumens zum Ziel hat. Deutsche Einrichtungen forschen an Ansätzen, die eine Reduktion des Volumens dieses Atommülls bis 96 Prozent in Aussicht stellen. So wurden beispielsweise unter anderem durch das Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf Szenarien untersucht, die zu dem Ergebnis kamen, dass durch Partitionierung eine Reduzierung des radioaktiven Abfalls erreicht werden kann, bis hin zu Szenarien, die ein Endlager voll-ständig obsolet werden lassen. Wir wollen die Fördergelder über eine Bundratsinitiative für die weitere Erforschung der Reduzierung hochradioaktiver Abfälle wesentlich erhöhen. Deutschland soll in diesem Forschungsbereich zur internationalen Spitze gehören.

Umwelt- und Naturschutz beim Windkraftausbau beachten

Wir Freie Demokraten respektieren die **Belange der Anwohner**, der Standortverträglichkeit und nicht zuletzt des Landschaftsschutzes. Ideologische Ausbauziele von ein oder zwei Prozent der Landesfläche lehnen wir ab. Deshalb haben wir auch bereits im Jahr 2015 eine

Stellungnahme zum Windenergieerlass der Thüringer Landesregierung eingereicht. Den Windenergieerlass möchten wir grundlegend novellieren. Außerdem möchten wir Abstandsregeln zum Schutz von Mensch und Natur verbindlich festschreiben. Für Repowering und neue Windparks gilt für uns gleichermaßen: die **zehnfache Anlagenhöhe als Mindestabstand (10H-Regelung)** zur Wohnbebauung. Durch eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes wollen wir Freie Demokraten die **Errichtung von Windkraftanlagen im Wald verbieten**. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung der Vorgaben des „**Helgoländer Papiers**“ zum Vogelschutz. Über den Bundesrat werden wir uns für eine **Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft** (§35 BauGB) einsetzen.

Wir Freie Demokraten wollen das Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** anpassen und stärken. Gesetzliche Regelungen müssen der wachsenden Größe der Windenergieanlagen und deren Auswirkungen auf die Umwelt Rechnung tragen. Die prinzipielle Zielsetzung muss die **Minimierung der Umweltauswirkungen und des Flächenbedarfs** solcher Industrieanlagen sein. Dazu gehört auch, einen **umweltgerechten Rückbau von Windenergieanlagen** nach Beendigung ihrer Nutzung sicherzustellen. Dabei gilt es, die gesetzlichen Regelungen für Sicherheitsleistungen zu konkretisieren und klarer festzuschreiben. Systemverantwortung bedeutet für uns Freie Demokraten auch die **Erzeugung erneuerbarer Energie für die Netzstabilität in die Verantwortung** zu nehmen – etwa über eigene Speicherlösungen.

SüdLink und SüdostLink sind Sinnbild einer gescheiterten Energiepolitik

Wir Freie Demokraten sprechen uns generell gegen die Leitungsprojekte „SüdLink“ und „SüdostLink“ aus. Dabei spielt es für uns **keine Rolle, ob die Trassen vornehmlich durch Hessen, Thüringen oder andere Bundesländer führen**. Die geplanten Stromtrassen sind Sinnbild einer gescheiterten Energiepolitik auf Bundesebene. So lange die Energiewende im Bund nicht vom Kopf auf die Füße gestellt wird, haben entsprechende Projekte, die massiv in Umwelt und Natur eingreifen, keine Daseinsberechtigung. Wir Freie Demokraten solidarisieren uns deshalb mit den engagierten Protesten in Ost-, Süd- und Westthüringen.

Klimaschutz als globale Herausforderung betrifft uns alle

Wir Freie Demokraten begreifen den **Klimaschutz als globale Herausforderung**. Dürren und Temperaturprognosen zeigen, dass ein Umdenken in der Klimapolitik notwendig ist. Das Thüringer Klimagesetz bremst jedoch nicht die Erderwärmung, sondern bezahlbares Wohnen und wirtschaftliches Vorankommen für die Menschen im Freistaat. Wir verbinden Klimaschutz mit Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand. Auch können wir viel **mehr CO₂ einsparen und in der Atmosphäre reduzieren, wenn wir beim Klimaschutz global handeln**. Denn Umweltverschmutzung und CO₂ kennen keine Ländergrenzen. Kurzsichtige und unausgewogene regionale Reglementierungen und Gesetzgebungen sind nicht zielführend. Sie schaden im Zweifel mehr als sie nutzen. Wir Freie Demokraten setzen auf einen **CO₂-Zertifikatehandel in Europa** mit kürzeren Verfallsdaten. Dadurch steigern wir den **Innovationsdruck**, bleiben als Politik aber **ideologiefrei und technologieoffen**. Über die effektivsten Maßnahmen zu Erreichung der Ziele sollen Techniker und Ingenieure entscheiden – nicht die Landes- oder Bundesregierung.

Einen entscheidenderen Beitrag kann die **Entwicklungshilfe** leisten. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern, weltweite Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte verbunden mit der Verminderung von Holz-Raubbau sowie der globalen Nutzung von Wäldern und Mooren als CO₂-Senken können wir mit der gleichen Investition weitaus mehr CO₂ einsparen als in Deutschland. Laut Bundesrechnungshof kostete die Energiewende Bund und Verbraucher allein in den letzten 5 Jahren 160 Milliarden Euro - ohne damit eine wesentliche CO₂-Einsparung zu erreichen. Für globalen Klimaschutz gibt es

unzählige Möglichkeiten. Wir Freien Demokraten möchten den Klimanationalismus beenden und den **Klimaschutz als echte Menschheitsaufgabe** angehen.

Landwirtschaft

Freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft

Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft. Deshalb wollen wir **Bürokratie abbauen** und uns **an europäischen Mindeststandards orientieren**. Wir stehen für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaftspolitik in Thüringen, die sich konsequent am Verbraucher ausrichtet. Eine starke Landwirtschaft ist Garant für einen **ländlichen Raum mit Perspektive**. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe leisten einen elementaren Beitrag zum Erhalt und der Pflege unserer Kulturlandschaften – damit ist Landwirtschaft auch ein Tourismusfaktor.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an eine moderne, multifunktionale und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft steigen. Deshalb wollen wir die **Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken**. Landwirte brauchen eine Agrarpolitik, die ihnen eine flächendeckende, leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger möglichst weitgehender Schonung der Ressourcen ermöglicht. **Unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative** müssen wir dabei immer im Blick behalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ein **angemessenes Einkommen** erhalten und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt werden. Zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratie, die Verbesserung von Vermarktungsstrukturen und die Sensibilisierung der Verbraucher.

Echte Risikovorsorge beginnt nicht in der Krise, sondern davor. Deswegen setzen wir uns auch auf Bundesebene für eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage in der Land- und Forstwirtschaft ein. Um Ertragsschwankungen für landwirtschaftliche Betriebe in Folge von Wetterrisiken zu minimieren soll Land- und Forstwirten die Bildung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage bis zur Höhe des durchschnittlichen Gewinns der vergangenen vier Wirtschaftsjahre ermöglicht werden.

Innovationen und Agrarforschung: Chancen und Risiken ideologiefrei abwägen

Wir Freie Demokraten orientierten uns an neuen Entwicklungen der Produktionsmethodik sowie am technischen Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine moderne Landwirtschaft. Die **Sicherheit für Mensch und Umwelt** hat oberste Priorität. Für uns Freie Demokraten sind die Anwendungen der Biotechnologie stets eine objektive **Abwägung der Chancen und Risiken**. Für deren gesellschaftliche Akzeptanz wollen wir Freien Demokraten den **mündigen Verbraucher durch transparente Informationen** sensibilisieren und das Forschungsklima technologiefreundlich gestalten.

Wir Freie Demokraten befürworten die **verantwortbare Nutzung grüner Gentechnik** in der Landwirtschaft und eine ergebnisoffene Diskussion über ihren weiteren Einsatz. Das Genome Editing ist eine Chance zur schnelleren Züchtung von Pflanzen mit spezifischen Eigenschaften. Die Gefahr einer weltweiten **Monopolbildung möchten wir ausschließen**. Dafür muss der europäische Markt insgesamt wettbewerbsfähiger werden, indem bürokratischer Aufwand und schwierige Zulassungsverfahren reformiert werden. Hierbei setzen wir auf eine **aktive Einbindung von Fachleuten**, die Entscheidungen an Hand von Fakten (und nicht an Hand von Ideologien) treffen. Das Prinzip der **Risikovorsorge** muss auch bei der Gentechnik beachtet werden.

Forstwirtschaft stärken

Wir Freie Demokraten wollen die **PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes beibehalten**. Doppelzertifizierungen lehnen wir ebenso wie die Ausweitung der Stilllegungsflächen ab. Wir setzen insgesamt auf Artenvielfalt und möchten standortgerechte Gehölze wieder stärker berücksichtigen. Die Douglasie, als wärmeverträgliche Baumart, sehen wir als guten und notwendigen Bestandteil des Waldumbaus im Zuge des Klimawandels. Das Thüringer Waldgesetz wollen wir stärken und dadurch Windkraftanlagen im Wald untersagen. Wir Freie Demokraten möchten die **Betroffenen von Borkenkäferschäden über steuerliche Verlustabschreibungen entschädigen**. Bestehende Programme wollen wir fortsetzen und ausbauen. Wir setzen uns ein für **zukunftsfähige Holzvermarktungslösungen**, die dem Kartellurteil Rechnung tragen und Vermarktung für alle Waldbesitzarten, auch den Kleinwaldbesitz, möglich machen.

Wir unterstützen die weitergehende **Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft**. Thüringen braucht in Zukunft eine aktive Politik für unsere vielfältigen, lebenswerten, ländlichen Räume. Wir wollen Struktur Anpassungen unterstützen und **Kulturlandschaften erhalten**. Die Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume muss im Lichte des demografischen Wandels, der Digitalisierung, einer modernen Infrastruktur und zeitgemäßer öffentlicher Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden.

Jagd ist Natur- und Tierschutz

Für uns Freie Demokraten ist **Jagd verlässlicher Natur- und Tierschutz**. Artenreiche und angepasste Bestände wildlebender Tiere sind seit Jahrzehnten das Ziel der Jägerinnen und Jäger. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns für den **Natur- und Tierschutz zum Wohle des Wildes, des Waldes und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen** ein. Konkret müssen wir uns auch Einzelthemen widmen, die nachfolgend beschrieben sind.

Jagdrecht beim Wolf ja – Jagdzeiten nein

Wir Freie Demokraten wollen den **Wolf mit ganzjähriger Schonzeit in das Jagdrecht aufnehmen**. Nur so können wir auf die Bestandsentwicklung reagieren. Damit nehmen wir den Wolf in das Jagdrecht auf, ohne eine Jagdzeit einzuführen. Er muss als „jagdbare Tierart“ eingestuft werden, damit in Einzelfällen in Bestände eingegriffen oder umgehend auf Problem- oder Hybridwölfe reagiert werden kann. Ein angefahrener Wolf kann ohne das Jagdrecht nur vom Amtsarzt erlöst werden. Diese Praxis lässt verwundete Tiere unnötig leiden, wenn ein Amtsarzt nicht schnell verfügbar ist. Darüber hinaus fordern wir eine **Entbürokratisierung und den erleichterten Zugang zu Entschädigungszahlungen**. Die finanzielle Förderung des Herdenschutzes ist durch das Land zu erweitern. Präventionsmaßnahmen können etwa Elektrozaune, Herdenschutzhunde oder Herdenschutzesel sein.

Jagd, Sportschützen und Waffenrecht nicht weiter einengen

Wir Freie Demokraten sehen die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz. Weitere Einschränkungen für rechtstreue Sportschützen, Jäger und Waffensammler lehnen wir ab, insbesondere eine verschärfte Umsetzung des EU-Rechts durch den Bundesgesetzgeber. Anlasslose Kontrollen stellen eine Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung dar und sind gegenüber unbescholtenen Bürgern nicht akzeptabel. Die Bedrohung der inneren Sicherheit geht von illegalem Waffenbesitz aus, der konsequent bekämpft werden muss. Eine Waffensteuer lehnen wir ab.

Europaweites Kormoranmanagement

Wir Freie Demokraten **hinterfragen den Schutzstatus des Kormorans und des Bibers**. Der Bestand von Reh-, Dam-, Rot-, Schwarzwild und Füchsen wird vom Menschen reguliert. Kormorane sind bestandsgefährdend für die Fischfauna in kleineren Fließgewässern. Der Fortbestand einzelner Populationen wird dadurch gefährdet. Ein regulierender Eingriff des Menschen ist notwendig, weil keine selbstregulierende Natur mehr vorhanden ist. Beim Bestandsmanagement des Kormorans streben wir eine europäische, mindestens aber eine bundeseinheitliche Lösung an. Eine Bejagung in Thüringen darf weder auf Gebiete, noch zeitlich eingeschränkt werden. Die Vermehrung dieses hochmobilen Jägers ist europaweit kaum mehr einzudämmen und bedarf eines entschlossenen Vorgehens, um den Totalverlust wesentlicher Fischarten entgegen zu wirken. Deshalb wollen wir Freie Demokraten hierbei die Kleinteiligkeit beenden und durch ein **europaweites Kormoranmanagement** ersetzen.

Bibermanagement für Thüringen

Die Vermehrung des Bibers muss verantwortlich beobachtet werden. Während an großen Flüssen kaum mit Beeinträchtigungen zu rechnen ist, kann der Dammbau an kleinen Bächen und Zuflüssen zur Trockenlegung von Teichen und zur Überflutung von Nutzflächen führen. Daraus resultieren erhebliche Beschädigungen an der Infrastruktur und an Hochwasserschutzanlagen. Hier muss in Abstimmung mit kommunalen Behörden im Einzelfall der **Abschluss von Problembibern** möglich sein.

Thüringer Gewässer schützen

Auch den **Artenreichtum der Thüringer Gewässer** behalten wir nachhaltig im Auge. Veränderungen durch fehlgeleitete Energiepolitik, Verunreinigung und eine ideologische Schutzpolitik beim Kormoran haben zu einem erheblichen Rückgang bis hin zu Totalverlusten der Leit- und Schirmfischarten geführt. Dies belegt auch eine Untersuchung im Frühjahr 2017, die vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in 23 Gewässerabschnitten durchgeführt wurde. Es ist die Verantwortung von Wissenschaft, Politik, Anglern, Naturschützern und Jägern an diesen Problemen zu arbeiten. Deshalb fordern wir eine einvernehmliche Umsetzung von Natur- und Umweltschutzrichtlinien zum Schutz der heimischen Land- und Teichwirtschaft als Teil der Kulturlandschaft und klare Verantwortlichkeiten bei kreisübergreifenden Gewässern.

Querverbauungen von Flüssen wollen wir vermeiden, wenn der ökonomische Nutzen nicht im Verhältnis zum ökologischen Schaden steht. Querverbauungen führen zu Sedimentablagerungen, die Kieslaichplätze nachhaltig zerstören und eine Fortpflanzung von Kieslaichern verhindern. Bei Wasserkraftanlagen möchten wir insbesondere an Fließgewässern den Schutz von Fischen stärker berücksichtigen. Die Potenziale der Energiegewinnung an Thüringer Talsperren möchten wir stärker nutzen.

Eine **Renaturierung alter Flussarme** ist anzustreben. Durch Ausbaggern und Wiederherstellung der Zuflüsse können mit wenig Aufwand **Laichplätze für Fische** und Lebensraum für verschiedene Tierarten geschaffen werden. In Abstimmung mit dem **Hochwasserschutz** muss die bauliche Herstellung von Strömungserhöhungen unter der Wasseroberfläche begradigter Flussabschnitte geprüft werden. Auch die Herstellung von Kieslaichplätzen muss unterstützt werden, um die vom Menschen zerstörten Brutplätze von Insekten und Laichstellen der kieslaichenden Fische wiederherzustellen. Der Bootstourismus in Thüringen, muss im Einklang mit den ökologischen Anforderungen gestaltet werden und ist in kleinen Flüssen bei Niedrigwasser eventuell nur eingeschränkt möglich.

Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung – auch bei Gewässern

Wir Freie Demokraten stehen für die Freiheit vor Ort. Dies gilt auch für den Unterhalt und die Entwicklung unserer Fließgewässer zweiter Ordnung. Dort, wo derzeit Defizite bestehen, sind diese im Regelfall nicht in fehlender fachlicher Qualifikation sondern in der unzureichenden kommunalen Finanzausstattung begründet. **Deshalb ist die liberale Antwort, zusätzliches Geld in Gewässer zu investieren, anstatt in neue Wasserköpfe. Wir Freie Demokraten wollen bestehende schlanke Strukturen und damit unsere Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.** Gibt es im Einzelfall tatsächlich personelle oder technische Probleme vor Ort, so sind bereits nach bisheriger Rechtslage die unterschiedlichsten Formen der interkommunalen Zusammenarbeit bis hin zur Gründung von Zweckverbänden möglich, ohne dass es dazu einer neuen Rechtslage bedarf und in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen werden muss. Liberales Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt stärkt effiziente Strukturen und Verantwortung vor Ort und sorgt dafür, dass das notwendige Geld auch in einer vernünftigen Gewässerentwicklung ankommt, anstatt in der Bürokratie verbraucht zu werden.

Gewässerbewirtschaftung mit Augenmaß begreift zudem Landwirte als Partner, nicht als Gegner. Ziel muss es sein, Wege zu finden, wie mit den Landwirten gemeinsam eine Verminderung des Nährstoffeintrags in Gewässer und eine ökologischere Gewässerentwicklung erreicht werden kann. Das bedeutet, Thüringens Einfluss auf Bundes- und europäischer Ebene stärker geltend zu machen, um bestehende Fördermechanismen so weiterzuentwickeln, dass auch Gewässerrandbereiche und renaturierte Gewässer nicht zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirte führen.

Umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik ein. Ziel unserer umweltpolitischen Agenda sind gleichermaßen die langfristige **Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliregion** sowie eine **naturnahe und saubere Werra**. Die Verursacher der Werraversalzung und der Laugenverpressung müssen die Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion und der Halden tragen. Wirtschaftliche Belange und der Natur- und Umweltschutz müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie müssen in Zukunft erfüllt werden.

Umwelt- und Naturschutz ideologiefrei und mit Augenmaß

Wir wollen einen **Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß**. Das Nebeneinander von Mensch und Natur stellt eine große Herausforderung dar, um eine intakte und lebenswerte Umwelt auch für kommende Generationen zu erhalten. Die vorsorgende **Vermeidung von Umweltschäden** muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden. Moderne Umweltpolitik orientiert sich nicht an Ideologien, sondern an dem, was gut für Mensch und Umwelt ist. Deshalb muss Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen gemeinsam gestaltet werden.

In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Gleichzeitig müssen aber auch flexible Lösungen ermöglicht werden, damit diese Ziele erreicht werden können, ohne die Akzeptanz der Menschen zu verlieren. Wir fordern deshalb einen effizienteren Einsatz von Fördermitteln und eine **1:1-Umsetzung der Bundes- und EU-Regelungen**. Behördliche Entscheidungen sollen möglichst bei den Kommunen liegen. Das schafft Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz.

Wir stehen für einen Perspektivwechsel in der Umweltpolitik. Weg von der staatsbürokratischen Umweltpolitik, hin zu einer **Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Anreizen** und einem deutlich reduzierten Ordnungsrecht. Staatliche Reglementierung soll es

nur dort geben, wo sie unverzichtbar ist. Statt behördlicher Ausweisung neuer Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine **ökologische Aufwertung bestehender Gebiete**.

Biologische Vielfalt erhalten

Wir wollen den Verlust der biologischen Vielfalt in Thüringen stoppen. Die Ursachen für den besorgniserregenden Rückgang von blütenbestäubenden Fluginsekten wie Bienen und Schmetterlingen müssen geklärt und ein **dauerhaftes Insekten-Monitoring** aufgebaut werden, um die Insektenvielfalt mit gezielten Maßnahmen wieder steigern zu können. Insekten sind auch eine wichtige Nahrungsquelle für viele heimische Fisch- und Vogelarten. Die Auswirkungen der monokulturellen Bewirtschaftung von Flächen sowie der Verlust von Brut- und Nistplätzen für Insekten durch den Sedimenteintrag in Gewässern muss deshalb besonders beobachtet werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt erfordert auch die konsequente und dauerhafte Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten. Wir begrüßen die Einstellung der Planungen für ein Pumpspeicherwerk Schmalwasser in Südthüringen. Die schwerwiegenden Eingriffe hätten die Natur langfristig und unumkehrbar verändert.

7. Wir wollen ein Thüringen, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht

Medizinische Versorgung im Freistaat zukunftsfest gestalten

Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine **qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung** erhalten. Sie sollten am **medizinischen und digitalen Fortschritt** teilhaben können und zwar unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Dazu zählen **Gesundheitsförderung und Prävention** ebenso wie die Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation zur Vermeidung von Behinderungen.

Aus unserer Sicht kann auch zukünftig nur ein **gleichberechtigtes Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und inhabergeführten öffentlichen Apotheken** die leistungsfähige Gesundheitsversorgung gerade in ländlichen Räumen sicherstellen. Aufgrund der mit der höheren Lebenserwartung zunehmenden Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) der Bevölkerung, dem gestiegenen Durchschnittsalter der Ärzte, medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte sowie einem verstärkten Wettbewerb um medizinischen Nachwuchs, stehen alle drei Sektoren vor fundamentalen Herausforderungen.

Es gilt - neben dem Werben um Fachkräfte - auch die Arbeitsbelastung im Blick zu behalten. Wir Liberale wollen **Bürokratie** dort **abschaffen**, wo sie hindert, sodass die Ärzte, die Apotheker und das medizinische und pflegerische Fachpersonal Kopf und Hände frei haben für die Versorgung der Patienten in Thüringen. Maßnahmen dafür sind etwa der **Ausbau von Schnittstellen** und die Umsetzung des „**Once-Only-Prinzips**“ (Daten werden nur einmalig erhoben und danach automatisch verarbeitet). Wir wollen gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung und medizinischen Leistungsanbietern Lösungen erarbeiten, um die medizinische Versorgung in Thüringen zu sichern und dort wo nötig durch **innovative Versorgungskonzepte** neue Wege zu gehen.

Für eine hochwertige und wohnortnahe ambulante Versorgung in Thüringen

Wir Freie Demokraten bleiben dem Grundsatz „**ambulant vor stationär**“ treu. Behandlungen, die durch den niedergelassenen Sektor erbracht werden können, müssen nicht in Krankenhäusern erfolgen. Im Gegenteil: es gilt die ambulante Versorgungsstruktur so weiterzuentwickeln, dass die Krankenhäuser von möglichst vielen ambulant-sensitiven Fällen entlastet und diese im ambulanten Bereich erbracht werden. Die **ambulante Versorgung** stellt für uns auch weiterhin den **Anker der Versorgung** dar. Gerade der niedergelassene Bereich braucht bei dem sich abzeichnenden demographisch bedingten Fachkräftemangel Unterstützung. Wir wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung **Rahmenbedingungen zur Niederlassung so verbessern**, dass Thüringen für junge Haus- und Fachärzte weiterhin ein attraktiver Arbeits- und Lebensstandort bleibt.

Die **Delegation ärztlicher und pflegerischer Leistungen** möchten wir stärken, um Ärzte von Tätigkeiten zu entlasten, die nicht unbedingt von Ärzten erbracht werden müssen. Dazu können Ärzte heute schon bestimmte Leistungen an nicht-ärztliches Personal delegieren. Damit soll Ärzten wieder **mehr Zeit in ihrer Praxis für die Versorgung von Patienten** zur Verfügung stehen. Projekte wie den „**TeleArzt**“ bei denen „nicht-ärztliche Praxisassistentinnen“ von Hausärzten bei Hausbesuchen oder Besuchen in Pflegeheimen einen Telemedizin-Rucksack nutzen und innovative telemedizinische Projekte in Thüringer Krankenhäusern (z.B. Regiomed Klinik Hildburghausen), möchten wir stärken.

Wir Freie Demokraten wollen uns auf Bundesebene für ein **Ende der Budgetierung** einsetzen. Bereits heute werden bis zu 30 Prozent der erbrachten Leistungen (v.a. im fachärztlichen Bereich) nicht vergütet. Dies ist ein Hauptgrund für die Nachwuchssorgen im ambulanten Bereich. **Leistungen, die erbracht werden, müssen auch bezahlt werden.**

Medizinische Studienkapazitäten ausbauen – auch über eine private Hochschule

Wir Freie Demokraten wollen die **medizinischen Studienkapazitäten im Freistaat ausbauen**. Mediziner, die wir vor Ort ausbilden, können wir später am besten für die medizinische Versorgung in Thüringen halten. Hierzu möchten wir die **Bedingungen an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena verbessern**. Sieht man sich die Situation in Deutschland an, (80.000 Bewerbern um ein Medizinstudium stehen rund 8.000 Studienplätze gegenüber) sehen wir Potenzial für die **Etablierung einer zusätzlichen, privat finanzierten, medizinischen Hochschule in Thüringen**. Damit können diejenigen Studenten, die heute auf Studienorte in Österreich, Kroatien oder Ungarn ausweichen, eine Perspektive im Freistaat Thüringen aufgezeigt bekommen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Erkenntnis der Landesärztekammer bei der Anerkennung der Qualifikation ausländischer Ärzte die bisher durchgeführten Kenntnisprüfungen nicht ausreichen, um eine Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation von Ärztinnen und Ärzten aus Drittstaaten festzustellen. Wir wollen daher, wie auf dem 122. Ärztetag in Münster beschlossen, regeln, dass alle Ärztinnen und Ärzte mit absolvierter ärztlicher Ausbildung aus Drittstaaten einen Kenntnisstand nachweisen, über den auch Ärztinnen und Ärzte verfügen, die in Deutschland die ärztliche Ausbildung absolviert haben. Der Nachweis, dass entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten vorliegen, muss für einen sicheren Patientenschutz und eine ausreichende Qualitätssicherung **durch das Ablegen des 3. Staatsexamens** erfolgen.

Die liberale Krankenhausstrategie 2030. Für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung in Thüringen.

Die Thüringer Krankenhauslandschaft zeichnet sich durch eine **hohe Versorgungsqualität und wohnortnahe Strukturen** aus. Damit diese seit 25 Jahren gewachsene stationäre Infrastruktur auch zukünftig Bestand hat, muss der Freistaat seinen Pflichten aus der dualen Krankenhausfinanzierung (Infrastrukturkosten) gegenüber den Häusern nachkommen. Gerade im Hinblick auf die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung der Thüringer Krankenhäuser müssen diese Verpflichtungen erfüllt werden.

Wir Freie Demokraten verstehen die Häuser als Partner, ohne deren Mitwirkung eine sichere Versorgungsstruktur nicht gestaltet werden kann. Wir wollen **bürokratische Hemmnisse abbauen**, damit sich die Kliniken auf ihren Auftrag – der bedarfsorientierten stationären Versorgung der Patienten in Thüringen - konzentrieren können. Insbesondere sind wir überzeugt, dass **Qualitätsvorgaben nur bundesweit** ausgehandelt, in Kraft gesetzt und **nicht durch die Länder einseitig verändert** werden sollten. Personalvorgaben wie die Thüringer Rechtsverordnung zu Facharztvorgaben sind nicht mit unserer liberalen Krankenhausstrategie zu vereinbaren und greifen zudem in die Organisationshoheit des Unternehmen Krankenhauses ein.

Darüber hinaus wollen wir **Planungssicherheit für die Thüringer Kliniken** erreichen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir eine „**Krankenhausstrategie 2030**“ entwickeln, damit in Zukunft die stationäre Versorgung - auch in der Fläche – qualitativ hochwertig gewährleistet werden kann. Dazu gehört für uns auch, die **Krankenhausstruktur am Versorgungsbedarf zu orientieren**. Dazu sollen die bisherigen Planungskriterien um **auf Versorgungsforschung basierende Kriterien** (z.B. Bedarfsorientierung und Krankheitslast) ergänzt werden. Einer

Abkoppelung des ländlichen Raumes von medizinischen Leistungen werden wir entgegenreten.

Qualitätsorientierung, Wettbewerb, Trägervielfalt, Transparenz, Personalgewinnung, Wahlfreiheit der Patienten sowie Versorgungssicherheit, müssen Ziele einer zukunftssicheren Krankenhauslandschaft sein.

Sektorübergreifende Versorgung und Modellprojekte

Nicht zuletzt mit dem Blick auf die Bevölkerungs- und Morbiditätsentwicklung in Thüringen gilt es, die Zusammenarbeit und das Schnittstellenmanagement (zum Beispiel Entlassungsmanagement) beider Versorgungsbereiche zu optimieren. Versorgung ist regional bedingt und ungeeignet für „one size fits all“-Ansätze. Daher braucht es **spezifische Lösungen für die regionalen Versorgungsbereiche und Gesundheitsstandorte** auch unter Einbeziehung des Pflegebereichs. Denn eine optimale Versorgung der Patienten einer Region ist eine **Teamleistung aller Gesundheitsanbieter**.

Wir wollen als Freie Demokraten hierbei die **Chancen der Digitalisierung für die medizinische Versorgung der Patienten nutzen**. Gemeinsam mit den Gesundheitsanbietern möchten wir **Modellprojekte entwickeln**, die Ärzte und das medizinische Personal entlasten und die Patienten vor allem im häuslichen Wohnumfeld optimal zu versorgen helfen. Hierbei wollen wir Freie Demokraten mit den Selbstverwaltungspartnern und Gesundheitsanbietern **institutionalisierte Innovationsplattformen** schaffen und explizit auf die Thüringer Versorgungssituation zugeschnittene innovative Versorgungsmodelle entwickeln. Damit sollen explizit auf die Thüringer Versorgungssituation zugeschnittene, **innovative Versorgungsmodelle** entwickelt werden. Dazu halten wir u.a. die Etablierung eines Telemedizin/E-Health-Clusters für notwendig. Dabei wollen wir auch Chancen des Innovationsfonds des Bundes für Thüringen verstärkt nutzen. Wir wollen Thüringen damit zum innovativen Gesundheitsland weiterentwickeln.

Gesundheitsland Thüringen – Inkubator neuer Ideen

Innovationen leben vom Diskurs. Daher wollen wir Freie Demokraten eine **bundesweit relevante Gesundheits- und Kongresslandschaft** etablieren, auf der sich nationale und internationale Experten zur Weiterentwicklung von Gesundheitsstandorten, Angebotsstrukturen und Versorgungslösungen austauschen. Davon profitiert nicht nur das Kongress- und Messewesen in Thüringen, sondern insbesondere die Thüringer Gesundheitslandschaft und die Patienten. Wir wollen **Lösungen für Probleme entwickeln, die andere Regionen erst in Zukunft bekommen** werden. Thüringen soll somit zum **Inkubator neuer Ideen** und zur **Blaupause einer innovativen Gesundheitslandschaft** werden.

Wir Freie Demokraten wollen überdies den Gesundheitsstandort Thüringen nachfrageorientiert stärken. Damit wollen wir nicht nur die Leistungen des Gesundheitssektors im Freistaat bekannter machen, sondern auch die **Nachfrage nach in Thüringen erbrachten Gesundheitsleistungen steigern**. Hierfür werden wir mit einer Kampagne Thüringen als innovativen Gesundheitsstandort bundesweit und international einen Namen machen.

Apotheken als Garant für ein gesundes Thüringen

Für die Freien Demokraten bleiben die inhabergeführten, öffentlichen Apotheken die zentralen Garanten für die Sicherstellung der wohnortnahen pharmazeutischen Versorgung der Patienten in Thüringen. Nur diese gewährleisten Beratung und eine 24-stündige Vollversorgung aus einer Hand. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Beratungs- und Versorgungsleistungen der inhabergeführten Apotheken vor Ort besser honoriert werden und den Wettbewerb fair und europarechtskonform gestalten. Dazu wollen wir auch Maßnahmen

gemeinsam mit dem Apothekerverband und der Landesapothekerkammer entwickeln. Eine Aufhebung des Fremdbesitzverbotes lehnen wir Freie Demokraten ab.

Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit den Apothekern dem drohenden Fachkräftemangel in der Region offensiv begegnen. Damit auch zukünftig genügend Apotheken einen Nachfolger finden, wollen wir die **pharmazeutische Ausbildung an der Universität Jena stärken**. Als erstes Mittel der Wahl setzen wir uns deshalb für eine rasche und effektive Erweiterung der Fakultät Pharmazie ein. Nur wer in der Region lernt, erste Erfahrungen sammeln kann und um die beruflichen Chancen in der Region weiß, kann als junge Fachkraft in Thüringen gehalten werden.

Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

Nicht nur in strukturschwachen und ländlichen Regionen ist der **Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung** zu unterstützen, sondern gerade auch im städtischen Raum: Hier besteht teilweise ein eklatanter Mangel an Hospizplätzen. Insbesondere sollte dies in Vernetzung mit der allgemeinen, ambulanten Palliativversorgung geschehen. Dazu sollte man die **Finanzierungsgrundlagen stationärer Hospize verbessern**. Die Möglichkeit, krankenhausindividuelle Entgelte in der Palliativmedizin als „besondere Einrichtung“ anstelle von bundesweit kalkulierten pauschalisierten Entgelten zu verhandeln, wollen wir unterstützen.

Fachkräftemangel in der Pflege beseitigen, Personal fördern und finanzieren

Wir wollen die **selbstbestimmte und menschenwürdige Pflege** stärken. Das Berufsbild und die Rahmenbedingungen für die Pflege sind attraktiver zu gestalten. Dazu wollen wir die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und Einrichtungsträger durch **Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütungen** und einen für alle Beteiligten und unter Berücksichtigung der Fachkräfteverfügbarkeit am Arbeitsmarkt **akzeptablen Personalschlüssel** verbessern. Deshalb unterstützen wir auch eine **starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden** auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft.

Wir wollen zudem ein **Konzept zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten** in allen Bereichen der Pflege erarbeiten. Um einen Teil des enorm steigenden Pflegebedarfs zu decken, benötigen wir außerdem **zusätzliche Pflegekräfte aus dem Ausland**. Wir Freien Demokraten fordern eine vereinfachte Erteilung einer Arbeitserlaubnis für nachweislich qualifizierte Nicht-EU-Bürger. Wir Freie Demokraten wollen überdies mit der Schulgeldfreiheit für Gesundheits-, Heil- und Therapieberufe diese in Thüringen attraktiver gestalten und bisher ungenutzte Potentiale heben."

Aufklärung und Prävention in der Drogenpolitik

Wir Freie Demokraten sehen die repressive Drogenpolitik als gescheitert an. Sie bindet Ressourcen von Polizei und Justiz und kriminalisiert Menschen, anstatt ihnen zu helfen. Wir fordern daher eine Trendwende im Umgang mit Rauschmitteln: Mehr Aufklärung und Prävention, Therapie statt Strafverfolgung und die **Einrichtung von Drogenkonsumräumen** mit der Möglichkeit, die Zusammensetzung von Substanzen überprüfen zu lassen.

Wir wollen eine **kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften**, die den Jugend- und Verbraucherschutz gewährleisten. Solange nur in Ausnahmefällen mit ärztlicher Genehmigung der Besitz (und Anbau) von Cannabis erlaubt ist, muss für die Betroffenen Rechtssicherheit geschaffen werden. Bis die Legalisierung von Cannabis erreicht ist, wollen wir die Grenze für den straffreien Eigengebrauch auf 15 Gramm erhöhen. Ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

Ein soziales Thüringen setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe

Sozialverwaltung entbürokratisieren – Arbeit muss sich lohnen

Durch den technologischen Fortschritt und die Digitalisierung befindet sich der Arbeitsmarkt im stetigen Wandel. Statt Massenarbeitslosigkeit wird der Fachkräftemangel zu einer immer größeren Herausforderung. Die Jobbiographien werden immer vielfältiger und flexibler. Wir möchten die Flexibilität, die im Alltag immer mehr gelebt wird, auch auf die sozialen Sicherungssysteme übertragen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr **Transparenz, Effizienz und für die Vereinfachung bei steuerfinanzierten Sozialleistungen** ein. Aktuell gibt es circa 120 verschiedene Leistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei 40 verschiedenen Behörden. Diese Leistungen sind nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt. **Wem welche Leistungen zustehen, ist zu oft nicht erkennbar.**

Thüringer Modellprojekt „Liberales Bürgergeld“

Wir Freie Demokraten fordern ein „**Thüringer Modellprojekt liberales Bürgergeld**“ mit Vertretern der Wissenschaft sowie mit Arbeitsmarkt- und Sozialexperten. Wir möchten, begleitet von einer Enquetekommission in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit, erproben, welche steuerfinanzierten Sozialleistungen bereits heute innerhalb eines solchen Modellprojektes gebündelt werden können – auch über den Bundesrat in Kooperation mit der Bundesebene. Bündeln möchten wir beispielsweise die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, den Kinderzuschlag, das BAföG und das Wohngeld. Für die Umsetzung des Pilotprojekts muss zunächst im Bundesrecht eine Öffnungsklausel im SGB II geschaffen werden, die den Ländern gestattet, im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung tätig zu werden.

Als einzige Leistung soll ein „**liberales Bürgergeld**“ vom **Finanzamt verwaltet und ausgezahlt** werden. Für diese Vereinfachung ist es erforderlich, dass von den Bürgern eine Steuererklärung gemacht wird. Die Angaben in der Steuererklärung müssen um die Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung und Einkommen, welche der Abgeltungssteuer unterliegen, erweitert werden. Die **Höhe des Thüringer Bürgergeldes wird abhängig von den regionalen Kosten der Unterkunft (KdU) berechnet**. Dadurch können wir persönliche Eingriffe für die Betroffenen reduzieren und gleichzeitig in der Sozialverwaltung Kosten einsparen.

Ebenso möchten wir in diesem Zusammenhang die **Arbeits- und Sozialverwaltung entbürokratisieren** und verschlanken. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten möchten wir verbessern, damit sich Arbeit immer (auch im Zwischenschritt über Teilzeit oder einen Minijob) lohnt. Mit den Erkenntnissen dieses Thüringer Modellprojekts möchten wir uns in einem zweiten Schritt auch über den Bundesrat für eine moderne **Reform der Sozialsysteme hin zum liberalen Bürgergeld** einsetzen.

Wir zahlen für Leistung – Qualitätsorientierung sozialer Dienste

Liberaler Sozialpolitik muss **Lebensrisiken absichern und zweite Chancen ermöglichen**. Dabei verstehen wir Sozialprogramme nicht als dauerhafte Alimentierung sondern als **aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe**. Wir Freien Demokraten streben einen bedarfsgerechten Einsatz der Mittel des Sozialstaats und eine gute Sozialplanung an.

Gerechtigkeit hat mehrere Dimensionen

Gerechtigkeit ist für uns Freie Demokraten daher kein eindimensionaler Begriff. Neben **sozialer Gerechtigkeit** stehen für uns auch die **Generationen- und Leistungsgerechtigkeit** im Mittelpunkt liberaler Politik. Bei der Gerechtigkeitsfrage dürfen wir aber auch die **Sicht der Betroffenen** nicht aus dem Blick verlieren. Für die Inanspruchnahme einer Sozialleistung

müssen Betroffene zahlreiche Eingriffe in ihre **Privatsphäre** und Kontrollen erdulden. Deshalb haben sie auch selbst einen **Anspruch auf eine bestmögliche Qualität** und Effektivität der erbrachten sozialen Dienstleistung.

Jeder Euro, den wir für Transferleistungen ausgeben können, muss zunächst von den Steuerzahlern in Thüringen erarbeitet werden. Ihnen gegenüber haben wir ebenfalls eine besondere Verantwortung. Jeder ausgegebene Euro im Sozialhaushalt erhält seine Daseinsberechtigung nur, wenn er sicherstellt, dass die Betroffenen bestmöglich betreut und versorgt werden. Bei Sozialprogrammen verlieren wir daher nicht diejenigen aus dem Auge, die heute und in Zukunft die notwendigen Steuergelder mit ihrer Arbeit erwirtschaften müssen – die arbeitende Mitte der Gesellschaft und die nachfolgenden Generationen der Kinder und Kindeskiner. Gleichzeitig behalten wir die Betroffenen im Blick, denen gegenüber wir uns zu einer bestmöglichen Qualität der erbrachten Leistungen verpflichten.

Qualitätswettbewerb bei sozialen Leistungen

Die Sozialausgaben sind in den vergangenen Jahren stets angestiegen. Zugleich erhöhte sich auch das Armutsrisiko. Dieser Widerspruch zeigt, dass mehr Steuergeld nicht automatisch mehr **Qualität und Wirkung für die Hilfsbedürftigen** zur Folge hat. Wir Freien Demokraten sehen, aufgrund der Eingriffe in die persönliche Lebensgestaltung, eine besondere **politische Verantwortung zur maximalen Qualität der Leistung für die Betroffenen**. Mit den sozialen Trägern streben wir eine konstruktive Diskussion über den Landesrahmenvertrag an.

Wir Freien Demokraten möchten in der Sozialpolitik mehr Wettbewerb und eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Trägern herstellen. Dieser Wettbewerb ist auch im Sinne der Anbieter sozialer Dienste, da nur so ein Träger, der bessere Leistung erbringt, auch besser bezahlt werden kann. Für uns Freie Demokraten gilt der Grundsatz „**PAY FOR PERFORMANCE – Wir zahlen für Leistung**“.

Liberale Sozialpolitik befähigt zum selbstbestimmten Leben

Auch in den Bereichen Prävention, Partizipation, Integration, Kinder- und Jugendhilfe, Psychiatrie, Behindertenhilfe, gesellschaftliche Teilhabe, Sozialpädagogik und bei der Beratung von Menschen in Notlagen steht für uns die Selbstbestimmung des Einzelnen im Mittelpunkt. Wir Freie Demokraten möchten, dass das Land Thüringen die Verwendung von Mitteln aus dem Sozialhaushalt überprüfen und nachvollziehen kann, wie es bei Krankenhäusern und Arbeitsämtern bereits der Fall ist. Nur so stehen die Bedürfnisse der Leistungsempfänger im Mittelpunkt und nicht allein die Wunschlisten der Leistungserbringer. Gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen und den sozialen Trägern möchten wir auf wissenschaftlicher Basis ein **Benchmarking-System** für den Sozialbereich entwickeln. Unser Ziel ist die **beste Qualität für Betroffene und Hilfsbedürftige**. Dazu wollen wir die **Programme und Leistungen sozialer Dienste analysieren** und in einem weiteren Schritt **die sozialen Träger in Thüringen vergleichen**. In Phase vier planen wir **Maßnahmen für einen effektiveren Mitteleinsatz**, um in Phase fünf die **Mittelverteilung qualitätsorientiert neuauszurichten**.

Wir wollen ein Thüringen, das tolerant und vielfältig ist

Wertschätzung für Vielfalt

Freiheit und Vielfalt sind gesellschaftliche Zwillinge. Politische Kräfte, die gegen Vielfalt Ängste schüren, bekämpfen gesellschaftliche und individuelle Freiheit. Wir Freie Demokraten

hingegen stehen für einen **weltoffenen Freistaat Thüringen**, in dem jeder unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, gesundheitlicher Beeinträchtigung, Herkunft oder Religion **diskriminierungsfrei leben** kann.

Diskriminierung aller Art bekämpfen

Bei der **Bekämpfung von Diskriminierung aller Art** setzen wir verstärkt auf **Jugendarbeit**, indem wir die sozialarbeiterische Betreuung von Schulen und Jugendzentren fördern und Schulen außerdem vor Ort ermutigen, die Angebote bestehender Projekte gegen Ausgrenzung und für Toleranz wahrzunehmen. Auch in der Schule (z.B. Lehr- und Unterrichtsmaterialien) und in der Ausbildung (z.B. Sensibilisierung von Pflegekräften und Polizisten) möchten wir Vielfalt berücksichtigen.

Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu **einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten** zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll seine Position **direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt** werden. Auch das „Diversity Management“ in privaten und öffentlichen Unternehmen möchten wir aktiv und unbürokratisch fördern.

Geschlechtergerechtigkeit

Wir Freie Demokraten kämpfen für **Chancen- statt Ergebnisgleichheit** bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Freidemokratische Geschlechterpolitik baut auf Qualifikationen, Stärken und Leistungsbereitschaft von Frauen und Männern und möchte somit die Ursachen statt bloß die Ergebnisse von Benachteiligung abbauen. Dazu wollen wir unter anderem veraltete Rollenmodelle überwinden und die Digitalisierung als Schlüssel zu mehr Selbstbestimmtheit bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** nutzen.

Die Sicherstellung politischer Rahmenbedingungen, welche unabhängig vom Geschlecht mehr **Flexibilität und Individualität** bei der gemeinsamen Planung des Privat- und des Berufslebens erlauben, hat für uns höchste Priorität. Dafür setzen wir auf flexible **Arbeitszeitmodelle, Langzeitkonten für Arbeitszeit sowie digitale Arbeitsplätze** wie das Homeoffice. All diese New-Work-Ansätze scheitern heute oft noch an übermäßigen bürokratischen Hürden, welche wir spürbar reduzieren möchten.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir außerdem erweiterte und flexible Öffnungszeiten bei der Kinderbetreuung umsetzen sowie flächendeckend erschwingliche und zugleich hochwertige Betreuungsangebote schaffen und aufrechterhalten. Wir setzen uns für geschlechtergerechte Personalentwicklungskonzepte im öffentlichen Dienst ein, welche die bereits aufgeführten und von uns geforderten **New-Work-Ansätze stärker berücksichtigen**, um so dafür zu sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht beruflichen Aufstieg erreichen können. Statische gesetzliche Quoten lehnen wir hingegen ab, da sie Menschen auf ihr Geschlecht reduzieren und einer echten Gleichberechtigung somit entgegenstehen.

Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle Menschen

Thüringen gehörte in der Vergangenheit nicht zu den Vorzeigeschülern in Sachen Gleichstellung verschiedener sexueller Identitäten. Die Konsequenz daraus ist, dass inzwischen viele junge homo-, bi- oder auch transsexuelle Menschen dem Freistaat den Rücken kehren und ihr Glück in Städten außerhalb Thüringens suchen. Unser Ziel ist daher eine Gleichstellungspolitik, welche Rahmenbedingungen so gestaltet, dass sich Menschen aller

sexuellen Identitäten in unserem Freistaat selbstbestimmt wohlfühlen. Denn auch nach Beschluss der „Ehe für alle“ ist die Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten noch nicht abgeschlossen.

Das **Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität** wollen wir Freien Demokraten über den Bundesrat in Artikel 3 des Grundgesetzes nach Vorbild des Artikels 2 der Verfassung des Freistaates Thüringen verankern. Für Opfer von homo- oder transphober Gewalt wollen wir einen eigenen Ansprechpartner bei der Thüringer Polizei schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der **Zugang zur Eizellenspende und zur Leihmutterchaft** auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht wird. Voraussetzungen dafür sind das Einverständnis der beteiligten Frauen, eine vollumfassende Aufklärung und Beratung sowie ein Ausschluss kommerzieller Interessen.

Wir Freie Demokraten fordern die **Rehabilitation und angemessene Entschädigung** für Männer, die auf Grundlage der bis 1994 bzw. 1988 geltenden Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches und 151 des DDR-Strafgesetzbuches verurteilt wurden. Dabei soll für die Betroffenen als Alternative zu pauschalen Einmalzahlungen auch eine Opferrente ermöglicht werden.

Politik für alle Generationen

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der verschiedene Generationen von der Schaffenskraft, der Kreativität aber auch dem Erfahrungsschatz anderer Generationen profitieren. Dafür stellen wir uns gegen jede Form der ungerechtfertigten Altersdiskriminierung und wollen politisch die Weichen für ein selbstbestimmtes und aktives Leben in jeder Lebensphase stellen.

Wir fordern eine **Generationenbilanzierung bei der Gesetzesfolgenabschätzung** im Thüringer Landtag, bei der Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten für diese gegenübergestellt werden.

Um die politische Partizipation junger Menschen zu erhöhen und sie an Entscheidungen, welche ihre Interessen direkt betreffen, auch mitwirken zu lassen, sprechen wir uns für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Wir wollen **Jugendliche außerdem stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse einbinden**. Deshalb setzen wir uns für ein **unabhängiges Landesjugendparlament** ein, welches unter anderem durch ein Initiativrecht für eigene Anträge im Thüringer Landtag verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann. Auch auf kommunaler Ebene muss Jugendpartizipation verpflichtend sein. Kinder und Jugendliche sollen etwa durch Kinder- und Jugendräte direkt an für sie wichtigen Entscheidungen beteiligt werden können. Weiterhin fordern wir die **Einführung einer unabhängigen Jugendkommission** im Landtag.

Politische Mitbestimmung junger Menschen beginnt in Kommunen und Kreisen. Wo nötiges politisches Engagement fehlt, sind es oft jugendpolitische Vernetzungstreffen die Jugendliche an Politik heranführen. Nach Ansicht der Freien Demokraten müssen diese Formen der Vernetzung zwischen politischen Organisationen und Jugendlichen in ganz Thüringen etabliert und in einem zu evaluierenden Förderplan gezielt unterstützt werden. Um Politikverdrossenheit wirksam entgegenzutreten, ist es nach Ansicht der Freien Demokraten sinnvoll, ein **Wahlinformationsbudget für Schulen** zur Finanzierung von Wahlbörsen und Podiumsdiskussionen einzuführen.

Zeitliche Ausgehbeschränkungen für Jugendliche ab 16 Jahren für den Besuch von beispielsweise Gaststätten oder Tanzveranstaltungen wollen wir abschaffen. Das Tanzverbot an Feiertagen ist ein Relikt des vergangenen Jahrhunderts. Die Freien Demokraten setzen sich daher für die ersatzlose **Abschaffung des Tanzverbotes** ein.

Wir fordern außerdem die **Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen**, damit auch ältere Menschen ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend am Arbeitsleben teilhaben können.

Dafür wollen wir **starre Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand abschaffen**, wo sie den Wunsch der Älteren auf Beschäftigung verhindern.

Wir setzen uns für die Einführung von **Verantwortungsgemeinschaften** für volljährige Menschen ein, aus denen sich etwa im Auskunfts- und Umgangsrecht, bei Sozialleistungen oder im Erbfall gegenseitige Rechte und Pflichten ergeben, damit sich Ältere zum Beispiel die Unabhängigkeit von Pflegeeinrichtungen möglichst lange erhalten und das Leben gemeinsam bestreiten können.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern

Bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben bekennen wir Freie Demokraten uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen diese auch im Freistaat Thüringen zügig umsetzen. Für die Teilhabe ist eine umfassende Barrierefreiheit notwendig, welche sich auf sämtliche Lebensbereiche, wie den individuellen Wohnbereich, öffentliche Gebäude und Bereiche, das Verkehrswesen, Informationssysteme sowie sämtliche Freizeitangebote erstreckt.

Neben der Berücksichtigung der **Barrierefreiheit** bei der Errichtung und Sanierung von Einrichtungen des öffentlichen Raums darf der Abbau von Barrieren auch vor dem digitalen Raum nicht haltmachen. Hier wollen wir insbesondere darauf achten, dass den besonderen Bedürfnissen von sinnesbehinderten Menschen bei der Gestaltung und Zugänglichmachung von öffentlichen Inhalten Rechnung getragen wird.

Damit auch Menschen mit Behinderung für sie wichtige Entscheidungen selbstbestimmt treffen können, setzen wir uns für eine **Weitverbreitung des sogenannten persönlichen Budgets** sowie für vereinfachte Verfahren und qualifizierte Beratung bei der Inanspruchnahme ein. Bei allen Teilhabeleistungen soll das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen stets im Vordergrund stehen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung der herausragenden Arbeit der **Sportvereine und entsprechenden Fachverbände ein**, um Menschen mit unterschiedlichen Anlagen sowie vielfältiger Herkunft auch weiterhin bei Sport und Spiel zueinander finden zu lassen.

8. Wir wollen ein Thüringen, in dem die Politik rechnen kann

Dies gebietet schon der Respekt vor der täglichen Arbeitsleistung der Bürgerinnen und Bürger. Wie es von jedem Bürger und Unternehmer gefordert wird, so muss auch eine Landesregierung entsprechend **sorgsam mit dem** ihr anvertrauten **Geld der Steuerzahler umgehen**. Die bisherige Landesregierung blähte das Haushaltsvolumen immer weiter auf. **EU-Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro wurden nicht abgerufen**. Zukunftsinvestitionen und der Schuldenabbau hatten keine Priorität. Stattdessen nutzte die Landesregierung Steuermehreinnahmen für konsumtive Wahlgeschenke und für eine gescheiterte Gebietsreform. Allen Beteiligten ist klar, dass ab 2020 Solidarpaktmittel wegfallen und die Mittel des Europäischen Kohäsionsfonds reduziert werden. Zusätzlich steigen die Pensionslasten in den kommenden Jahren um ein Vielfaches. Diese zu kurz gedachte Haushaltspolitik möchten wir Freien Demokraten beenden.

Die Zukunftschancen Thüringens sind für uns Freie Demokraten eng mit einer generationengerechten Finanzpolitik verknüpft. Die Thüringerinnen und Thüringer schaffen mit ihrem Fleiß die Grundlage für das hohe Steuer- und Abgabenaufkommen. Nicht zuletzt ihnen sind die Haushaltsüberschüsse von Bund und Land zu verdanken. Nur die Freien Demokraten stehen dafür, dass erst erwirtschaftet werden muss, was später verteilt werden kann. Gerade in Zeiten hoher Steuereinnahmen müssen wir als Freistaat dafür sorgen, dass wir nur das verbrauchen, was sinnvoll und notwendig ist. **Nur wer Schulden abbaut, schafft finanzielle Spielräume für die dringend notwendigen Investitionen in die Zukunft**. Wir Freien Demokraten werden die Thüringer Haushaltspolitik zukunftsfest gestalten.

Generationengerechte Finanzen

Wir Freie Demokraten werden die Finanzpolitik in Thüringen **konsequent auf Generationengerechtigkeit ausrichten**. Für uns lautet die **generationengerechte Formel 50:50** – fünfzig Prozent der generierten Haushaltsüberschüsse in den **Schuldenabbau** und fünfzig Prozent für **Investitionen und Rücklagen**. Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik beinhaltet auch stets das Wissen um das mach- und finanzierbare. Daher gilt es grundsätzlich mit öffentlichen Geldern finanzierte Strukturen und **Programme fortlaufend auf ihre Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen**. Finanzmittel müssen transparent Projekt und Jahr zuzuordnen sein. Für ein staatliches Gemeinwesen gilt Controlling genauso wie im privaten Bereich: nur wer auch hinterfragt, kann Zukunft kraftvoll gestalten.

Wir Freien Demokraten setzen auf einen **unkomplizierten und schlanken Staat**, der finanzpolitisch klare Prioritäten setzt. Daher sollte grundsätzlich bei der Einsparung von und beim Personal eine Aufgabenkritik vorausgehen. Wir wollen verstärkt die **Aufgabenkritik in den Fokus** nehmen und **verzichtbare oder delegierbare Aufgaben prüfen**.

Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung

Wir machen **Haushaltspolitik mit Weitblick**. Die Schuldenbremse inklusive Tilgungsplan und ein Investitionsgebot möchten wir in die Verfassung des Freistaats Thüringen aufnehmen. Priorität hat für uns, dass der Staat mit den Einnahmen ohne Neuverschuldung die Ausgaben bestreiten kann.

Die **Schuldenlast des Freistaates Thüringen müssen wir zügig abbauen**. Je schneller wir unsere Schulden tilgen, desto mehr reduzieren wir das Zinsrisiko im Haushalt, entlasten dadurch die zukünftig aufzustellenden Landeshaushalte und gewinnen neue Gestaltungsspielräume. Aus Sicht der Freien Demokraten muss es einen **verbindlichen Schuldenabbauplan** geben. Dies hätte auch den weiteren positiven Effekt, dass die jährlichen

Zinsleistungen deutlich sinken würden. Für Mehreinnahmen oder Haushaltsspielräume gilt für uns ein **Dreiklang aus Investitionen, Entlastungen und Schuldenabbau**.

Schuldenabbau und mehr Investitionen sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen die Rahmenbedingungen für **mehr öffentliche-private Partnerschaften** verbessern. Nur mit mehr privatem Kapital ist der Investitionsbedarf bei Straßen, Gebäuden und Schulen zu schultern.

Privat vor Staat – Der Staat als Schiedsrichter

Wir sind davon überzeugt, dass sich Unternehmen grundsätzlich langfristig ohne Staatsbeteiligung und ohne staatliche Unterstützung am Markt bewähren müssen. **Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer**. Wir wollen die **Anzahl der Beteiligungen des Landes prüfen und weiter reduzieren**. Das heißt insbesondere auch, dass Beteiligungen von landeseigenen Unternehmen oder von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, nicht weiter ausgebaut werden und das **Risiko für den Steuerzahler reduziert** werden soll.

Gewerbesteuer-Bremse und faire Kommunalfinanzen

Die Unternehmen in Thüringen sind der wichtigste Standortfaktor. Wir wollen weiterhin mit einer **Gewerbesteuer-Bremse** die Steuererhöhungsspirale der Kommunen durchbrechen. Sie dürfen nicht aufgrund einer schlechten Haushalts- und Finanzpolitik des Landes und einiger Kommunen in Haftung genommen werden. Darüber hinaus wollen wir die **Kommunalfinanzen insgesamt und unter Berücksichtigung aller Finanzierungsformen langfristig auf neue Füße stellen** und uns für mehr Gestaltungsfreiheit der einzelnen Kommunen vor Ort einsetzen.

Kommunaler Finanzausgleich als Partnerschaft auf Augenhöhe

Wir Freie Demokraten werden das finanzielle Verteilungsverhältnis zwischen Land und Kommunen fair ermitteln. Deshalb möchten wir den Partnerschaftsgrundsatz im Thüringer Finanzausgleichsgesetz auf Augenhöhe reformieren. Der Partnerschaftsgrundsatz ist für uns keine Einbahnstraße. Nicht nur die Ausgaben der Kommunen müssen auf Basis sparsamer Haushaltsführung einfließen, sondern auch die des Freistaats. Bisher war es so, dass der Finanzbedarf von Städten und Gemeinden bei der Bemessung des KFA anhand der tatsächlichen Ausgaben erfolgte. Dringend notwendige Investitionen, die sich die Kommunen aber nicht leisten konnten, blieben deshalb unberücksichtigt. Unter anderem soll künftig bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs auch der Investitionsstau vor Ort angemessen berücksichtigt werden. Die einseitige Betrachtung zu Lasten der Thüringer Kommunen möchten wir beenden. Wir Freie Demokraten möchten den kommunalen Finanzausgleich ideologiefrei, transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Deshalb wollen wir die Schlüsselzuweisungen als Rückgrat des kommunalen Finanzausgleichs stärken. Zu Gunsten der Schlüsselmasse werden wir zweckgebundene Zuweisungen und Sonderlastenausgleiche reduzieren. Der Nutzen zweckgebundener Sonder-, Investitions- und Rettungsprogramme steht in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand. Die Kommunen sollen wieder selbst frei entscheiden, wo vor Ort investiert wird. Wir Freie Demokraten möchten den Kommunen die Freiheit geben, diese Entscheidungen eigenverantwortlich und ohne politische Bevormundung zu treffen. Kommunales Selbstverwaltungsrecht hat Verfassungsrang und dies wollen wir weiter stärken. Zur Stärkung des ländlichen Raums brauchen wir neue Ideen und Anreize, die das Leben in der Stadt nicht mit dem Leben auf dem Land in Konkurrenz stellen.

Mehr Investitionen in den Kommunen ermöglichen

Wir Freie Demokraten möchten Investitionshemmnisse in den Kommunen abbauen und wieder mehr Gestaltungsspielräume vor Ort ermöglichen. Um Steuererhöhungen zu verhindern, halten wir die **fiktiven Hebesätze stabil**. Bei den Sozialkosten wollen wir die Jugendhilfe mit einbeziehen, die Kappungsgrenze abschaffen und die Kommunen insgesamt von den Sozialkosten entlasten. Den Mehrbelastungsausgleich möchten wir aufgaben- und nicht strukturbezogen berechnen. Die Bildungsfinanzierung sehen wir als gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb fordern wir ein Kooperationsgebot und eine stärkere Kostenbeteiligung durch den Bund. Darüber hinaus möchten wir auch die **Unterschiede zwischen städtischen Kommunen und großen Flächenkommunen im ländlichen Raum berücksichtigen**.

Demokratie vor Ort und Selbstverwaltung brauchen außer dem hohen Engagement der Menschen vor allem ein faires, finanzielles Fundament. Wir Freie Demokraten wollen deshalb die Bedingungen für die kommunalsteuerlichen Einnahmen im angemessenen Rahmen ausgestalten. Ziel ist es, die Standortbedingungen für die Unternehmen und anzusiedelnde Betriebe zu verbessern, um so neben der Stärkung der Arbeitsplatzsituation auch die **Steuerkraft in der Kommune zu stärken**. Um Standortnachteile vor allem des ländlichen Raums abzufedern, wollen wir Freie Demokraten den **kommunalen Spielraum zu einer angemessenen Absenkung kommunaler Hebesätze** verbessern.

Grundsteuer neu regeln

Bis Ende 2019 muss die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer neuregelt werden. Wir Freie Demokraten möchten **Investitionen in den Wohnungsbau attraktiver machen. Mehr Wohnungen sind der beste Mieterschutz**. Wir Freie Demokraten wollen **Mieter und Eigentümer entlasten**. Deshalb streben wir eine **moderate Reform der Grundsteuer** an.

9. Wir wollen ein Thüringen, das in Europa und der Welt zu Hause ist

Je weiter die Vernetzung der Menschen dieser Welt untereinander voranschreitet, umso klarer wird, dass die **Verantwortung der Politik für Freiheit und Frieden** nicht an den eigenen Landesgrenzen endet. Durch die zunehmende Globalisierung werden gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse international gedacht, geplant und umgesetzt.

Ein **Europa der weltweiten Partnerschaften und der Freiheiten** sichert bereits heute den Menschen ein **Leben in Selbstbestimmung, Vielfalt, Wohlstand und Frieden**. Menschen, die miteinander in gelebten und gefühlten Abhängigkeiten vernetzt sind, führen keine Kriege untereinander, respektieren miteinander das internationale Recht und erkennen die große Bedeutung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen an für die weitere gesellschaftliche Entwicklung.

Die Herausforderung für die Europäische Union und seine Mitgliedsländer im globalen Wettbewerb besteht jedoch darin, ihren **Bürgern Schutz zu bieten, ohne dabei die Möglichkeiten und Chancen für Austausch und Freiheit zu hemmen**.

Internationalisierungsstrategie für Thüringen

Wir Freie Demokraten wollen **Netzwerke und Plattformen für internationalen Austausch** und Diplomatie stärken. Hierzu zählen wir u.a. die Europa-Union, das Europäische Informationszentrum, und das Weimarer Dreieck. **Internationale Partnerschaften** auf Kommunal- und Landesebene, in Bildung und Wissenschaft, in Kultur und Tourismus, sowie im **Jugendaustausch** möchten wir weiterentwickeln und ausbauen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau **zwei- und mehrsprachiger Angebote bei Kindergärten und Schulen** ein. Durch die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung gewinnen diese Angebote weiter an Bedeutung. Darüber hinaus möchten wir auch die Thüringer Verwaltung zwei- und mehrsprachig aufstellen und **Englisch als parallele Verwaltungssprache** ermöglichen. So machen wir Thüringen attraktiv im **Wettbewerb um internationale Talente** und Fachkräfte. In Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern (IHKs) möchten wir die weltweiten **Goethe-Institute als Anwerbeinstitute** für in Thüringen und Deutschland dringend gebrauchte Fachkräfte ausbauen und unterstützen.

Europapolitik ist Innenpolitik

Die Interessenvertretung Thüringens in Brüssel hat für uns Freie Demokraten eine hohe Priorität. Nur wenn der Freistaat Thüringen eine schlagkräftige Präsenz in Europa vorhält, können die Thüringer Spezifika in den demokratischen Entscheidungsprozessen der Europäischen Union berücksichtigt werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wirkt **Thüringen mit seinem Büro in Brüssel stark unterrepräsentiert**. Selbstverständlich kann Thüringen als kleiner Freistaat schon aus finanziellen Gründen keine Vertretung vorhalten, die mit Bayern oder Baden-Württemberg vergleichbar wäre. Wir Freie Demokraten wollen deshalb in Brüssel ein „**Mitteldeutsches Mehrregionenhaus**“ als **gemeinsame Repräsentanz von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** ins Leben rufen. Dadurch können wir Skalenerträge nutzen, eine schlagkräftige Vertretung der Thüringer Interessen in Europa sicherstellen und uns eng mit unseren Nachbarbundesländern abstimmen.

Europäische Förderprogramme möchten wir aktiv in die operative und ressortübergreifende Regierungspolitik Thüringens einbinden. Thüringen profitiert in vielerlei Hinsicht von der Europäischen Union, beispielsweise mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur,

der der gemeinsame Binnenmarkt massiv nützt. Daher geht es Thüringen auch nur dann gut, wenn es unseren europäischen Nachbarn gut geht.

Wir Freien Demokraten möchten **Europa in Thüringen erlebbar machen**. Der Geschichtsunterricht in den Schulen darf deshalb nicht 1945 oder 1990 enden.

Wir Freien Demokraten verteidigen die **Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union**. Warteschlangen an den Binnengrenzen bei einer Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen würden Menschen und Unternehmen viel Zeit und Geld. Deshalb setzen wir uns auch für einen wirkungsvollen **Schutz der europäischen Außengrenzen** und einer Ausweitung der Schleierfahndung ein.

Das Bild Thüringens in der Welt

Das **Standort-Marketing des Freistaats Thüringen** wollen wir Freie Demokraten unter dem Motto „Thuringia Worldwide“ bündeln. Dazu hinterfragen wir auch die Effektivität der Kampagne „Das ist Thüringen“. Der Internetauftritt des Freistaats Thüringen muss barrierefrei, responsive und mehrsprachig abrufbar werden, um auch ein internationales Publikum zu informieren. Verbinden wollen wir damit auch eine offensive Außenwirtschaftsstrategie unter dem Motto „Invest in Thuringia“. Dazu möchten wir ggf. mit persönlichen, lokalen Ansprechpartnern oder weltweiten Auslandsrepräsentanzen arbeiten und auch den **direkten Kontakt über das Wirtschaftsministerium und die Thüringer Staatskanzlei** nutzen.

Der Freistaat Thüringen ist durch des „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8“ immer mehr auch **Knotenpunkt für den europäischen Verkehr** geworden. Der ICE-Knoten in Erfurt bietet daher große bundesweite und internationale Entwicklungschancen für den gesamten Freistaat. Thüringen ist das „grüne Herz“ Deutschlands und Europas. Mit einem Botschafter-Programm möchten wir Personen, Marken, Kulturtreibende und Genussmittel bündeln, um das Image Thüringens international zu prägen. Hierbei sind wir auch für mitteldeutsche Kooperationen offen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, **die Zentrale des weltweit tätigen Goethe-Instituts nach Weimar** zu verlegen. Das Bild Thüringens in der Welt wollen wir auch durch gezielte **Landesstipendien für hochbegabte Studierende aus dem Ausland und für Wissenschaftler aus der Europäischen Union fördern**.

Um dafür zu sorgen, dass all jene Studierende, die nach dem Erwerb eines Hochschulabschlusses weiterhin in Deutschland leben und arbeiten können, wollen die Freien Demokraten den Erwerb von Deutschkenntnissen für ausländische Studierende verbessern. Dafür wollen wir bereits vorhandene Programme des Freistaates finanziell wie auch personell fördern.

Mut zu einer neuen Ostpolitik

Wir Thüringer Freien Demokraten wollen uns auf Bundes- und EU-Ebene für eine neue mutige Ausrichtung in der Russlandpolitik einsetzen. Wenn es zu Zeiten des kalten Krieges - durch die neue Ostpolitik von Genscher und Brandt - möglich war, trotz der repressiven Erfahrungen von 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei mit dem Sowjetregime, den Weg der Deeskalation zu beschreiten, so muss dies in unserer Zeit ebenso möglich sein. Für uns ist zentral, dass einer völkerrechtswidrigen, den Frieden in Europa gefährdenden und an nationalen Egoismen orientierten Politik die Grenzen aufgezeigt werden. Dies gilt auch für die zu verurteilenden Handlungen eines so großen europäischen Partners wie Russland. Langfristiges Ziel muss jedoch die Deeskalation europäischer Konflikte und die gemeinsame Lösung internationaler Krisen sein. Daher wollen wir eine an liberalen Grundsätzen und dem politischen Realismus verpflichtete Deeskalations- und Partnerschaftspolitik vorantreiben

Bundeswehr und Reservistenverband in der Mitte unserer Gesellschaft

Wir Freie Demokraten respektieren und erkennen den Dienst der Bundeswehr und der Reservisten als „Bürger in Uniform“ für unsere Gesellschaft an. Deshalb sind wir klar **gegen Präsenzverbote für die Bundeswehr an Schulen oder Hochschulen**. Auch in Berlin möchten wir uns aktiv für die Thüringer Bundeswehrstandorte einsetzen, denn die Bundeswehr ist in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Auch als lokaler Wirtschaftsfaktor sind die Bundeswehrstandorte von hoher Bedeutung für die jeweiligen Kommunen. Deshalb regen wir Freie Demokraten auch den Ausbau und die Pflege von **Städtepartnerschaften mit Bundeswehrstandorten** an. Jegliche Diskriminierungen und Schmähungen unserer „Bürger in Uniform“, vor allem durch linksextreme Gruppierungen, sollten strafrechtlich in geeigneter Weise verfolgt werden.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Freistaat **Thüringen als Standort für die Bundeswehr**. Deshalb möchten wir auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr bei Tagen der offenen Kasernen, öffentlichen Gelöbnissen, Ausstellungen und Messen unterstützen. Wir Freie Demokraten **danken allen Soldaten**, die von Auslandseinsätzen zurückkehren und wissen den Einsatz und das persönliche Risiko aller Soldaten zu schätzen. Soldaten, die bei solchen Einsätzen geschädigt wurden – etwa körperlich oder durch eine posttraumatische Belastungsstörung, wollen wir Freie Demokraten aktiv unterstützen. Darüber hinaus werben wir auch für **rüstungsrelevante Forschungen** an den Thüringer Hochschulen.